

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Thomas Scharping

Auf der Suche nach
dem Sozialismus chinesischer Prägung

Oskar Weggel

Die Modernisierung der Institutionen
und des Rechtswesens in der Volksrepublik China

Erhard Louven

Die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China

Gerhard Will

Die außenpolitische Entwicklung der Volksrepublik
China in den achtziger Jahren

B 1/88

1. Januar 1988

Thomas Scharping, Dr. phil., M. A., geb. 1948; Studium der Sinologie, Politologie und Japanologie in Berlin und Hongkong; China-Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien und Lehrbeauftragter an der Universität Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Der Demokratische Bund und seine Vorläufer 1939–1949. Chinesische Intelligenz zwischen Kuomintang und Kommunistischer Partei, Hamburg 1972; Mao-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1976; Umsiedlungsprogramme für Chinas Jugend 1955–1980. Probleme der Stadt-Land-Beziehungen in der chinesischen Entwicklungspolitik, Hamburg 1981.

Oskar Weggel, Dr. jur., geb. 1935; seit 1968 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg mit Forschungsschwerpunkt Volksrepublik China und Indochina; Studium der Rechtswissenschaften und des Chinesischen; von 1965 bis 1967 Studienaufenthalt in Taiwan, regelmäßige Mitarbeit an den vom Institut für Asienkunde Hamburg herausgegebenen Monatszeitschriften „China aktuell“ und „Südostasien aktuell“.

Veröffentlichungen u. a.: Die Alternative China. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft der VR China, Hamburg 1973; Die Außenpolitik der Volksrepublik China, Stuttgart 1977; Chinesische Rechtsgeschichte, Leiden-Köln 1980; Weltgeltung der VR China, München 1986; Xinjiang – Das zentralasiatische China, Hamburg 1984; China. Zwischen Marx und Konfuzius, München 1987².

Erhard Louven, Dr. rer. oec., geb. 1938; Diplom-Ökonom; nach Abitur und kaufmännischer Lehre Tätigkeit in mehreren Großunternehmen (Controlling, Export); 1969–1975 Studium der Wirtschaftswissenschaften und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum; von 1975–1981 Assistent an der Abteilung für Ostasienwissenschaften und am Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum; seit 1981 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Technologietransfer und angepaßte Technologien, Tübingen 1982; (zus. mit Monika Schädler) Wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1986²; (zus. mit Willy Kraus [Hrsg.]), Johannes Hirschmaier. Die japanische Unternehmung. Schriften aus dem Nachlaß, Hamburg 1986; Perspektiven der Wirtschaftsreform in China, Berlin 1987.

Gerhard Will, Dr. phil., geb. 1948, Studium der Politikwissenschaft, Sinologie und Neueren Geschichte in Erlangen, Berlin und Peking; 1976/77 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asienkunde in Hamburg, 1977–1986 an der FU Berlin; seit 1986 Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Entwicklungslinien der neuen chinesischen Außenpolitik, Hamburg 1979; (Mithrsg.) Mao Zedong Texte Bd. 1 und 2, München 1979; (Mithrsg.) Europa und die Kaiser von China, Frankfurt 1985; Vietnam 1975–1979: Von Krieg zu Krieg, Hamburg 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Auf der Suche nach dem Sozialismus chinesischer Prägung

Sozialer Wandel, ökonomische Probleme und die Rolle der Ideologie

Seit Deng Xiaoping 1986 seiner Partei das Ziel setzte, einen „Sozialismus chinesischer Prägung“ im Lande aufzubauen¹⁾, haben die Auseinandersetzungen um den Inhalt des neuen Schlagwortes alle ideologischen Diskussionen in China bestimmt. Dabei haben sich größere Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern der Orthodoxie und denjenigen Kräften in der Partei gezeigt, die den neuen Begriff zum Instrument einer konsequenten Reformpolitik machen möchten. So unterschiedlich die verschiedenen Definitionsversuche aber auch ausgefallen sind — alle chinesischen Politiker sind sich über die Notwendigkeit einig, ihre Politik wieder stärker durch ideologische Aussagen zu überwälzen. Diese Tendenz ist bei der 1987 geführten Kampagne gegen den „bürgerlichen Liberalismus“ unübersehbar zutage getreten. Sie hat sich zuletzt auf dem XIII. Parteitag in neuen programmatischen Aussagen zur sozio-ökonomischen Formationstheorie niedergeschlagen, die zwar die Ideologie ihres utopischen Charakters weitgehend entkleidet haben, ihre Rolle als Herrschafts- und Integrationsinstrument jedoch wieder bestätigen.

Die Renaissance der Ideologie hat ihre Gründe: Sie stellt eine Reaktion auf die geistige Herausforderung

des Westens dar, die im Vollzug der Reformpolitik immer deutlicher hervorgetreten ist. Neue gesellschaftliche Werte, vor allem aber der geschärfte Blick für die wirtschaftlichen Erfolge des Auslandes und die aus ihm resultierende Frage nach den Ursachen der eigenen Rückständigkeit haben die Partei mit schwierigen Problemen konfrontiert. Das Ansehen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ist zudem durch die politischen Fehlschläge der Vergangenheit schwer beeinträchtigt, ihr Führungsmonopol durch mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung wiederholt in Frage gestellt worden. Deshalb steht sie heute unter dem Zwang, die Legitimation ihrer Macht neu zu festigen.

Die Partei handelt dabei unter Bedingungen, die durch einen beschleunigten sozialen Wandel sowie andauernde ökonomische Schwierigkeiten bei gleichzeitig gestiegenen Erwartungen in der Bevölkerung gekennzeichnet sind. So sind die ideologischen Entwicklungen der jüngsten Zeit nur verständlich, wenn sie in ihrem Wechselverhältnis zu Gesellschaft und Ökonomie interpretiert werden.

I. Soziale und wirtschaftliche Herausforderungen

Ein elementares Problem der chinesischen Gesellschaft ist der Generationenkonflikt, der in der gegenwärtigen Phase politische Dimensionen erlangt hat. Die Jugendlichen von heute kommen aus Familien, die in ihren Sozialisationsaufgaben durch die Kulturrevolution schwer beeinträchtigt wurden. Nicht das Pathos einer gerade siegreichen Revolution, nicht die Verheißungen einer Aufbauperiode, sondern eine Erbschaft zerstörter Ideale wurde ihnen in die Wiege gelegt. An politischen Appellen zeigt diese Generation wenig Interesse, die Befriedigung lang aufgestauter Konsumbedürfnisse und eine ausgesprochene Skepsis gegenüber allen Verlautbarungen der Partei prägen ihr Verhalten. Die Revolution ist für sie Vergangenheit, die Auseinandersetzung Chinas mit den imperialistischen Staaten zu einem toten Propagandaklischee geworden. Begierig auf neue Anregungen von außen, sucht Chinas Jugend ihre Orientierungspunkte heute

nicht in der eigenen Tradition, sondern in einer oftmals verklärt gesehenen westlichen Welt²⁾.

Dieser radikale Einstellungswandel hinterläßt in der chinesischen Gesellschaft überall seine Spuren. Er führt zu Konfrontationen, bei denen sich politische und gesellschaftliche Gegensätze wechselseitig durchdringen. Ob Disko-Fieber oder frühe Liebesbeziehungen, ob Cash-and-Carry-Mentalität oder Desinteresse an der politischen Schulung — Chinas ältere Generation ist entsetzt über das, was sie bei ihren Enkeln als Mangel an Disziplin und Pflichtbewußtsein, Tugend und nationaler Würde empfindet. Chinas Jugend revanchiert sich dafür bei ihren Altvorderen mit einer Betrugsanklage — ist doch der Abstand zwischen den hehren Prinzipien und der häufig so armseligen Realität der Parteiherrschaft im Zuge der Reformpolitik immer offensichtlicher geworden.

¹⁾ Liaowang, Peking, vom 3. November 1986.

²⁾ Als Dokument des Wertewandels siehe Zhang Xinxin/Sang Ye, Pekingmenschen, Köln 1986.

Bei den Studentenunruhen vom Dezember 1986 hat sich die politische Brisanz des Generationenkonflikts deutlich wie selten zuvor offenbart. Der Umstand, daß Fußballspiele oder Rock-Konzerte zum unmittelbaren Auslöser größerer Unruhen werden konnten, sprach für sich. Und ebenso unmißverständlich war die Botschaft, als sich zur gleichen Zeit fünf 70 bis 80 Jahre alte Greise am Sitz des Zentralkomitees zu einer Art Gegendemonstration versammelten: Die konservativen Parteiführer Wang Zhen, Bo Yibo, Song Renqiong, Hu Qiaomu und Deng Liqun feierten dort einen traditionellen Moritatenerzähler und dessen Repertoire aus dem dritten Jahrhundert, priesen „Fleiß, Mut, Zukunftsvertrauen und Stolz“ des chinesischen Volkes, beklagten den „nationalen Nihilismus“ der Jugend und die Tendenz zur „totalen Verwestlichung“³⁾.

Generationenkonflikt und Wertewandel sind auch auf arbeitspolitischem Feld virulent. Nach wie vor bleibt die Beschäftigungssituation gespannt. Den jährlich sechs bis acht Millionen Neuzugängen auf dem städtischen Arbeitsmarkt stehen nur vier bis fünf Millionen neu zu besetzende Arbeitsplätze im staatlichen Sektor gegenüber. Zusätzlicher Druck entsteht durch das hohe Maß an Unterbeschäftigung innerhalb der städtischen Arbeiter- und Beamtenschaft, wo ca. 20 Prozent der Arbeitsplätze wegrationalisiert werden könnten⁴⁾.

In ihrem strukturell bedingten Konflikt zwischen Beschäftigungs- und Wachstumsziel hat die chinesische Führung in den letzten Jahren immer deutlicher für das Wachstum optiert. Sie hat einen steigenden Anteil von Jugendlichen auf weniger attraktive Stellen im kollektiv- oder privatwirtschaftlichen Bereich verwiesen, und sie hat in den Staatsbetrieben Weiterbeschäftigung und Entlohnung immer mehr von Qualifikation und Arbeitshaltung abhängig gemacht. Seit September 1986 nehmen die Staatsbetriebe Neueinstellungen nur noch auf der Basis von Zeitverträgen vor⁵⁾.

Die Betroffenen haben auf die teilweise revolutionären Neuerungen mit gemischten Gefühlen reagiert. Trotz den Lockungen der Vermögensbildung für die Erfolgreichen verharren Kollektiv- und Privatbetriebe an unterer Stelle der sozialen Rangskala. Aus gutem Grund, fehlen doch hier viele Sozialversicherungsleistungen und liegen die Durchschnittslöhne rund 20 Prozent unter dem Niveau der Staatsbetriebe. Zwar wird die Logik der Wirtschaftsreformen vom Großteil der Bevölkerung dank jahrelanger Aufklärungsarbeit rational nachvollzogen, doch bleibt das Sicherheitsbedürfnis auf der emotionalen Ebene größer als die Risi-

kobereitschaft. Wie hoch die politische Wirksamkeit solcher gesellschaftlichen Reflexe auf die Wirtschaftsreformen in China bewertet wird, zeigen die demoskopischen Umfragen, die von der Staatskommission für Wirtschaftsreformen durchgeführt werden⁶⁾.

Auch für die nach wie vor geringe Anzahl von Akademikern ist die Situation schwieriger geworden. Angesichts gravierender Abwanderungsprobleme in den Außenregionen und erster Sättigungerscheinungen bei den attraktiveren, gehobenen Stellen sehen sie sich einem zunehmenden Druck ausgesetzt, unbeliebte Stellen im Hinterland anzutreten. Immer mehr Hochschulabsolventen widersetzen sich jedoch den Arbeitsplatzzuteilungen, was zu ständigen Spannungen im Universitätsleben führt⁷⁾. Dabei wird das Verlangen nach freier Berufswahl zunehmend als Menschenrecht eingeklagt.

Die größte Belastung für Akademiker und Staatsbedienstete ohne Prämienzulagen stellen aber zweifellos die gestiegenen Lebenshaltungskosten dar. Bereits im Herbst 1985 sind die chinesischen Studenten mit Parolen gegen die Preissteigerungen auf die Straße gegangen. In den folgenden Jahren haben die Preiserhöhungen angedauert. Chinesischen Eigenangaben zufolge hat die Inflationsrate 1987 mit rund 10 Prozent den höchsten Wert seit Gründung der Volksrepublik erreicht, die Jahre 1951 und 1961 ausgenommen. Unabhängige Berechnungen setzen sie mit 14–20 Prozent wesentlich höher an⁸⁾. Hier haben die Preisreformen eine Schmerzgrenze erreicht, zumal wenn es sich um eine inflationsgeschädigte Gesellschaft wie die chinesische handelt, die aus der traumatischen Erfahrung der vierziger Jahre heraus stets allergrößten Wert auf Preisstabilität gelegt hat. Das brisante Thema Inflation ist geeignet, den im Prinzip durchaus vorhandenen Rückhalt der Reformen in der Bevölkerung zu untergraben. Die chinesische Politik erhält dadurch eine nicht zu leugnende Labilität, denn leicht können die Forderungen nach größeren Freiräumen in ein Verlangen nach mehr staatlichem Dirigismus umschlagen.

Notwendigerweise anders stellen sich die Probleme der Modernisierungspolitik aus der Sicht der Führung dar: Hu Yaobang, der im Januar 1987 gestürzte ehemalige Generalsekretär der Partei, mußte sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, er habe wichtige Investitionen zugunsten eines ungezügelten Verbrauchs unterlassen. Zur gleichen Zeit beklagte die Parteizeitung Überhitzungerscheinungen in der Wirtschaft, für die sie überdehnte Investitionen, unaufhörlich zunehmende Prämien, gestiegene Subventionen und eine allgemeine Miß-

³⁾ Renmin Ribao (hinfort: RMRB), Peking, vom 29. Dezember 1986.

⁴⁾ Zhongguo tongji nianjian (hinfort: ZTN) 1986, Peking 1986, S. 13; Renkou yanjiu, Nr. 4, Peking 1981, S. 42–44; Gongren ribao (hinfort: GRRB), Peking, vom 23. August 1986.

⁵⁾ GRRB vom 30. Juni 1986, 19. Juli 1986; Guangming Ribao (hinfort: GMRB), Peking, vom 12. Juli 1986; RMRB vom 10. September 1986.

⁶⁾ ZTN 1986, S. 658–650; Jingji Ribao, Peking, vom 12. Juli 1986; Zhongguo Qingnian Bao, Peking, vom 3. September 1986; Gaige, Women mianlin di tiaozhan yu xuanze, Peking 1986, S. 112–158.

⁷⁾ Xinhua vom 15. Juli 1983; RMRB vom 3. März 1984.

⁸⁾ ZTN 1986, S. 623; Radio Peking vom 13. November 1987; Thierry, Pairault, Aspects de l'inflation en Chine, in: Le courrier des pays de l'est, Nr. 312, Paris 1986, S. 39–50.

achtung der Kostenseite verantwortlich machte. Noch deutlicher wurde der jetzige amtierende Ministerpräsident Li Peng. Er sprach von einem „Konsumrausch“, der zu einer ständig zunehmenden Zahl von Prestigeprojekten, blindlings angewachsenen Konsumgüterimporten, andauernden Material-, Energie- und Transportengpässen sowie Schwierigkeiten bei der Fertigstellung von dringend benötigten Schlüsselprojekten geführt habe⁹⁾.

Auf der 5. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses vom März 1987 ist dann das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten enthüllt worden. Die Delegierten mußten sich ernüchternde Berichte über eine wachsende Auslandsverschuldung in Höhe von 21–27 Mrd. US-Dollar, eine weiterhin negative Handelsbilanz und ein für 1987 veranschlagtes Haushaltsdefizit anhören, das das größte seit Gründung der Volksrepublik China sein wird. Auch die Wirtschaftseffizienz der Staatsbetriebe war 1986 rückläufig, sie warteten mit steigenden Verlusten auf. Für Hu Yaobangs Nachfolger Zhao Ziyang war die Hauptquelle der Schwierigkeiten eindeutig auszumachen: „der Widerspruch zwischen dem gegebenen niedrigen Pro-Kopf-Nationaleinkommen und den zu hoch gesteckten Konsumansprüchen“¹⁰⁾.

Diesen Widerspruch durch die Wiederbelebung von Idealen der Opferbereitschaft, Sparsamkeit und entsagungsvollen Arbeit aufzulösen, ist ein Hauptziel der ideologischen Arbeit. Ein anschauliches Beispiel dafür liefert die Diskussion um einen Schlüsseltext des Maoismus: 1945 hatte der Vorsitzende das Volk aufgerufen, der mythischen Figur des „Närrischen Greises“ nachzueifern, der mit eigenen Händen, auf Kinder und Kindeskind gestützt, schier unüberwindliche Berge vor seinem Haus abträgt, um endlich von den Göttern für seine Mühen belohnt zu werden. Das im Großen Sprung und in der Kulturrevolution zur Pflichtlektüre gemachte Gleichnis ist zunächst dem pragmatischen Geist der neuen Zeit zum Opfer gefallen. Ein Sinnbild für „Dummheit“ und „Realitätsverlust“, für ein fanatisches Streben nach falschen Zielen und für die Vergeudung menschlichen Lebens in endlosen Massenkampagnen haben reformorientierte Funktionäre in Maos Aufruf erblickt¹¹⁾. 1987 hingegen hat die Partei „die Rehabilitierung des Närrischen Greises“ beschlossen und den sozialistischen Heldenkult wiederbelebt. In einem Leitartikel wurde daran erinnert, „daß die Verbesserung des Lebensstandards von einer Grundvoraussetzung abhängt, der Entwicklung der Produktion und der Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstands nämlich.“ Ohne diese Grundvoraussetzung würde „sich die Hebung

des Lebensstandards in einen Fluß ohne Quelle, in einen Baum ohne Wurzel verwandeln“. Deswegen dürften auf keinen Fall Chinas Eigenheiten außer acht gelassen und einseitig ein hoher Konsum angestrebt werden. Fleiß könne Ungeschick ausgleichen, Sparsamkeit die Kosten niedrig halten, argumentierten die wirtschaftlich denkenden Verfasser. Und sie schlugen die Brücke zur Ideologie indem sie forderten: „Wir brauchen für immer den ‚Geist des Närrischen Greises‘.“¹²⁾

Insbesondere in der Landwirtschaft scheint dieser Geist für viele Politiker nur noch ungenügend vorhanden zu sein. So hat die im Zuge der Wirtschaftsreformen eingetretene Bevorzugung ertragreicher cash-crops erst nur die Getreideanbaufläche, 1985 und 1986 auch wieder die Getreideproduktion abnehmen lassen. Die Getreideimporte und Nahrungsmittelpreise sind deshalb besorgniserregend gestiegen, das schon fast erreicht geglaubte und allen Wirtschaftsplanern des Agrarlandes China heilige Ziel der Nahrungsmittelautarkie rückte abermals in die Ferne. Andere Krisensymptome wie Übernutzung des Bodens bei gleichzeitigem Rückgang der Investitionen deuten ebenfalls auf empfindliche Schwachpunkte der nach 1979 verfolgten Kleinbauern-Politik hin¹³⁾. Angesichts solcher Probleme haben die konservativen Kräfte im März 1987 gleich mehrfach die Notbremse gezogen: Ein Gesetzentwurf zur Einrichtung von selbstverwaltenden Dorfkomitees wurde bis zum November storniert, weil er nach Ansicht einer einflußreichen Gruppe dem Staat gegenüber den Bauern zu wenig Einwirkungsmöglichkeiten einräumte. Ähnlich erging es dem lange diskutierten Gesetzentwurf zur Betriebsreform, der die Rechte der Betriebsdirektoren auf Kosten der Parteisekretäre ausweitete. Mit der Vertagung des Betriebsverwaltungsgesetzes wurde auch die Ausführung des lange Zeit umstrittenen Konkursgesetzes abermals aufgeschoben¹⁴⁾.

Die erwähnten Interventionen sind nicht die einzigen Anzeichen für ein Abrücken von bereits eingeleiteten Reformschritten gewesen. Bereits im Januar 1987 verfügte der Staatsrat als Reaktion auf die Studentendemonstrationen eine vorläufige Stornierung weiterer Preisreformen. Im April wurden die lange vorbereiteten Aktienmärkte, die die außerplanmäßigen Investitionen auf unterer Ebene erneut anregen würden, nach „hitzigen Disputen“ in nur sehr eingeschränkter Form zugelassen. Und gleichzeitig sind auch die zentralen Devisenkontrollen im Außenhandel erneut verstärkt worden¹⁵⁾.

⁹⁾ Zhengming, No. 112, Hongkong 1987, S. 6–10; RMRB vom 24. Januar 1987; Xinhua vom 17. Januar 1987.

¹⁰⁾ RMRB vom 29. März 1987; GRRB vom 27. März 1987; China Trade Report, Hongkong April 1987, S. 1–3; ebd., Mai 1987, S. 1–3; Beijing Rundschau, Nr. 9, Peking 1987; ebd., Nr. 16, Peking 1987.

¹¹⁾ Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. III, Peking 1969, S. 321–324; Wenhui bao, Shanghai, vom 13. August 1980.

¹²⁾ Nanfang ribao, Kanton, vom 24. Januar 1987.

¹³⁾ RMRB vom 8. Oktober 1986, 21. Juli 1986, 17. Februar 1987.

¹⁴⁾ RMRB vom 13. März 1987, 22. März 1987, 6. September 1986; Wenhui Bao, Hongkong, vom 29. März 1987; Far Eastern Economic Review, Hongkong, vom 5. Februar 1987.

¹⁵⁾ Xinhua vom 15. Januar 1987; RMRB vom 3. Oktober 1986; Far Eastern Economic Review vom 16. April 1987; China Trade Report, Juni 1987, S. 1, 3.

Im Mai 1987 hat sich gezeigt, wie leicht solche Adjustierungsmaßnahmen in einen generellen Kurswechsel umschlagen können: Auf einer internen Sitzung des Politbüros wurden auch die Verpachtung von Staatsbetrieben, die starke Ausweitung des privatwirtschaftlichen Sektors in den Städten

und die Entkollektivierung der Landwirtschaft von konservativen Kritikern angegriffen. Zhao Ziyang mußte sich mit dem Argument auseinandersetzen, Personen, die vom Kapitalismus redeten, würden scharf kritisiert, während denjenigen, die ihn betrieben, nichts geschähe¹⁶⁾.

II. Mitbestimmungsansprüche der Intelligenz

Der Konflikt zwischen wachsenden Ansprüchen und restriktiven Rahmenbedingungen wird auch auf dem politischen Feld ausgetragen. Wie die chinesischen Studentenunruhen zuletzt demonstriert haben, äußert er sich hier in der ständigen Gratwanderung der Reformen zwischen zunehmenden Mitbestimmungswünschen der Intellektuellen und andauernden Abwehrhaltungen des Parteiapparats. Dabei ist die chinesische Intelligenz bis heute mehrheitlich eine staatstragende Kraft geblieben. Nicht die soziale Funktion der Kritik, sondern die Identifikation mit der Macht bestimmen ihr Wesen. Basis dieser in Jahrhunderten gewachsenen Grundhaltung ist die enge Verbindung von Studium, Prüfungswesen und Staatsdienst, deren historisches Modell sich im konfuzianischen Beamten-Gelehrten verkörpert hat. Auch in der Volksrepublik China sind Studium und Dienst in der zentralen Staatsbürokratie stets miteinander verbunden gewesen — sehr zum Leidwesen der Kulturrevolutionäre, die diese traditionelle Säule des Herrschaftsystems vergeblich durch einseitige Akte von oben zu sprengen versuchten. Weniger spektakuläre, aber potentiell weitreichendere Wirkungen gehen von den Wirtschaftsreformen der letzten Jahre aus: Die zunehmende Autonomie der ökonomischen Einheiten, die Dezentralisierung des Staatsapparats und die Kommerzialisierung des Bildungssektors lassen eine immer komplexere Gesellschaft entstehen. In ihr wird der Gesellschaftsvertrag zwischen Intelligenz und Macht zunehmend durch die neuen beschäftigungs- und einkommensorientierten Strukturen sowie durch die geistigen Auswirkungen der Öffnungspolitik in Frage gestellt.

So bleiben Tradition und Moderne auch in Ideologie und Politik eng miteinander verbunden. Traditionell wirken die heute geführten ideologischen Debatten, wenn sie Machthaber und Intellektuelle bei einem Disput zeigen, der China nun schon seit über hundert Jahren beschäftigt: Er kreist um die Frage, wie das Reich der Mitte modernisiert werden kann, ohne dabei seine kulturelle Identität einzubüßen. Nichts hat die ungebrochene Aktualität dieses Themas deutlicher offenbart als die große Debatte über politische Reformen, die 1986 auf Veranlassung Deng Xiaopings begonnen wurde.

Dengs unmittelbarer Handlungsantrieb war wieder einmal ökonomischer Natur: Chinas starker Mann forderte politische Reformen angesichts der Tatsa-

che, daß seine Wirtschaftsreformen auf Betriebs-ebene steckenblieben, weil die Machtstellung der dortigen Parteisekretäre ungebrochen war. In weiterem Sinne zählte er die Aufblähung des Partei- und Staatsapparats, die Überwindung feudalistischer Denkgewohnheiten und ganz allgemein das in China chronische Problem des Bürokratismus zu den reformbedürftigen Bereichen. Noch deutlicher wurde Deng im Juni 1986 auf einer Arbeitskonferenz der KPCh, wo er abermals die in den letzten Jahren zutage getretenen Korruptionerscheinungen in der Partei kritisierte und ihre systembedingten Mängel ganz im Sinne des berühmten Wortes von Lord Acton benannte — Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut¹⁷⁾.

Dengs Stichworte wurden von einem Diskussionsforum der Akademie für Sozialwissenschaften aufgenommen, das die stark westlich geprägten Mitbestimmungswünsche der Intelligenz artikuliert: Der „Sozialismus chinesischer Prägung“, den sie im Sinn hatten, wurzelte kaum noch in den politischen Traditionen des Landes. So attackierten die prominenten Wissenschaftler den Einfluß des feudalistischen Denkens auf die politische Praxis der Gegenwart, die nach wie vor ethische Kategorien an die Stelle von Rechtsprinzipien setze und viele Bestimmungen über die Pflichten der Bürger, hingegen wenig Statuten über ihre Rechte kenne. Ihre eigenen Vorstellungen ordneten sie statt dessen zwei Schlüsselbegriffen zu, die wörtlich aus der politischen Kultur des Westens in das chinesische Vokabular übertragen wurden — „demokratische Mitbestimmung (minzhu canyu)“ und „checks and balances (zhi heng)“¹⁸⁾.

Und hier war das Diskussionsforum nach eigenem Bekunden nun beim „zentralen Punkt“ angelangt. Ohne lange Skrupel setzten sich die Teilnehmer für eine Übernahme des Erbes der westlichen Aufklärung in China ein. Sie plädierten für eine Rezeption der Naturrechtstheorie von Rousseau sowie der Gewaltenteilungslehren von Locke und Montesquieu — geistige Fremdkörper in der chinesischen Welt, die traditionell Recht durch Moral substituiert hat, die durch soziale Hierarchie und zentralistische Bürokratie geprägt ist. Aber auch die Unterordnung des Naturrechts unter den Klassenbegriff, die Pariser Kommune von 1871 und Marxens Absage

¹⁶⁾ Beijing Rundschau, Nr. 26, Peking 1987, S. 19–25; Wenhui Bao vom 18. Mai 1987.

¹⁷⁾ Wenhui Bao vom 21.–22. Juli 1986; Liaowang, Peking, vom 3. November 1986.

¹⁸⁾ Alle folgenden Ausführungen nach: Zhongguo shehui kexue, Nr. 4, Peking 1986, S. 3–14.

an die Gewaltenteilung, Lenins Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus und Wyschinskijs Formel von der Einheit der Autorität der Werktätigen schienen vergessen. Statt dessen bemühten sich die Redner mit großem Interpretationsaufwand, wenigstens Friedrich Engels eine positive Aussage zur Teilung der drei Gewalten zu entlocken.

Konkret schlugen die Sozialwissenschaftler vor, die allgemeinen Bestimmungen der Verfassung über die politischen Grundrechte durch entsprechend formulierte Presse- und Verlagsgesetze abzusichern. Der Nationale Volkskongreß sollte von einem Honorariengremium zu einem echten Mitbestimmungsorgan aufgewertet, das Wahlverfahren für seine Abgeordneten demokratisiert werden. Lebenslange Ernennungen der Richter waren nach Auffassung der Debattenredner dazu geeignet, die Unabhängigkeit der Judikative zu stärken und endlich das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz durchzusetzen. Und um das Maß ihrer unorthodoxen Ansichten vollzumachen, versicherten die Protokollanten der Tagung zum Schluß, daß alle diese Anregungen dem Ziel dienten, der Anerkennung eines „Interessenpluralismus“ innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese Meinungen haben sich im Sommer 1986 als Wegbereiter einer größeren Debatte erwiesen. So nahm der später amtsenthobene Leiter des Instituts für Marxismus-Leninismus und Maozedongideen, Su Shaozhi, das Wort vom Interessenpluralismus auf, um in der „Volkszeitung“ gegen den Parteiabsolutismus sowie für eine wirkliche Respektierung der Rede-, Publikations-, Informations- und Versammlungsfreiheit zu argumentieren. Darum wissend, daß die immer wieder beschworenen Vier Grundprinzipien (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung der Partei, am Marxismus-Leninismus und an den Maozedongideen) nach wie vor unverrückbare Grenzen der Meinungsfreiheit abstecken, führte er listig die Idee vom bewußten Verzicht auf eine einheitliche Sozialismus-Interpretation in die Debatte

ein¹⁹⁾. Andere führende Intellektuelle wiederholten die Ansicht, daß Partei- und Staatsapparat einer wirksamen Kontrolle durch Volkskongreß und Einheitsfrontorgane, Presse und öffentliche Meinung unterworfen werden müßten²⁰⁾.

Solche Stimmen waren in der KP nicht ganz ohne Rückhalt: Ein Kommentator der Parteipresse stellte den Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Systemreform mit der Bemerkung her, Kreativität und Aktivität bildeten Grundvoraussetzungen ökonomischer Produktivität²¹⁾. Das Gewerkschaftsblatt endlich schloß sich dem Kampf gegen die absolute Machtballung an, rief zum Studium ausländischer Erfahrungen auf, lehnte die Einstufung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten als bürgerliche Losungen ab und bezeichnete sie als Allgemeingut der Menschheit²²⁾.

Aus den später veröffentlichten Anklagen gegen führende Theoretiker des Reformkurses wissen wir, daß hinter den Kulissen eine noch unverblümete Sprache gesprochen wurde. Der nach den Studentenunruhen im Januar 1987 gemaßregelte Universitätsleiter Fang Lizhi erklärte den Bankrott des sozialistischen Systems in China, an dessen Stelle er die politischen und wirtschaftlichen Institutionen des Westens gesetzt sehen wollte. Als Hauptkennzeichen der chinesischen feudalistischen Herrschaftsform definierte er die Identität von Macht- und Moralzentrum — eine Tradition, die seiner Meinung nach von der Kommunistischen Partei voll übernommen wurde²³⁾. Noch herausfordernder äußerte sich der ebenfalls aus der Partei verstoßene Kulturfunktionär Wang Ruowang. Er bezeichnete es als Illusion, mittels des sozialistischen Systems in einem riesigen Entwicklungsland die Stufe des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft überspringen zu können. In seiner neuen Fassung des alten chinesischen Modernisierungsproblems verglich er den Versuch, westliche Wissenschaft und Technik ohne die dahinterstehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu übernehmen, mit dem Import von Computer-Hardware: Ohne Software sei sie leer²⁴⁾.

III. Das Erstarken des Konservatismus

Die Reaktion der Partei auf die Forderungen der Intelligenz und das Scherbengericht, das nach den Studentenunruhen des vergangenen Jahres über prominente Intellektuelle gehalten wurde, haben tiefgreifende ideologische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei enthüllt. Die Konflikte

scheinen sich jedoch bereits auf dem sechsten Plenum des XII. Zentralkomitees (ZK) vom September 1986 zugespitzt zu haben. Weder über den künftigen Rahmen der politischen Reformen noch über die Einschätzung der bisherigen Wirtschaftsreformen konnte in den Führungsgremien der Partei Einigkeit erzielt werden. Nur mit Mühe wurde nach insgesamt neun Entwürfen ein „Beschuß des ZK der KPCh über die Richtlinien für den Aufbau einer geistigen Kultur des Sozialismus“ verabschiedet²⁵⁾.

¹⁹⁾ RMRB vom 15. August 1986.

²⁰⁾ Shijie Jingji Daobao, Shanghai, vom 2. Juni 1986; GMRB vom 30. Juli 1986.

²¹⁾ GMRB vom 7. Juni 1986.

²²⁾ GRRB vom 30. Mai 1986. 1. August 1986. Vgl. auch RMRB vom 15. Dezember 1986.

²³⁾ Xinhua vom 19. Januar 1987; Zhongguo Xinwen She vom 13. Januar 1987.

²⁴⁾ RMRB vom 18. Januar 1987.

²⁵⁾ Zhengming, Nr. 109, 1986, S. 6–10.

Dieses Dokument ist als Reaktion auf Vorwürfe des konservativen Parteiflügels entstanden, der schon ein Jahr zuvor die einseitige Betonung materieller Werte im Zuge der Wirtschaftsreformen gerügt hatte. Als typisches Kompromißdokument definierte der ZK-Beschluß den „Aufbau der geistigen Kultur“ auf zweierlei Weise: Im Sinne des konservativen Parteiflügels forderte er eine „Hebung des ideologischen und moralischen Niveaus“, auf der Linie des Reformflügels verlangte er „die Weiterentwicklung von Bildung, Wissenschaft und Kultur“. In den laufenden ideologischen Diskussionen löste der ZK-Beschluß die Probleme mit der Feststellung, es wäre „falsch, den Marxismus als Dogma zu betrachten, aber es wäre ebenso falsch, die grundlegenden Prinzipien des Marxismus zu verneinen“²⁶⁾.

Nach den Hoffnung erweckenden Debatten vom Sommer 1986 ist dieser Beschluß unter den chinesischen Intellektuellen als Rückschlag empfunden worden, wurden doch alle diskutierten Demokratisierungsschritte vertagt. Die Pekinger „Wirtschaftszeitung“ vom 24. September 1986 präzisierte, daß nur Verbesserungen innerhalb des sozialistischen Rahmens, nicht jedoch ein neues politisches System oder alternative Modelle zur Diskussion stünden²⁷⁾. Auch in der Partei scheint das sechste Plenum als Signal für weitere Angriffe auf den Reformkurs verstanden worden zu sein. Vor allem trat der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Peng Zhen, als Wortführer der konservativen Kräfte auf. Er wehrte die Kritik am Machtmißbrauch der Partei und die Anerkennung eines „Interessenpluralismus“ ab, bestand auf der ungebrochenen Gültigkeit der marxistischen Theorie und bestritt jeglichen „Vergleichswert“ der politischen Ordnung des Westens. Chinas Demokratie hielt er für „unvergleichlich breiter als die bürgerliche Demokratie . . . über die immer mehr vom Monopolkapital verfügt wird“²⁸⁾. Die engagierten Vertreter des Reformlagers befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Rückzug. In der Shanghaier Akademie-Zeitung schlugen sie wenige Tage vor den Studentendemonstrationen noch einmal zurück. Sie nahmen das Wort von der „bürgerlichen Schein-Demokratie“ auf und klagten: „Wir besitzen nicht einmal Schein-Demokratie.“²⁹⁾

Dann nahmen die Vertreter des ideologischen Konservatismus die Propagandaarbeit in ihre Hand. Ihre 1987 so vehement vorgetragenen Anklagen gegen den Reformkurs lauteten „totale Verwestlichung“ und „bürgerlicher Liberalismus“. Kampf gegen die „totale Verwestlichung“ bedeutet für die Orthodoxen zunächst die Rückbesinnung auf das historische und kulturelle Erbe, das angesichts der Öffnungspolitik im Sog neuer Leitbilder von außen unterzugehen droht. Was die Generation der Veteranen zutiefst verunsichert, ist der Verlust an sinn-

stiftenden Leitbildern, der mit dem Rückzug der Ideologie und der traditionellen Werte einhergeht. Aus ihrem Blickwinkel hat der Sozialismus chinesischer Prägung ein historisches Vermächtnis erhalten: „Sehnsucht nach einer großen geeinten Nation, nach Großer Harmonie und einer langen Herrschaft der Stabilität“, Stolz auf „eine jahrtausendealte Zivilisation, eine glorreiche Kultur und wichtige Beiträge zur Zivilisation der gesamten Menschheit“³⁰⁾. Es sind konfuzianische Werte, die im Bewußtsein der Veteranen mit der noch selbst erlebten und mitgestalteten Revolutionsgeschichte zu einer neuen Einheit verschmelzen.

Patriotismus und die Identifikation mit der Vergangenheit werden dort problematisch, wo sie Chinas sozialistische Ordnung und die Kommunistische Partei nur noch als Instrumente übergeordneter nationaler Ziele erscheinen lassen. Viele Chinesen könnten entdecken, daß die Parteiherrschaft überflüssig wird, wenn andere Wege schneller zum gewünschten Erfolg führten. Deswegen hat die Kampagne gegen „totale Verwestlichung und bürgerliche Liberalisierung“ auch den Anlaß zu einem historischen Repetitorium geboten: Chinas Öffentlichkeit wurde an die Intervention der imperialistischen Mächte in China erinnert, an den vergeblichen Versuch zur Einführung einer konstitutionellen Monarchie, an die schnell in den Bürgerkrieg treibende Revolution von 1911 und an das Versagen der bürgerlichen Parteien. Die Botschaft war eindeutig: Die KP und nur sie wäre der Hüter der nationalen Einheit, allein die von ihr geführte Revolution habe die Grundlagen für den erfolgreichen Aufbau und die Modernisierung des Landes geschaffen³¹⁾. Modernisierung aber, das haben seitdem unzählige Leitartikel immer wieder betont, könne in China unmöglich unter dem Vorzeichen des Liberalismus erfolgen.

Nun demonstriert der Begriff „Liberalismus“ nachhaltig die kulturelle Gebundenheit aller ideologischen Kontroversen. Während er im Westen längst zu einem positiv besetzten Schlagwort geworden ist, das an die hier so dominanten Freiheitswerte appelliert, knüpfen die negativen Assoziationen, die sich im chinesischen Kommunismus mit „Liberalismus“ verbinden, an die ganz anderen politischen Traditionen des Landes an: Das Wort bedeutet dort in der Definition Mao Zedongs Cliquenwesen, Verantwortungslosigkeit, mangelnde Einsatzbereitschaft und Opportunismus³²⁾. Noch deutlicher sind die kulturellen Unterströmungen der ideologischen Kontroversen hervorgetreten, als die Parteipresse Anfang 1987 den Kampf „gegen die vollständige Liberalisierung individueller Gefühle“ und gegen die Idee der „sexuellen Befreiung“ forderte. Angesichts dieser starken Abgrenzung von westlichen Einflüssen wurde auch der von vielen chinesischen Politikern selbst als problematisch empfundene Be-

²⁶⁾ Beijing Rundschau, Nr. 40, S. I–XII.

²⁷⁾ Jingji Ribao vom 24. September 1986.

²⁸⁾ RMRB vom 27. November 1986.

²⁹⁾ Shijie Jingji Daobao vom 15. Dezember 1986.

³⁰⁾ RMRB vom 29. Dezember 1986.

³¹⁾ RMRB vom 5. März 1987. Vgl. auch RMRB vom 12. Januar 1987; Xinhua vom 14. Februar 1987.

³²⁾ Siehe Mao Zedong, xuanji, Peking 1967, S. 330–332.

griff der „geistigen Verschmutzung“ rehabilitiert. Deng Xiaoping bekannte sich nochmals zur Urhebererschaft des längere Zeit aus der Propaganda verschwundenen Wortes³³⁾.

Vor dem Hintergrund eines tief in der chinesischen Tradition wurzelnden Autoritarismus haben maßgebliche Kräfte der Führung all jenen politischen Reformvorschlägen eine Absage erteilt, die auf eine Adaption westlicher Regierungsformen hinausliefen. Die Vorstellung eines unabhängigen Journalismus ist heute wieder tabu³⁴⁾. Vom Verzicht auf eine einheitliche ideologische Führung und von einer pluralistischen Sozialismus-Interpretation wird nicht mehr geredet. Peng Zhen hat den Pluralismus mit Anti-Sozialismus gleichgesetzt, Deng Xiaoping auf dem Vorrang des Patriotismus gegenüber der Demokratie bestanden. Allgemeine Wahlen sind von ihm als unpassend zurückgewiesen worden³⁵⁾. Bei anderer Gelegenheit hat Deng das von verschiedenen Reformtheoretikern empfohlene System der Drei-Gewalten-Teilung mit der Bemerkung abgelehnt, in den USA „haben sie praktisch drei Regierungen, [sie] streiten (. . .) und verursachen Schwierigkeiten. Dieses System dürfen wir nicht anwenden“³⁶⁾. Die Position des Reformlagers wurde so schwierig, daß selbst der Begriff „Reform des politischen Systems“ eine Zeitlang aus der Publizistik verschwand.

Statt feudalistischer Herrschaftsformen haben die Konservativen „die nach rechts abdriftende Tendenz als gegenwärtig vorrangige Gefahr“ bezeich-

net. Außerdem haben sie die ungeschmälerte Gültigkeit des Marxismus-Leninismus und die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber der westlichen „Schein-Demokratie“ betont³⁷⁾. Allen Bestrebungen zur schnellen Beendigung des Kampfes gegen den „bürgerlichen Liberalismus“ wurde eine Absage erteilt. Und selbst die großen Peitschen ideologischer Kampagnen wie „Klassenkampf“, „Unterdrückung konterrevolutionärer Umtriebe“ und „Diktatur des Proletariats“ wurden wieder hervorgeholt. Im gleichen Zusammenhang zeichnete der langjährige Chef-Ideologe Hu Qiaomu für einen Leitartikel der „Volkszeitung“ verantwortlich, der vor der Gefahr warnte, daß China bei ungebremster Fortsetzung der Reformdebatten auf den kapitalistischen Weg geraten könne³⁸⁾.

Mit dem bisherigen stellvertretenden Chefredakteur der Parteizeitschrift „Rote Fahne“ wurde erneut ein Vertreter des konservativen Lagers an die Spitze des Propaganda-Apparates gestellt. Zu seinen Aufgaben gehören vor allem die stärkere Kontrolle des Verbands der Literatur- und Kunschtätigen, die Organisation von Arbeitseinsätzen und die Verschärfung politischer Aufnahmebedingungen an den Universitäten sowie die Verstärkung der ideologischen Schulung für Arbeiter und Militärangehörige. Außerdem wurde beschlossen, die in den letzten Jahren explosionsartig angewachsene Medienlandschaft wieder zu beschränken³⁹⁾. Ziel aller dieser Maßnahmen ist es, die von vielen Parteiführern gefürchteten „polnischen Zustände“ als Folge der Reformen zu vermeiden.

IV. Gegenpositionen des Reformlagers

Ein besonders sensibler Bereich aller innenpolitischen und ideologischen Kontroversen ist die in den letzten Jahren so stark in den Vordergrund getretene Korruption. Während der orthodoxe Parteiflügel die Reformpolitik selbst für die Verfallserscheinungen verantwortlich macht, beschwerten sich führende Reformpolitiker darüber, daß wirtschaftliche Belebungsmaßnahmen von den konservativ beherrschten Disziplinungskontrollkommissionen der KP als Vergehen geahndet werden. Der Dissens spiegelt die Probleme eines zwischen Markt und Plan, zwischen dem persönlichen Gewinnstreben einerseits und dem Prinzip eines staatlich verwalteten Gemeinwohls andererseits schwankenden Mischsystems, das eine entsprechende Mischmoral mit ungeklärten Verhaltensnormen hervorgebracht hat.

Beispiele hierfür sind die ständigen definitorischen Kontroversen um legitime und illegitime Gewinne oder die großen Anstrengungen der Parteipresse, zwischen „Reformern mit Fehlern“ und „eigenartigen Gesetzesbrechern“ zu unterscheiden⁴⁰⁾.

Der Sommer 1986 sah den Reformflügel der Partei in der Offensive. Deng Xiaoping und die ihm nahestehenden Politiker forderten den Rückzug der Disziplinungskontrollkommissionen, die alle Korruptionsfälle den Gerichten übergeben sollten. Gleichzeitig sprach sich Vize-Ministerpräsident Wan Li für eine Demokratisierung und Versachlichung der Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei aus. Er konzedierte einen „Vergleichswert bürgerlicher politischer Institutionen“ und kündigte die „volle Verwirklichung der verfassungsmäßigen Redefreiheit“

³³⁾ Xinhua vom 15. Januar 1987, 21. Januar 1987; RMRB vom 27. Januar 1987, 8. März 1987; Beijing Rundschau, Nr. 26. 1987, S. 16.

³⁴⁾ Radio Jiangsu vom 14. März 1987.

³⁵⁾ Xinhua vom 15. Mai 1987; RMRB vom 17. April 1987.

³⁶⁾ Beijing Rundschau, Nr. 26. 1987, S. 15.

³⁷⁾ Zhengming, Nr. 113. 1987, S. 6–10; Xinhua vom 21. Januar 1987.

³⁸⁾ RMRB vom 1. Januar 1987, 6. Januar 1987, 17. Januar 1987, 17. Mai 1987; Shanxi ribao, Taiyuan, vom 5. Februar 1987; Xinhua vom 15. Mai 1987.

³⁹⁾ Far Eastern Economic Review 7. Mai 1987; Xinhua vom 7. März 1987; RMRB vom 26. Februar 1987, 30. April 1987; China Daily, Peking, vom 29. Juni 1987; Dagong Bao, Hongkong, vom 16. Mai 1987, 4. Juni 1987.

⁴⁰⁾ RMRB vom 29. September 1985.

an. Den Einwänden innerhalb der Partei begegnete er mit Worten, die viel über das paternalistische Selbstverständnis der Reformen verraten: Bei richtiger Führung, ausgeglichener Politik und wirtschaftlichem Aufschwung könne „ein großes sozialistisches Land . . . nicht durch einige verletzende Worte oder durch die Unruhestiftung von Menschen mit unlauteren Absichten, die sich gewisse Probleme zunutze machen, zerstört werden“⁴¹). Am weitesten in der Öffentlichkeit wagten sich der später gestürzte Generalsekretär Hu Yaobang und der ehemalige Leiter der ZK-Propagandaabteilung, Zhu Houze, vor. So erklärte sich Hu dazu bereit, im Zuge der politischen Reformen auch unrealistische und veraltete Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufzugeben. Zhu assistierte ihm mit der Bemerkung, ständige Fehler hätten seit 1956 zu einem Niedergang des Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung geführt⁴²).

Für die radikaleren Vertreter des Reformflügels beschränkt sich der Bruch mit der Vergangenheit jedoch nicht allein auf die neuere Zeit. Ihren Plänen liegt eine Sichtweise der chinesischen Tradition zugrunde, die sich scharf von der oben skizzierten Mehrheitsmeinung unterscheidet. Sie betrachtet die chinesische Vergangenheit unter negativerem Vorzeichen und versucht einen scharfen Trennungsstrich zwischen dem erstickenden Konservatismus des überlieferten Bildungs- und Herrschaftsystems einerseits und den Erfordernissen eines auf individueller Kreativität basierenden Modernisierungsprozesses andererseits zu ziehen. Dementsprechend wird der Konfuzianismus in seinen direkten und indirekten Äußerungsformen von den radikalen Reformern abgelehnt. Seine Harmonie- und Humanismus-Ideale gelten ihnen als Rauchvorhang, hinter dem sich ein diktatorischer Absolutismus, eine stagnierende Wirtschaft und eine rückständige Gesellschaft verbargen. Nicht an der Aufrechterhaltung traditioneller Werte, sondern an ihrer Überwindung im Zuge der Reformpolitik sind die Vertreter dieser Denkrichtung interessiert.

Sie können sich dabei auf Passagen richtungweisender Parteibeschlüsse von 1981 berufen, in denen von den verderblichen „Überresten der langen feudalen und despotischen Herrschaft auf ideologischem und politischen Gebiet“ die Rede ist. Sie können auch auf unzählige Deng Xiaoping-Reden verweisen, in denen sich dieser vom Erbe der feudalistischen Herrschaftsformen distanziert hatte. Ihren historiographischen Standpunkt haben sie Anfang 1986 in den Spalten des Parteiblattes „Liaowang“ vortragen dürfen⁴³). Dieses dem ZK-Sekretariat nahestehende Organ ermöglichte damit

die Wiederaufnahme von Grundsatzdebatten, die schon einmal während der berühmten Vierte-Mai-Bewegung Anfang der zwanziger Jahre unter den chinesischen Intellektuellen geführt worden waren. 1987 sind solche Positionen unter dem Druck des kulturellen und politischen Konservatismus nicht wieder in gleicher Deutlichkeit vertreten worden. Statt dessen haben die Reformkräfte in der Parteiführung zunächst das historiographische Terrain geräumt und sich darauf konzentriert, die begonnene Kritikbewegung einzudämmen. Dabei haben sie auch einen nicht unbeträchtlichen Erfolg gehabt.

Typisch für die Kampagne gegen den „bürgerlichen Liberalismus“ ist, daß sich die Säuberungsaktionen und personellen Konsequenzen weitgehend auf Parteimitglieder beschränkt haben, die scharfen Angriffe auf den Reformkurs fast ausschließlich hinter verschlossenen Türen geführt wurden. Das ist ein Resultat der mäßigenden Einwirkung Zhao Ziyangs, der bereits im Januar 1987 folgende Grenzen absteckte: Eine allgemeine Hexenjagd auf „bürgerliche Liberale“ sollte unterbunden, niemand ohne Zustimmung der Parteizentrale öffentlich gebrandmarkt werden. Die Kampagne sollte zudem konsequent aus den ländlichen Regionen ferngehalten und nicht auf das ökonomische Gebiet ausgedehnt werden. Zwei Wochen später nahm Zhao vielen ideologischen Erörterungen den Wind aus den Segeln und reduzierte die zu beachtenden Vier Grundprinzipien mit einem Deng-Zitat auf ihren wahren Kern: Festhalten an der Führung durch die Partei. Außerdem bekräftigte er das schon Ende 1978 gegebene Versprechen, künftig auf politische Kampagnen im Stile der Kulturrevolution zu verzichten⁴⁴).

Auch diese Einschränkungen genügten noch nicht. So erließ Zhao im Februar neue interne ZK-Rundschreiben, die weitere Pfähle gegen die steigende Flut des ideologischen Konservatismus setzten. Sie bestätigten ausdrücklich die Richtigkeit der landwirtschaftlichen Entkollektivierungspolitik, gelobten, den Lebensstil des Volkes nicht anzurühren, und nahmen nun auch alle Wirtschaftsreformen, die wissenschaftlich-technische Forschung, neue Ausdrucksformen in Literatur und Kunst sowie die bürgerlichen Einheitsfrontparteien von der Kritik aus. Der heutige Generalsekretär entzog damit alle sensiblen Bereiche, die von der Vendetta der Altkader berührt wurden, deren Zugriff und nahm nun genau jene Haltung ein, die sein Vorgänger 1983 gegenüber der Kampagne gegen „geistige Verschmutzung“ bezogen hatte. Einen Monat später warnte er die Propaganda-Abteilungen erneut vor einer „Ausweitung und Übertreibung“ der Kritik an Rechts-Abweichungen⁴⁵).

⁴¹) Dagong Bao, vom 1. August 1986; Zhengming, Nr. 109, 1986, S. 13–14.

⁴²) RMRB vom 23. Juni 1986; Wenzhai Bao, Peking, vom 29. Juni 1986.

⁴³) Beijing Rundschau, Nr. 27, 1981, S. 27; Liaowang vom 24. Februar 1986, 3. November 1986. Siehe dazu auch: Zi Zhongyun, The Relationship of Chinese Traditional Culture to the Modernization of China, in: Asian Survey, XXVII (1987) 4, S. 442–458.

⁴⁴) Wenhui Bao vom 26. Januar 1987; RMRB vom 30. Januar 1987.

⁴⁵) Zhengming, Nr. 113, 1987, S. 6–10; Radio Sichuan vom 27. Februar 1987; Ryukyu Shimpo, Naha, vom 7. März 1987. Vgl. auch RMRB vom 2. Februar 1987, 15. März 1987.

Die widersprüchlichen Schwerpunktsetzungen in den Äußerungen hoher Parteiführer haben im Ausland wie in China selbst Verwirrung ausgelöst. Deng Xiaoping, Zhao Ziyang und andere Spitzenpolitiker haben sie durch die ständige Behauptung einer ungebrochenen Kontinuität der Öffnungspolitik und Wirtschaftsreformen zu beseitigen versucht. Sie haben darüber hinaus unentwegt die These von der Gleichrangigkeit des ideologischen Kampfes und der Reformpolitik vertreten⁴⁶⁾. Das Bemühen um ausgewogene theoretische Formulierungen, die es gestatten, konservative Positionen in einen neuen reformpolitischen Konsens einzubinden, hat sich ebenfalls in den wiederholten Anstrengungen zur Neudefinition der „Linie des dritten Plenums“ niedergeschlagen. Die Ideologen nehmen mit dieser Formulierung auf jene ZK-Sitzung vom Dezember 1978 Bezug, auf der Deng Xiaoping mit seiner Reformpolitik der entscheidende Durchbruch gelang. Die Linie des dritten Plenums wird heute als Kürzel verwendet, um sowohl die Vier Grundprinzipien wie auch die Durchführung der Reformpolitik mit all ihren wirtschaftlichen und politischen Einzelmaßnahmen zu umschreiben⁴⁷⁾. Die subtilen definitorischen Bedeutungsverschiebungen, die dabei zu beobachten gewesen sind, haben sich erneut als Symptome andauernder Richtungskämpfe erwiesen: So hat Deng Xiaoping mit anderen Reformpolitikern zuerst die Fortsetzung der Öffnungspolitik, der Vier Modernisierungen sowie der wirtschaftlichen und politischen Reformen gleichrangig neben das Festhalten an den Vier Grundprinzipien gestellt, nur um sich später wieder zur Vorrangigkeit der Reformen zu bekennen. Andere Kräfte in der Partei haben hingegen den Vier Grundprinzipien die absolute Prio-

rität eingeräumt⁴⁸⁾. Bereits im Februar 1987 warnte das Parteiorgan vor der „Verwendung ‚linker‘ Ansichten, um rechtsgerichtete Ideen zu kritisieren“. Im Juni endlich verzichtete Deng auf solche Umschreibungen: Trotz aller Kritik am „bürgerlichen Liberalismus“ bezeichnete er wieder die Links-Abweichung als Hauptgefahr⁴⁹⁾.

Konsistenter als die schwankenden Haltungen zur politischen Reform sind die ökonomischen Vorstellungen des Reformflügels geblieben. Unbeeindruckt von den Studentenunruhen kündigte die Parteizeitschrift „Halbmonatsgespräche“ für 1987 weitere Maßnahmen zur Trennung von Eigentums- und Bewirtschaftungsrecht in den Betrieben, die Ausweitung von Pacht- und Leasing-Praktiken sowie neue Schritte zur Reform der Betriebsverwaltung und zur Einführung von Aktienmärkten an⁵⁰⁾. Vor dem Nationalen Volkskongreß legte Zhao Ziyang vor allem auf die Reform der Finanzstrukturen, auf die Ausdehnung horizontaler Wirtschaftsverbindungen sowie auf die betriebliche Eigenverantwortung bei der Einstellungs- und Lohnpolitik großen Wert⁵¹⁾. Nur die Preisreform schien immer mehr im Dickicht wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Gruppeninteressen stecken-zubleiben. Obwohl Zhao Ziyang sie im März 1987 abermals als Schlüsselfrage für das gesamte Reformwerk bezeichnete, war der Rückzug schon zwei Monate zuvor eingeleitet worden: Wirtschaftswissenschaftler nannten die Reform der staatlich administrierten Festpreise einen langen und schwierigen Anpassungsprozeß, an dessen Ende keineswegs die völlige Marktregulierung stehen müsse⁵²⁾.

V. Der XIII. Parteitag und ein ideologischer Kompromiß

Die jüngsten Kontroversen haben die enge Verzahnung von Ideologie, Ökonomie und Gesellschaft demonstriert. Dabei sind die auf China zukommenden Grundkonflikte bereits heute klar zutage getreten: Widersprüche zwischen marktwirtschaftlichen Prinzipien und Herrschaft der Partei, Explosion der Erwartungen auf einem schmalen Leistungsniveau, Generationenkonflikt mit einer Aufweichung bisheriger Verhaltensnormen und Identitätskrise im fortschreitenden Vollzug der Öffnungspolitik.

Bei grundsätzlicher Einmütigkeit über nötige Wirtschaftsreformen und Modernisierungsschritte scheinen sich alle Konflikte auf die Fragen nach dem angemessenen Reformtempo und nach der Einbeziehung der politischen Sphäre zuzuspitzen. Der letzte Parteitag der KPCh vom November 1987 hat als Antwort auf sie einen neuen Kompromiß zwischen den verschiedenen Lagern zu finden versucht: Der innerhalb der Partei und des Landes so umstrittene „Sozialismus chinesischer Prägung“ wurde von ihm in genialer Einfachheit als „Anfangsstadium des Sozialismus“ definiert. In dieser „wenigstens hundert Jahre“ währenden historischen Etappe setzt sich die KP nach ihrem heutigen Selbstverständnis das Ziel, „Industrialisierung und Kommerzialisierung, Vergesellschaftung und Modernisierung der Produktion, die andere Länder unter kapitalistischen Bedingungen bereits verwirklicht haben, zu realisieren.“ Sie erachtet es dabei als „unumgänglich, mit den einzelnen Theorien, die unsere Vorläufer unter einschränkenden geschichtlichen Bedingungen aufgestellt haben und die noch

⁴⁶⁾ Xinhua vom 18. Januar 1987, 19. Januar 1987; GMRB vom 19. März 1987.

⁴⁷⁾ Hongqi, Nr. 7, Peking 1987, S. 2–8; RMRB vom 22. Februar 1987.

⁴⁸⁾ Ebda., Dagong Bao vom 27. Juni 1987.

⁴⁹⁾ RMRB vom 2. Februar 1987; Wenhui Bao vom 5. Juni 1987.

⁵⁰⁾ Banyuetan, Peking, vom 10. Januar 1987.

⁵¹⁾ Beijing Rundschau, Nr. 16, 1987.

⁵²⁾ GMRB vom 31. Januar 1987; RMRB vom 16. Januar 1987, 16. März 1987.

utopischen Charakter tragen, aufzuräumen, sich von dem dogmatischen Verständnis des Marxismus und den falschen Auffassungen, die man dem Marxismus zugeschrieben hat, zu lösen . . .“⁵³).

Der XIII. Parteitag hat demgemäß den Wirtschaftsaufbau, die Reform und die weitere Befolgung der Öffnungspolitik zur „grundlegenden Linie für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung im Anfangsstadium des Sozialismus“ erklärt. Als weitere Inhalte des Begriffs sind Kernsätze der Reformpolitik, wie „die Wahrheit in den Tatsachen suchen“, „den eigenen Weg einschlagen“ oder „die planmäßige Warenwirtschaft entwickeln“, festgeschrieben worden. Es sind weitgehend symbolische Schlagworte, die den Deng Xiaoping-Kurs legitimieren, jedoch äußerst interpretierfähig bleiben. Als Merkmal des chinesischen Sozialismus könnte damit auch die weitgehende Verflüchtigung der Ideologie als eine präzise Anleitung zum Handeln definiert werden.

So hätte sich Ende 1987 nach jahrelangen ideologischen Kontroversen abermals der Reformkurs durchgesetzt, wären da nicht jene Passagen der Parteitagdokumente, die immer wieder auf den Vier Grundprinzipien insistieren. Der sozialistische Weg und die Diktatur des Proletariats, der Marxismus-Leninismus und die Maozedongideen mögen in ihrer bisherigen Form gehen — die Führung der Partei bleibt bestehen. So könnte man heute in vereinfachter Form den materiellen Inhalt dieser Prinzipien beschreiben. Dabei wäre es jedoch ein gefährlicher Irrtum, die Führung der Partei allein auf die Ausübung des Machtmonopols beschränkt zu sehen. Wie die für einige Reformtheoretiker höchst negativen Konsequenzen der Debatten von 1986 gezeigt haben, besteht die KP auch weiterhin auf ihrer ideologischen Alleinherrschaft. Das Recht zur Neudefinition und Uminterpretation des Sozialismus ist zwar bekräftigt worden, bleibt jedoch der Parteiführung vorbehalten. Nur sie bestimmt die Grenzen der Meinungsfreiheit und behält sich deshalb auch in Zeiten größerer innenpolitischer Lockerung jederzeit das Recht zu Wiedereinschränkung der neu gewährten Freiheiten vor.

Chinas Intellektuelle rührten an den Nerv der Dinge, als sie das Fehlen einer naturrechtlichen Überlieferung und die mangelnde Einklagbarkeit der Bürgerrechte kritisierten. Ob sie mit ihren Forderungen nach einer von unten gewachsenen Demokratie allerdings auch das Selbstverständnis der übrigen Gesellschaft artikulierten, ist eine andere Frage. Traditionell starke Gemeinschaftsideale und eine entsprechende Abwertung des Individualismus, das Bedürfnis nach Autorität und eine kulturell tief verwurzelte Neigung zur ideologischen Geschlossenheit richten nach wie vor starke Dämme

gegen einen westlich konzipierten Interessenpluralismus auf. Sie haben die Auseinandersetzungen der letzten Jahre mitgeprägt und den XIII. Parteitag erneut für den Primat von „Stabilität und Einheit“ vor einer „Entwicklung der sozialistischen Demokratie“ votieren lassen.

Niemand anders verkörpert die widersprüchliche Verbindung von Reformwillen und traditionellem Autoritarismus besser als Deng Xiaoping: Noch immer verwendet Chinas starker Mann das geflügelte Sun Yatsen-Wort vom Lande China, das einem Haufen losen Sandes gleiche, als Menetekel. Nur eine starke Führung, so Deng am 30. Dezember 1987, könne dem drohenden Chaos Einhalt gebieten und die Nation zum Aufbau führen⁵⁴).

Westliche Beobachter werden die Illiberalität solcher Denkformen beklagen. Aber sie werden nicht umhinkommen, von den ungeheuren Zerreißproben Kenntnis zu nehmen, denen China angesichts seiner regionalen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsdiskrepanzen ausgesetzt ist. Einheitliche Ideologie und zentralistische Bürokratie haben die geschichtliche Rolle einer Klammer der ansonsten höchst heterogenen Nation gespielt. Wie die Kulturrevolution gezeigt hat, kann ihr plötzliches Verschwinden in der Tat ein Vakuum entstehen lassen, da organisch von unten gewachsene Strukturen kaum vorhanden sind. Eine historische Bewertung der Führungsansprüche der KPCh wird deshalb die grundsätzliche Berechtigung der immer wieder beschworenen Furcht vor dem Chaos anerkennen müssen. Dennoch bleibt das Dilemma bestehen, daß der Hinweis auf objektive Zwänge für ein autoritäres Herrschaftssystem dort die Züge einer self-fulfilling prophecy annimmt, wo alle Ansätze zur politischen Selbstverantwortung abgeblockt werden.

Die politischen Reformen, die jetzt vom XIII. Parteitag beschlossen wurden, haben viel von dem brisanten Charakter der früheren Vorschläge eingeübt. Ihre Ziele heißen nicht mehr Gewaltenteilung, sondern Revitalisierung der Partei, Überwindung des Bürokratismus und Förderung von Eigeninitiativen an der Basis — dies alles als Langzeitprojekt innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren⁵⁵). Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Partei die Wirtschaftsreformen mit teilweise veränderten Akzenten fortführen, die politische Umgestaltung aber wieder verlangsamen und weitgehend auf Verwaltungsreformen beschränken will. Ob die in einem solchen Kurs liegenden Spannungen ausgehalten werden können, wird die Gretchenfrage der Zukunft sein — eine Frage, die nicht nur von der Partei, sondern auch von der chinesischen Gesellschaft beantwortet werden muß.

⁵³) Sämtliche Parteitagssitate nach dem Politischen Bericht Zhao Ziyangs vom 25. Oktober 1987, in: RMRB vom 4. November 1987.

⁵⁴) Beijing Rundschau, Nr. 26, 1987, S. 16.

⁵⁵) Vgl. dazu richtungweisende Deng Xiaoping-Äußerungen in: Dagong Bao, vom 11. März 1987, 28. Juni 1987.

Die Modernisierung der Institutionen und des Rechtswesens in der Volksrepublik China

Mit den Reformbeschlüssen vom Dezember 1978 setzte in China ein schon überfälliger Innovations-schub ein, der im Rechts- und Institutionenbereich nicht weniger einschneidend wirkte als bei den anderen, von der Regierungspropaganda übermäßig in den Vordergrund geschobenen sogenannten „Vier Modernisierungen“ (Landwirtschaft, Industrie, Wissenschafts- und Militärwesen). Zwar kam es den Reformern erklärtermaßen vor allem auf die Erneuerung der Wirtschaft und ihres institutionellen Rahmenwerks an, doch mußten sie schon bald erkennen, daß ohne politische Reformen keine grundlegenden wirtschaftlichen Durchbrüche zu erreichen waren, gab es doch kaum ein Mittel, mit dem die verschiedenen Wirtschaftsbürokratien sich nicht gegen eine Schmälerung ihrer in fast drei Jahrzehnten konsolidierten Monopol-„Erbhöfe“ zur Wehr gesetzt hätten.

Möglichkeiten, um einzelbetriebliche Initiativen im Keime zu ersticken, gab es in Hülle und Fülle: Man verweigerte etwa unter den oft unsinnigsten Vorwänden die Lizenzierung eines Unternehmens, belegte es mit immer neuen „Gebühren“ und Sondersteuern oder ließ sogar, wie es mehrere Male geschah, Betriebseinrichtungen der unliebsamen kollektiven oder privaten Konkurrenz kurzerhand zerstören.

Schon 1980 hatten die Reformer erkennen müssen, daß ohne eine Erneuerung des politischen Systems an Haupt und Gliedern jede wirtschaftliche Innovation ein Wunschtraum bleiben mußte. Untersucht man die verschiedenen Grundsatzdokumente, so werden mit fast notorischer Einförmigkeit immer wieder fünf Hauptmängel des politischen Systems beim Namen genannt, nämlich übermäßige Machtkonzentration, Führungspositionen auf Lebenszeit, patriarchalisches Denken und Handeln, Bürokratismus und Privilegienwesen. Einzelne Funktionäre, vor allem Parteisekretäre, hätten es sich im Laufe der Jahre zur Gewohnheit gemacht, ohne Rücksicht auf die Basis und ohne gesetzliche Rückbindung nach Belieben zu schalten und zu walten. Zwar lasteten die Reformer die Schuld für diese Entwicklung unablässig der „Kulturrevolution“ an, doch reichten die Ursachen dafür bis zur Gründung der Volksrepublik, vor allem aber bis zu dem Zeitpunkt zurück, als die siegreichen Bauernpartisanen sich entschlossen hatten, das stalinistische Modell zu übernehmen. Mit drei umfassenden Gegenmaßnahmen suchte man dem Phänomen der „Macht-Überkonzentration“ zu Leibe zu rücken, nämlich mit Demokratisierung, Neuverteilung der Gewalten und Vergesetzlichung. Manchmal wurde dieses Reformpaket auch „Fünfte Modernisierung“ genannt.

I. „Demokratisierung“ (minzhuha)

Schon unter Mao Zedong war es zu zahlreichen Maßnahmen gegen Kaderwillkür und Machtmißbrauch gekommen, unter anderem zur „Vier-Sauber-Kampagne“ (1963–65), vor allem aber zum Dauereperiment des „Hinunterschickens von Kadern zur körperlichen Arbeit“, das während der Kulturrevolution in Form der „wuqi ganxiao“ („7. Mai-Kaderschulen“, so benannt nach dem Datum einer einschlägigen Mao-Direktive) institutionalisiert wurde und bei den Betroffenen heftige Ressentiments auslöste. Kerngedanke der maoistischen Politik war es, daß ein massenferner Bürokrat durch körperliche Arbeit wieder zu einem massennahen Mitkämpfer umerzogen werden könne, wobei Mao auf seine jahrzehntelangen Erfahrungen aus dem Bürgerkrieg zurückgreifen zu können glaubte. Was allerdings in den dreißiger und vierziger Jahren unter den Bedingungen des Kampfes gegen die damalige Guomindang-Regierung möglich war, mußte nicht unbedingt auf die sechziger und siebziger Jahre passen, zumal sich das Haupt-

interesse inzwischen von den Dörfern in die Städte verlagert und die „Revolution“ längst gesiegt hatte. Rückblickend läßt sich feststellen, daß die „hinuntergeschickten“ Kader sich keineswegs geändert, sondern daß sie beim „fanshen“ (wörtl.: „Körperumdrehen“) lediglich äußerlich mitgespielt hatten. Die „Massen“ gewannen trotz des „Hinunterschickens“ Tausender von Funktionären nicht ein Mehr an Mitbestimmung, zumal ja auch Mao in den letzten Jahren seines Lebens die Macht höchst willkürlich ausübte.

Die Reformer mußten sich unter diesen Umständen andere Demokratisierungswege einfallen lassen und entschieden sich schon 1980 für sechs Maßnahmen:

- Stärkung der Volkskongresse durch Direktwahl und erweiterte Befugnisse,
- striktere Trennung von Partei- und Verwaltungsorganen,

- Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen durch Verlagerung von Gestaltungsrechten auf die betrieblichen und lokalen Ebenen,
- Ausweitung der Betriebsautonomie,
- Reform des Kadersystems (Wahl, Absetzung, Überprüfung, Pensionierung usw.) und
- für einen weiteren Ausbau des sozialistischen Rechtssystems¹⁾.

Der XIII. Parteitag (Oktober 1987) fügte diesem Katalog noch einen siebten Punkt hinzu, nämlich die „Institutionalisierung der Konsultation und des Dialogs in der Gesellschaft“:

Am wenigsten war mit der *Direktwahl* zu erreichen. Zwar kommt dem Nationalen Volkskongreß sowie den 29 Provinzkongressen heutzutage mehr Einfluß zu als dies zu Lebzeiten Maos der Fall war. Verschiedene Diskussionen seit 1980 haben überdies eindrucksvoll deutlich gemacht, daß die „Parlamente“ nicht nur „Beifallskulissen“ sind, sondern daß von ihnen scharfe Kritik an bürokratischen Mißgriffen und damit auch so manche Verbesserung ausgegangen sind, doch sind die Rechte der Volkskongresse gegenüber dem Staatsrat und den Provinzregierungen sowie vor allem gegenüber den Parteigremien immer noch allzu beschränkt. Dies findet vor allem durch die mangelnde Möglichkeit zur Direktwahl seinen Ausdruck. Durch das Wahlgesetz vom 1. Juli 1979²⁾ gibt es eine Ausdehnung der Direktwahl bisher nur bis zur Kreis-, nicht dagegen bis zur Provinzebene, von einer Direktwahl der Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses (NVK) ganz zu schweigen. Verbesserungen wurden freilich insofern erzielt, als die Kandidatenlisten in der Öffentlichkeit zu beraten sind, als ferner inzwischen geheim gewählt wird und insofern schließlich mehr Kandidaten aufzustellen sind, als am Ende gewählt werden können.

Von wesentlich höherer Bedeutung ist die *Trennung zwischen Partei und Verwaltung*. Hatten sich die Parteiausschüsse eines Betriebs, einer Behörde oder einer Nachbarschaft in bisher praktisch sämtliche Verwaltungsangelegenheiten direkt eingemischt, so sollen sie in Zukunft nur noch indirekt Einfluß nehmen, das heißt darüber Kontrolle üben, ob die Entscheidungen der Verwaltungsgremien im großen und ganzen innerhalb der vorgegebenen politischen Richtlinien liegen. In einer Rede vor der gesamtnationalen Wissenschaftskonferenz von 1978 ging Deng Xiaoping sogar noch einen Schritt weiter, indem er darauf hinwies, daß die Effizienz eines im Wissenschaftsbereich angesiedelten Parteigremiums danach zu bemessen sei, inwieweit es ihm gelinge, die betreffenden Forschungsorganisationen zu ihrer maximalen Leistungsfähigkeit kommen zu lassen. Hier wird dem Parteiausschuß bezeichnenderweise eher eine „Igelrolle“ nach außen als nach innen zugewiesen. Analog dazu verlor auch der Politikkommissar in der „Volksbefreiungsarmee“

gegenüber dem jeweiligen Kommandanten an Einfluß. Der Fachmann gewann also auf Kosten des Politikaders. Hier war einer der heikelsten Punkte in der Reformdiskussion angesprochen; denn es bedurfte schon einiger Beweisführungskunst, um glaubhaft zu machen, daß einerseits die Partei „alles führt“, daß andererseits aber ihre Kader gegenüber den Fachleuten zurücktreten sollen.

Fast genauso bedeutsam wie die Trennungsfunktion ist die Forderung nach *Dezentralisierung*, das heißt nach Stärkung der unteren Ebenen, der Basis. Unter Mao Zedong hatte der Grundsatz gegolten „Je zentraler, desto sozialistischer“. Damit waren vor allem zwei Konsequenzen verbunden: Auf der einen Seite wurden alle einigermaßen wichtigen Entscheidungen nach oben verlagert, so daß den Basiseinheiten wenig Raum zur Eigeninitiative verblieb; auf der anderen Seite sollte versucht werden, den traditionellen Dualismus zwischen Danwei- und Transdanwei-Bereich so weit wie möglich zu überwinden. Jeder einzelne gehört einer Danwei (wörtl.: „Grundeinheit“) an, sei es nun einem Dorf, einem Fabrikbetrieb/Werkhalle, einem Wohnviertel oder einer Universitätsfakultät³⁾. Klassische Danwei seit über 2 000 Jahren ist das Dorf, das gegenüber dem mandarinären Staat im wesentlichen nur drei Rechte zu erfüllen hatte, nämlich Steuern zu zahlen, Dienstleistungen zu erbringen und Ruhe zu bewahren, im übrigen aber sein eigenes Wohnheitsrecht, sein eigenes Honoratiorentum und seinen eigenen Bodengott besessen hatte. Diese gewachsene Autonomie hat sich bis in die Gegenwart hinein erhalten und überträgt sich auch auf außerdörfliche „Einheiten“. Für die Revolutionäre um Mao Zedong bedeutete die Danwei-Autonomie ein Ärgernis, da sie der Tendenz zum sozialistischen Großeigentum entgegenstand. Durch Einführung von Volkskommunen, vor allem aber durch die Institutionalisierung von Parteigremien bis zur Basis hinunter suchten die Maoisten das traditionelle Zwiegespräch zwischen Gesamtstaat und Danwei so weit wie möglich aufzuheben, ohne daß dies allerdings jemals ganz gelang.

Die Reformer zogen aus diesem Scheitern Konsequenzen und sorgten durch Reduzierung der Volkskommune zur bloßen „Holding“ sowie durch Zusammenstreichung der Dorfbürokratie dafür, daß der frühere dualistische Zustand wiederhergestellt und damit ein Stück Renormalisierung eingeleitet wurde. Vor allem aber statten sie ihren Dezentralisierungskurs mit einem Instrument aus, das unter der Bezeichnung „Verantwortungssystem“ inzwischen zu einer Art Allheilmittel geworden ist. Gemeint ist damit eine präzise Zuständigkeitsverteilung, durch die den jeweiligen Organen nicht nur Rechte zuerkannt, sondern auch entsprechende Pflichten und vor allem die Verantwortlichkeit für Fehlentscheidungen zugeschrieben wurde. Kein Geringerer als Deng Xiaoping beschäftigte sich in seiner berühmten gewordenen Rede über die „Re-

¹⁾ Renmin Ribao (RMRB) vom 25. November 1980.

²⁾ ZHRMGHG falü huibian 1979–1984 (Gesetzessammlung der VR China, 1979–1984), Beijing 1984, S. 70–80.

³⁾ Zur Danwei vgl. Oskar Weggel, China, Zwischen Marx und Konfuzius, München 1987², S. 67 ff.

form des Führungssystems in Partei und Staat“ vom 18. August 1980⁴⁾ mit diesem Punkt. Deng beklagt hier zunächst die Überkonzentration von Macht, die zumeist beim Parteikomitee einer Einheit und dort wiederum in der Hand einiger Sekretäre, vor allem des Ersten Sekretärs liege. Aufgrund dieser Lage besäßen die meisten untergeordneten Kader keine wirklichen Entscheidungsspielräume, während die wenigen Spitzenfunktionäre mit Arbeit überlastet seien. Als Folge davon könnten die meisten Kader selten in Eigenverantwortung jene Angelegenheiten entscheiden, für die sie der Sachlogik gemäß eigentlich zuständig sein müßten. Statt dessen beschäftigten sie sich stündlich und täglich damit, ihre Vorgesetzten um Anweisungen zu ersuchen, Dokumente anzukreuzen und weiterzuleiten. Hohe Priorität besäße unter diesen Umständen die Forderung nach „strengen administrativen Vorschriften und nach einem System persönlicher Verantwortlichkeit von oben nach unten sowie nach strengen eindeutigen Bestimmungen über die Verantwortung und die Befugnisse jedes Organs und jeder Person“⁵⁾. „Es muß eindeutig festgelegt werden, welche Fragen vom Kollektiv diskutiert werden und welche von Einzelpersonen zu verantworten sind. Wichtige Fragen müssen unbedingt vom Kollektiv behandelt und entschieden werden. Beim Fällen von Entscheidungen muß das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit streng eingehalten werden. Jedes Komiteemitglied hat nur eine Stimme, und jeder Sekretär hat nur das Recht auf eine Stimme. Der Erste Sekretär darf nie allein entscheiden. Was das Kollektiv entschieden hat, muß jeweils durchgeführt werden. Jeder trägt seine Verantwortung und diese darf unter keinen Umständen anderen zugeschoben werden. Wer seine Pflicht versäumt, muß zur Rechenschaft gezogen werden. Bei der Kollektivführung muß es auch einen Leiter geben. Die Ersten Sekretäre der Parteikomitees aller Ebenen müssen die Hauptverantwortung für die Routinearbeit tragen. Unter den anderen Mitgliedern der Parteikomitees muß die Arbeitsteilung bei personeller Verantwortung betont werden. Die leitenden Kader sind dazu anzuhalten, mutig Verantwortung zu übernehmen.“⁶⁾ Ferner fügt Deng hinzu, daß die Macht weder zu sehr zentralisiert, noch zu sehr dezentralisiert werden dürfe. Stets gehe es um das „Problem der Übermäßigkeit“⁷⁾.

Was Deng hier verlangt, trifft sich genau mit dem, was Max Weber als zentrale Kriterien einer wohl-funktionierenden Bürokratie ermittelt hat, nämlich Regelmäßigkeit des Handelns innerhalb präziser Zuständigkeitsbereiche bei hochgradiger Fachausbildung — all dies in dem Versuch, subjektiv-personale Gesichtspunkte auszuschalten und die Fülle des Lebens auf bestimmte wiederkehrende „Vorgänge“ zu reduzieren. Mit dieser organisatorischen

„Soziogenese“ soll zugleich auch, wie Norbert Elias in seinem Werk „Über den Prozeß der Zivilisation“ ausführt, eine entsprechende „Psychogenese“ des Kaders Hand in Hand gehen. Er soll nämlich, wie in reformerischen Reden immer wieder betont wird, die „feudalistischen und patriarchalischen Vorstellungen“ in seinem Gehirn tilgen und sie durch sachadäquates, unpersönliches und rationales Denken ersetzen. Wichtig sei vor allem die Bekämpfung „patriarchalischer Vorstellungen“; sei beispielsweise ein Funktionär während der Kulturrevolution in eine höhere Position aufgerückt, so habe er seine Verwandten und sogar seine „Hunde und Hühner in den Himmel gehoben“; sei damals umgekehrt jemand in Schwierigkeiten geraten, hätten selbst seine entferntesten Verwandten darunter zu leiden gehabt⁸⁾. Der Wunschkader Deng Xiaopings ist also ein Ganbu (Funktionär), der im sachlichen Sinne des Wortes „funktioniert“ und der den Vorstellungen Webers durchaus nahekommt, denjenigen Maos dagegen fundamental entgegensteht.

Das „Verantwortlichkeits“-Prinzip gilt nicht nur für die Parteiarbeit, sondern auch für die Gestaltung sämtlicher Bereiche im Staats- oder Wirtschaftsapparat. Inzwischen neigt man dazu, präzise Verantwortungsbereiche vor allem durch vertragliche Vereinbarungen festzulegen. Das Urmodell hierfür hat die landwirtschaftliche Praxis geliefert: Auf den Dörfern gab es ja bereits 1979 erste Vereinbarungen zwischen der Kollektivleitung einer Produktionsmannschaft und den einzelnen Haushalten, in denen zum Beispiel folgende Einzelheiten festgelegt waren: Haushalt A erhält die Parzellen X, Y und Z für zehn Jahre zur eigenverantwortlichen Nutzung überlassen. Er verpflichtet sich dafür im Gegenzug, am Ende jeder Erntesaison eine bestimmte Menge Getreide, Schweinefleisch, Geflügel etc. an das Kollektiv (oder an die staatliche Kaufstelle) abzuliefern. Haushalt A hat sich an die Ein-Kind-Regel zu halten. Verletzt Haushalt A die oben genannten übernommenen Pflichten, so hat er die Grundstücke vorzeitig wieder an das Kollektiv zurückzugeben. Alle Produkte, die Haushalt A über das Ablieferungssoll hinaus erzeugt, dürfen von ihm selbst verbraucht oder aber auf dem Markt verkauft werden usw. — Hier weiß jede Seite, woran sie sich zu halten hat. Kamen früher sämtliche Anordnungen über Produktions- und Ablieferungssoll sowie über Arbeitspunktegestaltung wie ein Schicksal „von oben“ auf die Bauern herab, so waren sie nunmehr nicht mehr subordiniert, sondern konnten sich vertraglich koordinieren. Die Folgen waren entsprechend: Im Nu kam voller Wind in das lange Zeit schlaff herabhängende Segel der Landwirtschaft, deren Erfolge für die Reformer so überzeugend waren, daß sie die landwirtschaftlichen Erfahrungen durch den bekannten Zehnpunkte-Beschluß vom Oktober 1984 auch auf die Städte und Industrien übertrugen.

Von nun an schien es für das Verantwortlichkeitssystem keine Grenzen mehr zu geben — zumindest

⁴⁾ Deng Xiaoping, *Ausgewählte Werke 1975–1982*, Beijing 1985, S. 345–372.

⁵⁾ Ebd., S. 355.

⁶⁾ Ebd., S. 369 f.

⁷⁾ Ebd., S. 356.

⁸⁾ Ebd., S. 363.

wurde dies theoretisch gefordert. Absprachen sollten beispielsweise getroffen werden zwischen staatlichen, kollektiven und privaten Unternehmen, zwischen Behörden und Betrieben, zwischen Oberbehörden und Unterbehörden, zwischen Staat und Massenorganisationen sowie zwischen Armeegliederungen und zivilen Einheiten. Zu einem Allerweltswerkzeug entwickelte sich dabei das „Baogan“ — ein Begriff, der sich mit „vertragsgebunden und in Eigenregie“ übersetzen läßt. Inhaltlich kann das Baogan auf die Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen, auf die Übernahme einer Investitionsaufgabe durch einen Investbaubetrieb oder auf eine sonstige Verpflichtung hinauslaufen, die zwar längst in einer gesetzlichen Vorschrift vorgesehen sein mag, die nun aber — im bilateralen Verhältnis — noch einmal konkretisiert wird, da ja bekanntlich Gesetze häufig auf dem Papier stehenbleiben, wenn sie nicht durch besondere „Nachhilfemaßnahmen“ instrumentalisiert werden⁹⁾.

Die reformerische Dezentralisierungspolitik wirkte sich aber nicht nur auf die Wiederbelebung der Danwei-Autonomie sowie auf die Begründung von „Verantwortlichkeitssystemen“, sondern darüber hinaus auch auf die Revitalisierung alter Marktgemeinden aus, die nach 1949, sehr zum Schaden der Gesamtwirtschaft, in einen Dornröschenschlaf gefallen waren. Damals war es zu einer mechanischen Trennung zwischen Stadt und Land, zwischen Produktion und Infrastruktur sowie zu einer Auflösung der traditionellen Wirtschaftsnetze gekommen. Einst blühende Marktgemeinden waren von neuerichteten Verwaltungsstädten überflügelt und in den Schatten gestellt worden, und überall war es zur Verbürokratisierung, mechanischen Begradigung von Sachbereichen und vor allem zur Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse „nach oben“ gekommen. Die Reformer sahen diese Entwicklung mit Unbehagen und versuchten, ihr ein Ende zu bereiten. Am 22. November 1984 erließ der Staatsrat Richtlinien für die Errichtung von Marktgemeinden (zhen) sowie von „Ortschaften“ (jizhen)¹⁰⁾. Eine Gemeinde kann sich nach diesen Bestimmungen zur „Marktgemeinde“ konstituieren, wenn in ihrem Bereich die Zahl der nicht landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung über 2 000 Personen liegt, bzw. falls sie (bei Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern) 10 Prozent der Gesamtbevölkerung übersteigt. Bei dieser Umwidmung eines traditionellen Xiang (juristische Gemeinde) in einen Zhen (Marktgemeinde) handelt es sich keineswegs nur um ein juristisch-administratives l'art pour l'art, sondern um eine Maßnahme von erheblicher wirtschaftlicher Tragweite, insofern nämlich die Zhen zu Mittelpunkten von industriellen, kommerziellen und dienstleistungsorientierten Netzwerken werden, in die sämtliche umliegende Dörfer hineingesponnen sein sollen. Nicht zufällig wurde deshalb

die Parole „Märkte verwalten die Dörfer“ (zhen guan cun) sowie „Städte führen Kreise“ ausgegeben¹¹⁾. Es ist hier eine Politik eingeleitet worden, durch die die Kluft zwischen Städten und Dörfern im Zeichen lokaler Selbstorganisationsmaßnahmen wieder geschlossen wird.

Betriebsautonomie: Zum „Grundgesetz“ des chinesischen Reformbetriebs haben sich mittlerweile die am 10. Mai 1984 vom Staatsrat verkündeten „Vorläufigen Bestimmungen über die Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse staatseigener Industrieunternehmen“ entwickeln können¹²⁾. Danach sollen die Betriebe in zehn Bereichen Selbstentscheidungsrecht erhalten, nämlich bei der Produktionsplanung, beim Produktabsatz, bei der Gestaltung der Produktpreise, bei der Auswahl und beim Ankauf von Materialien, bei der Fondsverwendung, bei der Auslagerung von Vermögen (zum Beispiel im Wege der Verpachtung), bei der organisatorischen Ausgestaltung, bei der „Personal- und Arbeitsverwaltung“, bei der Arbeits- und Lohngestaltung sowie bei der Herstellung von zwischenbetrieblichen Verbindungen. All diese Fragen waren bisher ausschließlich durch Anordnungen von oben her entschieden worden, wobei nicht immer Sachverstand im Spiele gewesen war.

Daneben ergingen 1986 drei Neuregelungen zur Betriebsleitung, die längst überfällig gewesen waren: Jahrzehntlang hatten in jedem Betrieb zwei Kommandozentralen nebeneinander fungiert. Gab es Fehlschläge, pflegte der Parteisekretär die Verantwortung dem Direktor zuzuschreiben, während dieser umgekehrt auf die falschen Entscheidungen des Parteiausschusses verwies; die Mitglieder des Ausschusses wiederum, die ja eigentlich kollektiv tätig werden sollten, entschuldigten sich damit, daß sie den Ratschlägen des Parteisekretärs oder aber des Direktors gefolgt seien. Im Endeffekt war also niemand so recht zur Verantwortung zu ziehen. Es war also höchste Zeit, hier einmal klare Zuständigkeiten zu schaffen. Zu diesem Zweck ergingen am 15. September 1986 drei Bestimmungen, nämlich eine über die Arbeit der Fabrikdirektoren in staatlichen Betrieben, eine zweite über die Arbeit der KP-Basisorganisationen und eine dritte über die Arbeit der Belegschaftsversammlungen der Arbeiter und Angestellten¹³⁾. Die Regelungen liefen, kurz gesagt, darauf hinaus, daß das gesamte Betriebspersonal, mit Ausnahme des Direktors, vom Betrieb ausgewählt wird; zwar solle es durchaus Belegschaftsversammlungen und einen kontrollierenden Verwaltungsausschuß geben, an dem sämtliche wichtige Funktionäre sowie wiederum die Belegschaft beteiligt sind; das letzte Wort in Konfliktfällen solle jedoch wiederum dem Direktor zukommen. Dem Betriebsparteikomitee verbleibt eine höchst bescheidene Rolle, insofern es nämlich darauf zu achten hat, daß die „Vier Grundprinzipien“ (Parteiführung, Sozialismus etc.) auch innerbe-

⁹⁾ Zum Baogan bei Investitionen vgl. Oskar Weggel, Das Öffentliche Recht — Infrastrukturrecht, in: China aktuell, August 1987, S. 662f. mit Nachweisen.

¹⁰⁾ Gongbao (Amtsblatt des Staatsrats) 1984, S. 1012—1014 mit Gesamttext.

¹¹⁾ RMRB vom 30. November 1984.

¹²⁾ Gongbao 1984, S. 323—325.

¹³⁾ Text in: RMRB vom 13. Januar 1987.

trieblich gewahrt werden¹⁴⁾. Die überragende Stellung des Fabrikdirektors und seine Auswahl durch die übergeordnete Ministerialbürokratie stellen sicher, daß die Bäume der betrieblichen Mitbestimmung nicht in den Himmel wachsen. Gegenüber der Mao-Zeit, als praktisch sämtliche Sach- und Personalentscheidungen von oben getroffen wurden, bedeutet die Neuregelung ganz gewiß einen erheblichen demokratischen Fortschritt; doch waren den Reformern offensichtlich im letzten Augenblick noch Bedenken gekommen, das jugoslawische Vorbild ganz auf China zu übertragen.

Mit der Betriebsautonomie war eine ganze Reihe von Konsequenzen verbunden, die seit 1984 auch gesetzliche Gestalt annahmen, nämlich die Zulassung von zwischenbetrieblichem Wettbewerb, von öffentlichen Ausschreibungen (statt einseitigen behördlichen Zuweisungen), die Zulassung von Werbung und vor allem der Erlaß eines Konkursgesetzes. Außerdem wurden erste Experimentierbetriebe bevollmächtigt, Schuldverschreibungen und Aktien auszugeben — und zwar nicht nur an staatliche Stellen oder Betriebsangehörige, sondern an jedermann; dies hatte zwar den Vorteil, daß das reichlich vorhandene Sparkapital abgeschöpft werden konnte, gleichzeitig jedoch kam aus der linken Ecke des Parteiapparats scharfe Kritik gegen die Unterhöhlung, ja den Ausverkauf des sozialistischen Eigentums auf. Gleichwohl vermochte dies den generellen Autonomisierungskurs nicht aufzuhalten, geht es hier doch um Wiedergewinnung jener Danwei-Selbständigkeit, die dem Durchschnittschinesen als durchaus „normal“ erscheint, nachdem sie durch die maoistische Politik eine Zeitlang ausgehöhlt worden war. Insofern bedeutet Betriebsautonomie auch ein gutes Stück „Renormalisierung“.

Reform des Kadernsystems: „Kader entscheiden alles“ — dies war dreißig Jahre lang die Realität gewesen. Leider erwies sich der überalterte und von fachlich überforderten Kadern besetzte Apparat immer mehr als veritable Erfolgsverhinderungsmaschine. Die bequeme lebenslange Anstellung führe, wie es immer wieder heißt, leicht zu Schmarotzertum, Patriarchat und Bürokratismus. Leicht entstehe daraus übermäßige Machtkonzentration, was wiederum die Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie, der Volksdemokratie und die Förderung von jungen sowie die Absetzung von alten Kadern behindere¹⁵⁾. Zur „grundlegenden Reform des Kadernsystems“ gehören daher nach heutiger Auffassung die Abschaffung der Anstellung auf Lebenszeit („Eiserner Reisnapf“), die Straffung der Regierungsorgane, die Schaffung eines Pensionierungssystems für alte Funktionäre und die Förderung von Kadern, die „jung, besser erzogen, fachkundig und revolutionär eingestellt sind“ — diese vier Merkmale kehren in fast jeder Erklärung wieder. „Drei Arten von Personen“ dürften als „Nachfolger“ keinesfalls in Frage kommen, nämlich Kar-

rieristen der Kulturrevolution, „Fraktionisten“ und Personen, die in der Kulturrevolution durch Schlägereien und Plünderereien hervorgetreten seien — ein deutlicher Hinweis auf die politische Einfärbung jeglicher Kaderbewertung, denn ein unliebsamer Kandidat kann schnell mit einem dieser drei Etiketten versehen werden. Allerdings sind die genauen Einstellungskriterien, das Einstellungsalter und das Pensionsalter auch heute noch nicht geregelt — kein Wunder, da es sich hier um eine der „heißesten Materien“ handelt. Mangels genauer Bestimmungen empfahl Deng Xiaoping schon im Juli 1981¹⁶⁾, in einer Übergangsperiode als Nachfolger für die Genossen auf der Provinz-, Stadt- und Ministerialebene rund 100 000 bis 200 000 Kader auszuwählen, wobei Deng anregte, daß vor allem solche Personen in Betracht gezogen werden, die in den sechziger Jahren ihr Hochschuldiplom erworben haben und die vielleicht sogar noch Opfer der Kulturrevolution gewesen waren. Deng selbst ging mit gutem Beispiel voran und wählte höchstpersönlich einige bewährte Nachwuchskader aus, die denn auch in jüngster Zeit wie „Raketen“ am Himmel Chinas hochgegangen sind und heute bereits ihren Platz im Politbüro gefunden haben.

Bei solchen persönlichen Auswahlaktionen soll es sich jedoch nur um Übergangserscheinungen handeln. Im übrigen seien während der nächsten Jahre so schnell wie möglich endgültige Altersgrenzen festzulegen sowie Vorschriften über die Höchstzahl von Kadern innerhalb der jeweiligen Einheit einzuführen. Seien ein Minister und zwei bis vier stellvertretende Minister nicht ausreichend für ein Ministerium? Wozu brauche man gleich ein Dutzend stellvertretender Minister!? Die bisher übliche personelle Überbesetzung an der Spitze führe doch nur zu Überschneidungen und zu Bürokratismus! Man müsse sich auch von dem übervorsichtigen Prinzip abwenden, Kader nur von Stufe zu Stufe aufsteigen zu lassen. Deng wörtlich: „Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, Kader lediglich in der Stufenfolge Gemeinde, Kreis, Bezirk und Provinz zu befördern, wie es das gegenwärtige Kadernsystem von Partei und Regierung verlangt.“¹⁷⁾ Vielmehr sei es nötig, einen Weg zwischen dem „Raketenprinzip“ und dem Gradualprinzip zu finden, besonders geeignete Kader auf einer „Art leichter Leiter gleich einige Stufen überspringen“ zu lassen. Daß es den Kandidaten vielleicht etwas an Erfahrung mangle, dürfe niemanden bange machen. Die Genossen sollten sich doch einmal erinnern: Waren nicht sie selbst zwanzig oder dreißig Jahre alt, als sie vor und nach 1949 Posten mit hoher Verantwortung übernahmen? Gegenwärtig könne man sich den Luxus allzu langen Zuwartens nicht mehr leisten, da man doch in den vergangenen Jahren die Zügel habe schleifen lassen!

Kommt es zu Amtsverstößen durch Kader, so gibt es zwar, abgesehen von Petitionen, keine Möglichkeiten des Bürgers, gegen Verwaltungsorgane ein-

¹⁴⁾ Einzelheiten in: Oskar Weggel, Das Öffentliche Recht — Wirtschaftsrecht, Mai 1987, S. 384 ff.

¹⁵⁾ Beijing Rundschau 1980, Nr. 45, S. 20.

¹⁶⁾ Deng Xiaoping (Anm. 4), S. 416—421.

¹⁷⁾ Ebda., S. 350 (Rede vom 18. August 1980).

zuschreiten. Inzwischen wurde freilich im Dezember 1986 ein „Kontrollministerium“ eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, die Erfüllung der Amtspflichten, die Einhaltung und Ausführung der Gesetze und der Verwaltungsvorschriften durch die Staatsangestellten zu überwachen. Der für das Ministerium zuständige Kontrollapparat soll mit seinen Organen auf Provinz-, Bezirks- und Kreisebene präsent sein. Letztlich wird das System der „äußeren Kontrolle“, wie es Anfang der fünfziger Jahre bestanden hatte, wie es aber im Zuge der von den Maoisten angestrebten Machtkonzentration 1959 wieder abgeschafft worden war, erneut eingeführt. Im Gegensatz zur Regelung der fünfziger Jahre wird sich die Zuständigkeit des Ministeriums strikt auf Staatseinrichtungen und -personal beschränken. Nicht in Betracht kommt also eine Kontrolle über Genossenschaften, über Privatbetriebe, über Massenorganisationen oder aber über KP-Organisationen — letztere werden von parteieigenen Dis-

ziplinkontrollorganen überwacht, die gleichfalls erst nach der Reform, nämlich durch das KP-Statut vom 6. September 1982, wiedereingeführt worden sind¹⁸⁾. Mit der Errichtung des Kontrollministeriums wurden alte Traditionen wieder aufgenommen, die jahrhundertlang in Form des kaiserlichen Zensorats bestanden hatten¹⁹⁾.

Systematisch gesprochen, versuchten die Reformen, den Kaderapparat mit Hilfe dreier Methoden umzuformen, nämlich durch erzieherische Mittel, durch Bestrafung sowohl nach kriminal- als auch nach dienstrechtlichen Methoden und, drittens durch Strukturreform, wobei einerseits der oben erwähnte Sechs-Maßnahmen-Katalog zur „Demokratisierung“ teilweise durchgedrückt und außerdem versucht wurde, das in der Wirtschaft, vor allem im Landwirtschaftsbereich bereits mit Erfolg bewährte „Verantwortlichkeitssystem“, auch in den Behörden heimisch werden zu lassen.

II. „Systemreform“ (tizhi gaige) und „Verwaltungsvereinfachung“ (jingjian): Versuche einer Neuverteilung der Gewalten

Versuche zur Verwaltungsvereinfachung sind so alt wie die Volksrepublik, und sie sind nicht zufällig auch jedesmal gescheitert — selbst unter den Reformern. Hatte der Staatsrat, also die Regierung der VR China, 1949 dreißig Ministerien und vier Kommissionen umfaßt, so waren es 1982 98 Ministerien mit zusammen rund 1 000 Ministern und stellvertretenden Ministern; einige Ressorts leisteten sich bis zu zwanzig Vizeminister. Ein Reporter der Monatszeitschrift „China im Aufbau“ mußte, um für die März-Nummer 1982 einen Artikel über „Hotels in der Hauptstadt“ recherchieren zu können, nicht weniger als dreißig Regierungsbüros „abklappern“, um ausreichende Informationen zu erhalten²⁰⁾.

Zwar wurden nach 1982 die meisten Behörden personell erheblich reduziert, doch wurden damit nicht die Ursachen, sondern lediglich die Symptome beseitigt: Nach wie vor bestehen, wie Deng Xiaoping klagt, „umfassende Loyalitätssysteme“ mit verschachtelten „Herrscher-Vasallen“- und „Vater-Sohn“-Beziehungen, die aufs empörendste ineinander verfilzt seien²¹⁾. Dem Mißstand soll langfristig begegnet werden: mit der Auflösung von provisorischen administrativen Organen, dem Abbau von Verwaltungspersonal, der Ausarbeitung eines Dienstrechts, in dem Vorschriften über Arbeitseffizienz, klare Kompetenzabgrenzungen, Sanktionen und Pensionsgrenzen festzusetzen sind, der Entlas-

sung von unfähigen Funktionären und der strikten Aufgabentrennung zwischen Regierungs- und Parteiorganen²²⁾. Das „Gesetz für Staatskader“ läßt aber einstweilen, wie gesagt, noch auf sich warten. In einem Leitartikel der *Volkszeitung* vom September 1985²³⁾ wird der Erlaß eines solchen Personalgesetzes als eines „Grundgesetzes für die umfassende Regelung der Kaderfrage“ gefordert.

Weitaus wichtiger aber ist den Reformern eine „sozialistische Gewaltenteilung mit Kontrollen und Balancen“, deren Hauptzweck es sein müsse, künftig Machtmißbräuche so weit wie möglich zu reduzieren. Besonders komme es hierbei auf eine „rationale Verteilung der Machtbefugnisse“ zwischen Partei und Regierung, zwischen den Zentralbehörden und den Lokalverwaltungen sowie zwischen der Legislative und der Judikative an²⁴⁾. Die Gewaltenteilung zwischen Partei und Regierung ist dabei besonders wichtig. Allerdings taucht hier ein grundlegendes Dilemma zwischen Hoffnung auf Veränderung und dem Wunsch nach Erhaltung des Status quo auf. Eine kommunistische Partei, die ihren wichtigsten Anspruch, nämlich letztlich alles zu kontrollieren und zu steuern, aufgibt, zieht sich selbst den Teppich unter den Füßen weg.

„Gleichgewicht“ ist eine Grundkategorie des ganz und gar von Dialektik geprägten chinesischen Denkens. Kein Wunder, daß auch die Schaffung neuer Gleichgewichte innerhalb der Machtorgane immer wieder zur Sprache kommt. Den Anfang der Diskussion machte eine Rede Deng Xiaopings vom

¹⁸⁾ Chinesischer und deutscher Volltext in: China aktuell, Dezember 1982, S. 760—783.

¹⁹⁾ Näheres zum Vergleich in: Oskar Weggel, Das Öffentliche Recht — Dienstrecht, in: China aktuell, Februar 1987, S. 138 ff.

²⁰⁾ China im Aufbau 1982, Nr. 5, S. 2.

²¹⁾ Rede abgedruckt in: Issues and Studies, March 1981, S. 78—103.

²²⁾ Mit Nachweisen in: Oskar Weggel, Das Öffentliche Recht — Organisationsrecht, in: China aktuell, Januar 1987, S. 58.

²³⁾ RMRB vom 25. September 1985.

²⁴⁾ Xinhua (XNA) vom 20. Juli 1986.

18. August 1980, in der er eine Entflechtung der Spitzenorgane, eine Trennung von Partei- und Staatsorganen sowie eine Verjüngung und Vereinfachung der Kaderapparate befürwortete²⁵). Mochte diese Rede noch verhältnismäßig unverbindlich gewesen sein, so ging das „Politische Forschungsamt“ beim Zentralkomitee (ZK) ins irritierende Detail. Unter anderem schlug es — hierin offensichtlich von Deng Xiaoping ermuntert — vor, daß die Spitzenführung der Partei künftig auf drei Gremien verteilt werden sollte, nämlich auf das ZK, auf die ZK-Kontrollkommission und auf die (von Senioren besetzte) ZK-Beraterkommission, wobei alle drei Gremien in einer Art „Gewaltenteilung“ einander ausbalancieren sollten. Gleichzeitig solle das Politbüro abgeschafft und seine Entscheidungsfunktion auf ein Ständiges Komitee des ZK übertragen werden; die laufende Arbeit sei von dem (fast ausschließlich mit Reformern besetzten) ZK-Sekretariat zu erledigen. Ferner sollten die drei neu ausgerichteten Spitzenorgane dem Parteikonkreß verantwortlich sein.

Diese vom leninistischen Standpunkt aus horrenden Forderungen konnten sich zwar nicht durchsetzen, doch wurde immerhin die Position des „Vorsitzenden“ abgeschafft und gleichzeitig die Macht des Politbüros durch Stärkung der Parteikontrollausschüsse sowie durch Schaffung des ZK-Beraterkomitees etwas relativiert. Auch die Wiederbelebung des Sekretariats sowie die Wiedereinsetzung eines Generalsekretärs lagen auf der Linie der „Gewaltenteilung“ à la Deng Xiaoping. Sogar der Ständige Ausschuß des Politbüros, jahrzehntelang das Herz aller Entscheidungen, verlor an Bedeutung, insofern nun nämlich als eigentliche Entscheidungsorgane das ZK-Sekretariat und das „Innere Kabinett“ beim Staatsrat in den Vordergrund rückten. Sehr zum Kummer Dengs konnte das Politbüro nicht abgeschafft werden, da seine Mitglieder die ihnen drohende Gefahr rechtzeitig erkannt und sich in Igelstellung begeben hatten. Nicht zu Unrecht war bei ihnen wohl der Verdacht aufgekommen, daß es Deng letztlich nicht so sehr auf eine organi-

satorische Umgestaltung als vielmehr auf Kaltstellung jener Reformgegner abzielte, die sich an ihren Positionen im Politbüro festklammerten.

Dezentralisierung und Gewichtsverlagerung kommen auch in der Personalverwaltungspolitik vor: Auf Beschluß des ZK-Sekretariats wurde mit Wirkung vom 1. August 1984 die Frage der Personalverwaltung neu geregelt. Hatte die Parteizentrale ihren Personalverwaltungsbereich bis dahin so extensiv wie möglich gehandhabt, so sollte sie sich in Zukunft nur noch um Führungskader der ersten nachgeordneten Ebene unmittelbar kümmern dürfen — dazu gehören die Funktionäre vom stellvertretenden Minister und vom stellvertretenden Provinzgouverneur an aufwärts sowie die Leiter einer Reihe von Großunternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Kader der zweiten nachgeordneten Ebenen werden dagegen künftig von den Parteikomitees der zuständigen Ministerien sowie der zuständigen Provinzorgane ernannt und abberufen. Durch diese Maßnahmen wurde dem Dezentralisierungsgedanken auch im Personalwesen Rechnung getragen²⁶).

Neue Belanceregulungen gibt es auch im Staatsrat. Zwar gelang es nicht, die Vorschläge des ZK-Forschungsamts zur Schaffung eines Zwei-Kammer-Systems, nämlich einer „Territorialkammer“ (mit 300 Vertretern) und einer „Gesellschaftskammer“ (mit 700 Repräsentanten der verschiedenen Berufe, sozialen Schichten etc.) durchzusetzen. Gleichwohl wurden durch die Verfassung von 1982 einige neue Staatsorgane eingeführt und alte, jahrelang inaktive Gremien neubelebt, so daß es nunmehr sieben Staatsorgane gibt. Nicht nur die Zahl der Organe nahm wieder zu, sondern auch ihre Aktivität, wie die häufigen Tagungen des Ständigen Ausschusses des NVK, des Staatsrats und der örtlichen Organe zeigen, die vorher oft jahrelang kein Lebenszeichen von sich gegeben hatten. Des Weiteren wurden die Massenorganisationen als neue Gegengewichte aufgebaut und gleichzeitig die KP-Einmischungsmöglichkeiten weiter beschränkt.

III. „Vergesetzlichung“ (falühua)

Zu einem wohlfunktionierenden politischen System gehört nach Überzeugung der Reformen auch eine stabile Rechtsordnung. Jedermann müsse vor dem Gesetz gleich sein. Die langjährig geübte Personalherrschaft sei durch eine Gesetzherrschaft zu ersetzen. Niemand, der gegen Normen verstoßen habe, dürfe straffrei ausgehen. Nach Meinung Deng Xiaopings²⁷) ist eine Rechtsordnung durchaus in der Lage, das Treiben schlechter gesellschaftlicher Elemente zu verhindern. Wörtlich: „Stalin tat Dinge, die die sozialistische Rechtsordnung schwer-

wiegend untergruben, was, wie Genosse Mao Zedong einmal sagte, in den westlichen Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA nicht hätte geschehen können.“ Freilich habe es Mao Zedong, trotz dieses theoretischen Wissens, versäumt, in der Praxis Konsequenzen zu ziehen. Hier müsse vieles nachgeholt werden.

In der Tat erfolgte im Juli 1979 der Startschuß für eine Renaissance der Gesetzgebung. Seitdem hat der NVK und sein Ständiger Ausschuß eine Verfassung und rund sechzig Gesetze erlassen; daneben sind über 450 Rechtsverordnungen von seiten des Staatsrats ergangen, die sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Maßnahmen beziehen. Es wäre erstaunlich gewesen, hätten Bevölkerung und Kaderappa-

²⁵) Deng Xiaoping (Anm. 4), S. 345–372.

²⁶) RMRB vom 20. und 29. Juli 1984.

²⁷) Deng Xiaoping (Anm. 4), S. 360 ff.

rat die Gesetzesflut auch nur annähernd absorbieren können. Kein Wunder, daß sich die Funktionsäre immer wieder überfordert fühlen und sich an zwei bewährte Einrichtungen klammern: Entweder warten sie nämlich auf eine „Weisung von oben“, oder aber sie stecken beim geringsten Zweifel die Köpfe zusammen und berufen eine Versammlung ein (kai hui). Diese „Weisungs“- und Kai-hui-Mentalität hängt mit der allgemeinen Unsicherheit und mit der Weigerung zusammen, irgendwelche Verantwortung zu übernehmen. In das Gesetz schaut der Durchschnittskader, wie die Parteizeitung Hongqi²⁸⁾ anklagend feststellt, immer erst hinein, wenn etwas schiefgelaufen ist. Die Motivation für behördliches Handeln liegt also nicht beim Gesetz, sondern in aller Regel außerhalb desselben. Das Gesetz wird — ganz in der Tradition alchinesischen Rechts — nicht als autonome, sondern als heteronome Erscheinung betrachtet, die einen ohnehin bestehenden Zustand lediglich bestätigt. Man braucht nicht besonders zu betonen, daß diese Auffassung nicht gerade ein ideales Fundament für neues Gesetzedenken abgibt. Aber auch die chinesische Normsetzungspraxis wirkt nicht immer ermutigend. Verwirrend ist bereits die Nomenklatur: Sieht man einmal von den wenigen formellen Gesetzen ab, so haben sich in den letzten Jahren vierzig bis fünfzig verschiedene Bezeichnungen für Rechtsnormen eingeschlichen — manche heißen „Gesetze“ (fa), andere „Regelungen“ (tiaoli), wieder andere „Allgemeine Regeln“ (tongzi), „Kurzregelungen“ (jianzi) oder einfach „Regeln“ (gui-zheng); wieder andere tragen so verschiedene Bezeichnungen wie „Resolutionen“ (jueyi), „Beschlüsse“ (jueding), „Bestimmungen“ (guiding), „Anzeigen“ (zhibiao), „Mitteilungen“ (tongzhi), „Bekanntmachungen“ (tonggao), „Methoden“ (banfa) usw. Daneben werden Bestimmungen novelliert, ohne in den Zusammenhang der Vorgängerregelungen systematisch hineinzupassen — ein Umstand, der auch nicht gerade zur Beseitigung von Unsicherheiten beiträgt. Besonders berühmt — und berüchtigt — sind einige „Beschlüsse“ und Gesetzesnovellierungen aus den Jahren 1981 und 1983, in denen mit besonderer Schärfe gegen korrupte Kader vorgegangen wurde. Besonders die Verhängung der Todesstrafe wegen schwerer Amtsvergehen ist ein Musterfall einer kampagnenhaft „durchgepeitschten“ und von der politischen Motivation her vielleicht noch verständlichen, juristisch aber höchst unsorgfältigen Novellierung²⁹⁾.

Vor allem im Strafrechts- und Sicherheitsbereich geriet der Gesetzgeber schnell in mehrere Spannungsfelder hinein: Sollte zum Beispiel die Polizei „professionalisiert“ oder aber sollte nach wie vor auf die alte polizeiliche „Massenlinie“ gesetzt werden? Sollte sich der Sicherheitsapparat weiter auf die Gefahrenabwehr beschränken oder aber sich als „Sozialisationspolizei“ verstehen? Wie waren dar-

über hinaus die Danwei- und Transdanwei-Interessen voneinander abzugrenzen, und wie sollte der Trennungsstrich zwischen Klassenkampf und Kampf ums Recht erfolgen? Noch während der Mao-Ära waren ja bekanntlich Recht und Sicherheitsapparat hauptsächlich zum Zwecke des Klassenkampfes gegen die „Feinde des Volks“ eingesetzt worden. Dies hat sich nach 1978 geändert. Bei den Reformbeschlüssen vom Dezember dieses Jahres hieß es ja, daß der „Klassenkampf“ nicht mehr den Hauptwiderspruch bildet, sondern daß an seine Stelle der Kampf um die Vier Modernisierungen treten müsse.

Hier taucht nun die Grundsatzfrage auf, wodurch „Klassen“ determiniert sind. Im spätdaoistischen China herrschte die Auffassung vor, daß der Terminus Klasse eine gesellschaftlich-politische Kategorie sei; es genüge nicht, daß nur die bisherigen Eigentumsverhältnisse aufgehoben worden seien, vielmehr komme es auch noch auf die Sozialisierung des Denkens an. Auf dieser Konzeption baute Mao seine Theorie von der permanenten Revolution auf, derzufolge die alten gesellschaftlichen Klassen auch im Übergangsstadium des Sozialismus noch fortbeständen, ja sich sogar bis in die „Hauptquartiere“ eingeschlichen hätten. Ganz anders die Reformen um Deng Xiaoping, die sich bei ihrer Klassenanalyse ökonomischer Kategorien bedienen. Seit mit dem Ende der „Drei Großen Umwandlungen“ (Industrie, Landwirtschaft, Handel) 1956 das Produktiveigentum verstaatlicht oder aber kollektiviert worden sei, könne es keine Ausbeuterklassen im eigentlichen Sinne mehr geben. Allerdings müsse man nach wie vor mit fünf Kategorien von „Feinden“ rechnen, nämlich Geheimagenten, Angehörigen der Viererbande, einfachen Kriminellen, Wirtschaftsverbrechern und einigen wenigen immer noch nicht entdeckten Ausbeutern. Sie alle zusammen bildeten jedoch keine eigentlichen Ausbeuterklassen mehr, sondern ließen sich allenfalls noch als deren Überreste betrachten. Der gegen sie zu betreibende Klassenkampf unterscheide sich vom Klassenkampf der Kulturrevolution vor allem durch drei Hauptmerkmale:

— Was das Objekt anbelange, so sei nicht mehr jedermann als Feind zu betrachten, der sich nicht vollständig anpaßt; vielmehr könne sich der Klassenkampf nur gegen Wirtschaftsverbrecher, Kriminelle, Agenten und alle anderen oben genannten Randgruppen wenden.

— Stellt man auf das Moment der Dauer ab, so postulierte die Kulturrevolution den Klassenkampf in Permanenz (und Ubiquität), während er heute nur noch als Rand- und Ausnahmerecheinung einzusetzen sei.

— Der Hauptunterschied liegt aber vor allem in den Methoden: Vollzogen sich die Klassenkämpfe der Kulturrevolution in Form „stürmischer Massenbewegungen“, so kommen heute, nach offiziellem

²⁸⁾ Hongqi 1986, Nr. 18, S. 24–27.

²⁹⁾ Näheres in: Oskar Weggel, Das Öffentliche Recht — Sicherheitsrecht, in: China aktuell, März 1987, S. 214f.

Selbstverständnis, nur noch gesetzliche Mittel zum Tragen³⁰⁾.

Die wichtigsten seit 1979 ergangenen Bestimmungen liegen im straf-, organisations- und wirtschaftspolitischen Bereich. Bereits 1979 ergingen ein Strafgesetzbuch und eine Strafprozeßordnung — höchst moderne Gesetze, die nach deutschem Vorbild gefertigt und systematisch ausgearbeitet sind. Zwischen 1949 und 1979 hatte es nur einige krude Bestimmungen zur Bekämpfung „konterrevolutionärer“ Verbrechen gegeben — ein Mangelzustand, der zu einer verheerenden Willkür im Justizwesen führte. „Konterrevolutionäre“ Verbrechen gibt es auch heute noch, doch werden sie inzwischen in präzisen Tatbeständen umschrieben, so daß für „volkstribunales“ Vorgehen zumindest theoretisch nur noch wenig Raum bleibt. 1979 erging ein Gerichtsorganisations- und ein Staatsanwalts-Gesetz sowie ein „Beschluß“ über „Erziehung durch Arbeit“. 1981 und 1983 folgten die (bereits erwähnten) Regelungen über die Behandlung von Ausbrechern und Rückfalltätern, über die Nachprüfung von Todesurteilen und über „verschärfte“ Strafen für Wirtschaftsverbrechen (1982). An Organisationsgesetzen sind vor allem das Wahlgesetz und das Regierungsorganisationsgesetz von 1979, die Bestimmungen über Wirtschaftssonderzonen von 1980, über die Direktwahl von Abgeordneten auf Kreisebene (1981), das Organisationsgesetz des Nationalen Volkskongresses (1982), das Staatsratsgesetz (1982) und die Wahlgänzungsregelungen von 1983 zu nennen, nicht zu vergessen auch das Minoritätengesetz von 1984.

An wirtschaftlichen Regelungen ragen die Gesetze über den Schutz des Waldes und der Umwelt (beide schon 1979), über Industriesteuern (1980), über Wirtschaftsverträge (1981), über den Meeresumweltschutz sowie den Schutz von Kulturdenkmälern (1982), über die Enteignung von Grund und Boden (1982), über das Statistikwesen (1983), über Maßnahmen gegen Gewässerverschmutzung (1984) sowie das Lebensmittel- und das Pharmaka-Gesetz (1984) hervor — gar nicht zu reden von den oben erwähnten Betriebsautonomieregeln und von den zahlreichen Bestimmungen über die Neugestaltung der Landwirtschaft, über die Koordinations- und Netzwerk-, die Preis- und Handels-, die Arbeits- und Finanz-, die Steuer-, Banken-, Planungs- und Standardisierungsreform³¹⁾. Dazu kommen noch das neue Ehegesetz von 1980, das Erbgesetz, das neue Zivilgesetzbuch (ZGB), die Zivilprozeßordnung (ZPO) und das Staatsangehörigkeitsgesetz sowie das Wehrdienstgesetz von 1984 und das Patentgesetz aus demselben Jahr.

Für all diese Neuregelungen gilt, daß sie theoretisch zwar beachtliches Niveau besitzen, daß es bei ihrer Umsetzung aber erhebliche Defizite gibt. Die Re-

former suchen gegen die weitverbreitete Rechtsunkenntnis vor allem mit zwei Methoden vorzugehen, nämlich einerseits im Wege der „Popularisierung“ durch „massenwissenschaftliche“ Verbreitung von Rechtskenntnissen, zum andern aber durch verstärkte Ausbildung von Fachjuristen, also durch „Professionalisierung“. Die drei wichtigsten, nach 1978 wieder errichteten Säulen der chinesischen Rechtswissenschaft und -lehre sind die innerhalb der Sozialakademie angesiedelten juristischen Institute, ferner die Hochschulen (darunter fünf zentrale „Hochschulen für Politik und Recht“ sowie 28 Rechtsfakultäten) und die verschiedenen Freizeit-Hochschulen.

Auch das unter Mao geschlagene juristische „Institutionenloch“ ist inzwischen zum größten Teil wieder ausgefüllt worden. Was die Gesetzgebungsorgane, vor allem den Nationalen Volkskongreß (Gesetze) und den Staatsrat (Rechtsverordnungen) anbelangt, so arbeiten sie seit 1979 auf Hochdruck. Auch bei den Rechtspflegeorganen ist es zu umfangreichen Wiedergutmachungsmaßnahmen gekommen: 1979 beispielsweise kehrte das 1959 aufgelöste Justizministerium wie ein Phönix aus der Asche wieder. Neubelebt wurden auch die Volksgerichte und Staatsanwaltschaften (StA). Beide sind auf vier Ebenen (Oberstes Volksgericht/Oberste StA, Höhere Volksgerichte/Höhere StAen [Provinzebene], Mittlere Volksgerichte/Mittlere StAen [Bezirksebene] und die Unteren Volksgerichte/Unteren StAen [Kreisebene]) angeordnet. Schließlich gibt es noch „Sondervolksgerichte“ („Sonderstaatsanwaltschaften“), die gegenwärtig allerdings nur in Form der Militärgerichte existent sind.

Sowohl Straf- als auch Zivilprozesse durchlaufen im allgemeinen fünf Etappen, nämlich beim Strafverfahren die Registratur des Falls, die Ermittlung, die Anklageerhebung, das Verfahren erster (und vielleicht auch zweiter) Instanz sowie den Strafvollzug. Die Etappen im Zivilprozeß sind Klageerhebung, Vorbereitung für die Gerichtsverhandlung, Hauptverhandlung, unter Umständen Berufungsverfahren und Vollstreckung. Sowohl im Straf- als auch im Zivilverfahren gibt es nur die Möglichkeit zu einmaliger Rechtsmittel einlegung. Man kann die Grundstruktur des chinesischen ordentlichen Verfahrens also auf die Formel bringen „Vier Ebenen, fünf Etappen, zwei Instanzen“. Neben den Zivil- und Strafkammern sind seit 1983 noch „Wirtschaftskammern“ entstanden³²⁾.

Die Gerichte sind inzwischen mehr als ausgelastet. Es wurden zum Beispiel im Jahre 1985 von den Volksgerichten sämtlicher Ebenen 1,5 Mio. Fälle behandelt, davon 846 000 Zivil- und 246 000 Strafrechtsfälle, beide in erster Instanz, sowie 226 000 Zivil- und 223 000 Strafrechtsfälle in zweiter Instanz³³⁾. In den letzten Jahren hat vor allem die Zahl der Prozesse zugenommen, die sich mit wirtschaftsrechtlichen Fragen auseinandersetzen.

³⁰⁾ Oskar Weggel, *Ideologie im nachmaoistischen China*, in: *China aktuell*, Januar 1983, S. 19–40, hier 25–27 mit Nachweiser.

³¹⁾ Ausführlich hierzu O. Weggel (Anm. 14), S. 379 ff. und Juni 1987, S. 481 ff.

³²⁾ Einführungsbeschluß, in: *falü huibian* (Anm. 2), S. 477–479, § 19, Abs. 2 und § 24, Abs. 2 und 3.

³³⁾ XNA vom 8. März 1986.

Während ihre Zahl 1983 noch bei nur 44 000 Fällen lag, stieg sie 1984 auf 85 700 und 1985 gleich um 160 Prozent auf 226 600³⁴⁾.

Einen ungewöhnlich hohen Anstieg erlebten auch Eigentumsstreitigkeiten (um Boden, Naturschätze, Bauplätze und Erbschaften, +12,7 Prozent gegenüber 1984). Überproportional zugenommen haben ferner auch die Scheidungsfälle. Umgekehrt ist die Zahl der Strafrechtsfälle zwischen 1983 und Ende 1985 um nahezu 36 Prozent zurückgegangen. 1985 wurden 542 000 Strafrechtsfälle anhängig, womit sich eine Kriminalitätsrate von 5,26 Promille andeutete — eine äußerst niedrige Rate, wenn man Vergleiche mit den meisten anderen Ländern anstellt. Allerdings muß man hierbei bedenken, daß von den Danweis die meisten Fälle unter den Teppich gekehrt werden. Die chinesischen Gerichte machen sich darauf gefaßt, in nächster Zukunft mehr mit Fällen von Bandenmitgliedschaft, Mord, Vergewaltigung, Diebstahl und Betrug, Schmuggel und Verkauf pornographischer Videobänder zu tun zu haben³⁵⁾.

Aus westlicher Sicht leidet das chinesische Justizsystem vor allem an vier Mängeln: Es ist zu wenig unabhängig (das heißt, die Partei hat immer noch genügend Eingriffsmöglichkeiten), es verwirklicht noch lange nicht den Grundsatz der „Gleichheit vor dem Gesetz“ (ein Blick auf die Sonderbehandlung der Mao-Gattin Jiang Qing spricht Bände); es sucht ferner die „Wahrheit in den Tatsachen“ und will nichts von formeller Wahrheit (zivilrechtlich: „Beweislast“, strafrechtlich: „In dubio pro reo“) wissen, und es drängt fast mit Gewalt auf außerjuristische Lösungen in Form von „freundschaftlichen Verhandlungen“ und notfalls Schlichtungen. In

80 Prozent aller vor Gericht gelangten zivilrechtlichen Fällen setzt sich am Ende die Schlichtung durch. Zwei Arten von Schlichtung (diaojie) lassen sich unterscheiden, nämlich die gerichtliche und die außergerichtliche Arbitrage — bei der letzteren machen Scheidungs-, Erbschafts-, Eigentums- und Unterhaltsfragen den Löwenanteil aus. „Harmonisierung“ gilt nach wie vor als Bestandteil aller Rechtshandel. Von den 400 000 Scheidungsanträgen, die 1983 anhängig wurden, sind mehr als 80 Prozent im Sinne einer Wiederversöhnung der Ehepartner gelöst worden³⁶⁾.

Neben den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Schlichtungs- sowie Schiedsorganen gibt es inzwischen auch wieder Notariate und Rechtsanwälte, deren Mitglieder jeweils Staatsangestellte sind. Der Rechtsanwalt hat im wesentlichen fünf Aufgaben, nämlich Rechtsberatung für alle staatlichen Organisationen und Betriebe, Verteidigung in Strafsachen, Vertretung in Zivilprozessen, Vertretung einer Partei auch in außerprozessualen Angelegenheiten und Rechtsberatung für die Bevölkerung.

Je stärker die Gesetzesflut zunimmt, um so mehr kehrt der Durchschnittschinese zu alten, seit Jahrhunderten bewährten Volksweisheiten zurück, die sich auf folgende drei Formeln reduzieren lassen: „Nicht juristisch, sondern anständig“ (Zivilrecht), „Nicht juristisch, sondern exemplarisch“ (Strafrecht) und „Wenn Du einen Juristen siehst, so lauf was Du kannst“. Am Ende geht es bei der Gesetzesmodernisierung weniger um das Recht als solches, als vielmehr um das Ziel, die „ewig chinesische“ Tendenz zur Personenherrschaft durch Maßnahmen der „Rechtsherrschaft“ wenigstens teilweise aufzufangen.

³⁴⁾ XNA vom 9. April 1986.

³⁵⁾ Ebda.

³⁶⁾ XNA vom 28. Juni 1984.

Die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China

Von der Befehlsplanung zum Mischsystem

I. Einleitung

Auf dem XIII. Parteitag der KPCh erstattete der Generalsekretär der KPCh Zhao Ziyang am 25. Oktober 1987 einen Bericht, der programmatischen Charakter für die Zukunft hat¹⁾. Er sprach von der Entwicklung der Warenwirtschaft, von einer exportorientierten Entwicklungsstrategie, forderte intensives (anstatt wie früher extensives) Wirtschaftswachstum sowie die Trennung von Eigentumsrechten und Wirtschaftsverwaltungskompetenzen der volkseigenen Betriebe. Nur etwa 30 Prozent der chinesischen Wirtschaft würden in den nächsten zwei bis drei Jahren noch Gegenstand zentraler Planung sein²⁾. Aus den „Sturmwoegen der Marktkonkurrenz“ sollten viele tüchtige und wagemutige Unternehmer hervorgehen³⁾.

Vergleicht man diese programmatischen Aussagen mit der Terminologie gegen Ende der Kulturrevolution (1976), so erkennt man leicht die gewaltigen Veränderungen, die sich in der Zwischenzeit ergeben haben. Hätte ein chinesischer Wirtschaftspolitiker 1976 auch nur andeutungsweise solche wie von Zhao Ziyang nun genannten Neuerungen gefordert, so wäre er unweigerlich in das Kreuzfeuer scharfer Kritik der orthodoxen Maoisten geraten. Gegen Ende der Kulturrevolution befand sich die chinesische Wirtschaft indes in einem kritischen Zustand, eine Änderung der Wirtschaftsweise hätte nicht mehr lange hinausgeschoben werden können.

II. Die wirtschaftliche Entwicklung bis 1976

Der Entwicklungspfad der chinesischen Wirtschaftliche — in einer Graphik dargestellt — einer nach oben gerichtete Kurve, allerdings wären im Zeitablauf Oszillationen festzustellen, deren Ausschläge jedoch stetig geringer würden. Die Zeit bis 1952 diente der Wiederherstellung der durch Kriegsschäden schwer mitgenommenen Wirtschaft. Der Großgrundbesitz wurde enteignet und das Land an die Bauern verteilt. Auch die Großindustrie wurde enteignet und von der Regierung als Grundlage der volkseigenen Industrie übernommen. Die Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes waren hoch, und am Ende dieser Periode war das Vorkriegsniveau im wesentlichen wieder erreicht.

Der mit sowjetischer Hilfe geplante und — unter anderem durch sowjetisch-chinesische Joint-ventures — unterstützte erste Fünfjahresplan (1953—1957) ging einher mit der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft und der Verstaatlichung der noch verbliebenen Privatindustrie. Auch der Handels- und Finanzapparat wurden verstaatlicht. Die zentrale Planung erfaßte alle Bereiche der Wirtschaft, noch verbliebene Marktelemente waren am Ende dieser Periode ausgeschaltet. Die Schwerin-

dustrie wurde bevorzugt und konnte erfolgreich aufgebaut werden. Wenn chinesische Wirtschaftspolitiker Ablauf und Ergebnisse dieser Planperiode betrachten, so sprechen sie oft vom „goldenen Zeitalter“. Der Aufbau neuer Industriebetriebe nach der erprobten, relativ einfachen sowjetischen Technologie ging reibungslos vonstatten.

1958 initiierte Mao Zedong, durchdrungen von voluntaristischen Vorstellungen, den „Großen Sprung nach vorn“. In der Landwirtschaft wurden die durchschnittlich 30 000 Menschen umfassenden Volkskommunen teilweise durch Zwang gegründet. Es kam zur Einschränkung des privaten Lebensbereiches. Die Bauern wurden zum Bau von Hinterhof-Stahlwerken angeregt, deren Produktionsergebnisse allerdings ungenügend waren. Ein Großteil des auf diese Weise gewonnenen Stahls mußte in modernen Stahlwerken umgeschmolzen werden. Der Versuch, auch in der Industrie die Produktion sprunghaft zu erhöhen, schlug fehl. Aufgrund der Überforderung der Bauern sank die landwirtschaftliche Produktion drastisch, und viele Menschen verhungerten bzw. hatten unter den Folgewirkungen von Hunger zu leiden. Der auch aufgrund dieses Experimentes verschärfte ideologische Konflikt mit der Sowjetunion führte 1960 zum Rückzug der sowjetischen Berater und zur schlagartigen Beendigung der sowjetischen Hilfeleistungen.

¹⁾ Vgl. Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 4. November 1987.

²⁾ Vgl. Beijing Rundschau vom 10. Oktober 1987, S. 8.

³⁾ Vgl. Renmin Ribao vom 4. November 1987.

Die darauf folgende, bis etwa 1965 dauernde Konsolidierung der Wirtschaft konnte nur durch Zurücknahme einzelner Kollektivierungsbeschlüsse und die Verkleinerung der Volkskommunen erreicht werden. Durch pragmatische Politik stabilisierte sich die Ernährungssituation etwa 1962, die Hauptschäden der Krise konnten beseitigt werden. Mao Zedong verlor gegenüber den pragmatisch orientierten Wirtschaftspolitikern an Boden und geriet in eine Lage, in der er — aller Wahrscheinlichkeit nach — neben dem faktischen Machtverlust auch die formale Absetzung hätte hinnehmen müssen.

Wichtige Wirtschaftsindikatoren der vierten und sechsten Fünfjahrespläne (Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in Prozent)

	4. Plan 1971-1975	6. Plan 1981-1985
Gesellschaftliches Gesamtprodukt	7,3	10,8
Bruttoproduktionswert von Industrie u. Landwirtschaft	7,7	10,9
darunter:		
— Landwirtschaft	4,0	11,4
— Industrie	9,1	10,8
* Leichtindustrie	7,7	12,0
* Schwerindustrie	10,2	9,6
Nationaleinkommen	2,7	9,8

Quellen: Errechnet nach Angaben in Zhongguo Tongji Nianjian 1985 (Statistisches Jahrbuch Chinas 1985), Beijing 1985; Xinhua vom 28. Februar 1986, zit. nach Summary of World Broadcasts (SWB) vom 9. März 1987.

Mittels der „großen proletarischen Kulturrevolution“, die heute als „zehn Jahre der inneren Unruhe“ bezeichnet wird (1966–1976), gelang es Mao, die Macht wiederum an sich zu reißen. Letzte privatwirtschaftliche Überbleibsel wurden beseitigt, zeitweise wurden auch die bäuerlichen Privatparzellen verboten. In der Landwirtschaft wurde die Produktionsbrigade, die zehn bis zwölf Produktionsgruppen zusammenfaßt, als Rechnungseinheit angestrebt. Aufgrund der Aktionen der umher-schweifenden „Roten Garden“ sowie anderer „revolutionärer“ Akte wurden viele Verwaltungs- und Planbehörden lahmgelegt, der Bildungs- und Ausbildungssektor wurde grob vernachlässigt. Zwischen 1971 und 1974 fand wiederum eine Konsolidierung auf niedrigem Niveau statt, deren Ergebnisse jedoch danach aufgrund der politischen Richtungskämpfe und des Kampfes um die Nachfolge von Mao Zedong zum größten Teil zunichte gemacht wurden.

Auf der dritten Plenartagung des XII. Zentralkomitees der KPCh, die am 20. Oktober 1984 in Beijing stattfand, wurde der „Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems“ einstimmig angenommen⁴⁾. Dieses Dokument stellte die im wesentlichen während der Kulturrevolution entstandenen Mißstände in aller Deutlichkeit fest. Die Überlegenheit des sozialistischen Systems habe nicht voll zur Geltung gebracht werden können, weil die Wirtschaftsstruktur erstarrt sei, so daß den Anforderungen der wachsenden Produktivkräfte nicht hätte entsprochen werden können. Die wichtigsten Mängel dieser Struktur seien darin begründet, daß keine klare Unterscheidung zwischen den Funktionen der Regierung und denen der Unternehmen gezogen worden sei. Es bestünden Barrieren zwischen verschiedenen Abteilungen und Regionen. Der Staat habe eine übermäßige und starre Kontrolle über die Unternehmen ausgeübt. Warenproduktion, Wertgesetz und die Rolle des Marktes seien vernachlässigt worden; bei der Verteilung habe absolute Gleichmacherei geherrscht. Auf diese Weise seien die Begeisterung, die Initiativen und die Kreativität der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gelähmt worden. Das Problem der Überkonzentration in der Wirtschaftsstruktur sei lange Zeit ungelöst geblieben und im Lauf der Zeit immer gravierender geworden. Gewiß seien mehrfach Kompetenzen auf die unteren Ebenen verlagert worden, doch dies habe sich lediglich auf die Regelung der Verwaltungsbefugnisse zwischen zentralen und lokalen Behörden, zwischen höheren und niedrigeren Ebenen sowie verschiedenen Abteilungen und Regionen beschränkt. Die Kernfrage, nämlich den Unternehmen Entscheidungs-befugnisse zu geben, sei nicht behandelt worden.

Die Defizite der alten Wirtschaftsweise werden auch statistisch evident, wenn man wichtige Wirtschaftsindikatoren des letzten abgeschlossenen Fünfjahresplanes der alten Ära (1971–1975) mit denen des ersten abgeschlossenen Fünfjahresplanes der neuen Ära (1981–1985) vergleicht.

Besonders bemerkenswert ist die Veränderung in der Landwirtschaft. Das Wachstum belief sich während der vierten Planperiode auf ca. 4 Prozent im Jahresdurchschnitt und stieg während der sechsten Planperiode stark an. Während das Nationaleinkommen (das die Nettowertschöpfung der Volkswirtschaft und damit ein genaueres Bild als die Bruttoproduktionswerte wiedergibt) in der Zeit der Kulturrevolution nur um 2,7 Prozent anstieg, schnellte es unter der Ägide der pragmatisch orientierten Wirtschaftspolitik auf durchschnittlich 9,8 Prozent hoch.

⁴⁾ Vgl. den Text in Renmin Ribao vom 21. Oktober 1984.

III. Langfristige Ziele

Im Dezember 1981 verkündete Zhao Ziyang erstmals das Ziel der Vervielfachung des Bruttoproduktionswertes von Industrie und Landwirtschaft zwischen 1980 und 2000⁵⁾. Dieses Ziel wurde auch von anderen Politikern immer wieder genannt. Angesichts der Vagheit der Kennziffer kann hier von einem in eine Quantität übersetzten Politlogan gesprochen werden, der nichts anderes aussagt, als daß die chinesische Volkswirtschaft sich schnell entwickeln müsse.

Hu Yaobang hatte 1985 erklärt, daß China bis zum Jahre 2049 — 100 Jahre nach Gründung der Volksrepublik — zu den reichsten und mächtigsten Staaten der Erde gehören werde, und zwar als ein moderner und starker sozialistischer Staat⁶⁾. Wesentlich bescheidener war Zhao Ziyang, als er in seiner Programmrede anläßlich des XIII. Parteitag am 25. Oktober 1987 davon sprach, das Bruttosozialprodukt pro Kopf solle Mitte des nächsten Jahrhunderts den Stand der mittleren entwickelten Länder erreichen. Das Volk solle dann in ziemlich guten Verhältnissen leben und die Modernisierung im wesentlichen vollendet sein.

Zhao erklärte in seiner Programmrede auch, der Aufbau des Sozialismus in einem großen, rückständigen Land des Ostens wie China sei eine neue Aufgabe in der Entwicklung des Marxismus. Der Parteichef kam zu dem Schluß, daß sich die Volksrepublik im „Anfangsstadium des Sozialismus“ befinde. Es handele sich im Falle Chinas um ein spezifisches Stadium beim Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der rückständigen Produktivkräfte und der unterentwickelten Warenwirtschaft. Vom Beginn der fünfziger Jahre bis zur wesentlichen Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung benötige China wenigstens einhundert Jahre. Dieser Zeitabschnitt bis zum Jahre 2050 gehöre zum Anfangsstadium des Sozialismus. Mit dieser Einordnung der gegenwärtigen Etappe ist Freiraum geschaffen worden für viele Experimente, die von orthodoxen Marxisten möglicherweise als Anathema angesehen werden. Ideologisch dürfte es wenig Schwierigkeiten geben, in Zukunft Methoden zu versuchen, die andernorts als revisionistisch oder kapitalistisch bezeichnet werden.

IV. Wirtschaftsreform in der Landwirtschaft

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß es im Kreis der Wirtschaftsreformer keinen konsistenten Gesamtplan für die landwirtschaftliche Reform gegeben hat⁷⁾. Vielmehr bestand der Reformprozeß aus einem komplexen, manchmal sogar widersprüchlich erscheinenden Hin und Her zwischen den oberen und unteren Ebenen der bürokratischen Struktur. Schließlich wurde das Kommunessystem, das während der Kulturrevolution seine höchste Ausprägung erfahren hatte, abgeschafft. Bestehen geblieben sind im wesentlichen nur ökonomische Funktionen für Teilbereiche des alten Kommunessystems.

Auf der dritten Plenartagung des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978 wurde die Reform der Landwirtschaft offiziell ausgerufen. Schon vorher war in den Provinzen Sichuan und Anhui unter den energischen Provinzgouverneuren Zhao Ziyang und Wan Li mit Reformmodellen experimentiert worden, aber ein umfassender Reformplan der Führungsspitze lag nicht vor — zu weit gingen zu dieser Zeit die Vorstellungen der verschiedenen Führungsgruppen auseinander. Alles spricht dafür, daß zunächst nur auf Versuchsbasis vorgegangen wurde. Noch 1980 war in führenden chinesischen Presseorganen die Rede davon, daß nur ca. 10 Prozent der rückstän-

digsten und ärmsten Dörfer die neuen Systeme anwenden sollten⁸⁾. Die neuen Reformmodelle hatten schnell große Erfolge aufzuweisen, und bald wurde fast im ganzen Lande nach den jeweiligen regionalen Erfordernissen angepaßten Systemen der „Produktionsverantwortlichkeit“ gewirtschaftet. Schon immer hatten die Bauern auf ihren Privatparzellen hohe Erträge erzielt, die weit über das hinausgingen, was auf den staatlichen bzw. kommuneigenen Feldern erwirtschaftet worden war. Im System der „Produktionsverantwortlichkeit“ wurde die individuelle Leistung bei Feldarbeit und Betriebsführung zum Motor und Maßstab des Wirtschaftens gemacht. Es handelt sich um ein Pachtsystem, das jedoch nicht mit solchen in anderen Ländern der Dritten Welt vergleichbar ist, sondern spezifische Züge chinesischer Prägung zeigt.

Die alten Dörfer, die meistens mit den Produktionsbrigaden identisch sind, stehen im Mittelpunkt der Reform. Einzelnen Bauernfamilien oder einer größeren Einheit, zum Beispiel einer Produktionsgruppe, bestehend aus zehn bis zwölf Bauernfamilien, wird nun Land für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Als Gegenleistung für die Landnutzung muß eine bestimmte Menge des Ernteertrages an die staatliche Agentur, meist vertreten durch die Produktionsbrigade, zu einem staatlicherseits bestimmten Fixpreis geliefert

⁵⁾ Vgl. China aktuell, August 1985, S. 497.

⁶⁾ Vgl. Renmin Ribao vom 12. August 1985.

⁷⁾ Vgl. dazu Jonathan Unger, The Decollectivization of the Chinese Countryside: A survey of Twenty-eight Villages, in: Pacific Affairs, 58 (1985/86) 4, S. 593 ff.

⁸⁾ Vgl. dazu beispielsweise Hongqi (Rote Fahne), (1980) 20, S. 11—15.

werden. Ein Teil der verbleibenden Erntemengen wird als sogenannte Überquoten-Menge zu einem ausgehandelten Preis an den Staat verkauft, während der Rest auf freien Bauernmärkten nach marktwirtschaftlichen Regeln zu Knappheitspreisen abgesetzt wird. Mittels dieses gestaffelten Systems stellt der Staat sicher, daß die Gesamtbevölkerung mit den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten, die nach wie vor zentral geplant werden, versorgt wird. Das neue System hat schnell zu einer größeren Arbeitsteilung geführt. Millionen sogenannter spezialisierter Haushalte (zhuan ye hu) sind im Bereich des Handels und Transportwesens tätig, bieten andere Dienstleistungen an, beraten andere Haushalte usw. Schnell gelang es auch jenen Haushalten, die über gutes Land in der Nähe der großen Städte verfügen, mittels intensiver Bewirtschaftung ihre Einkommen überdurchschnittlich zu steigern. Allerdings sind die in den Jahren 1983 und 1984 propagandistisch herausgestellten sogenannten 10 000-Yuan-Haushalte dünn gesät; fest steht aber, daß nahezu alle Provinzen, unabhängig davon, ob es sich um Spitzen- oder Rückstandsgebiete handelt, Wachstumserfolge erzielen konnten.

Die Erfolge der Landwirtschaft sind zum einen auf die Beseitigung von Defekten der alten Wirtschaftsweise zurückzuführen. Die unmittelbare Verbindung von Arbeitseinsatz und Ertrag sowie die individuelle Detailplanung haben die Produktion ange-regt. Weiterhin sind die gesamten Verwaltungskosten für die Bauern geringer geworden. Unter dem alten System war der Verwaltungsapparat ausgefertigt, zu viele landwirtschaftliche Kader mußten von den „normalen“ Kommunemitgliedern mit unterhalten werden. Viele Kader sind entlassen worden oder müssen heute einen Teil ihres Unterhaltes selbst durch körperliche Arbeit erwirtschaften. Aus

ihren Reihen kommt daher auch der — vielfach verdeckte — Protest gegen das neue System. Die Macht der höheren landwirtschaftlichen Kader ist jedoch keineswegs gebrochen. Noch immer werden nämlich wichtige landwirtschaftliche Produktionsmittel, wie zum Beispiel Kunstdünger und Treibstoff, zentral zugeteilt. Die sich aus dieser Situation ergebende Interessenkonstellation ist als „antagonistische Kooperation“ bezeichnet worden⁹⁾. Reiche Bauern stellen als Gegenleistung für die Versorgung mit Produktionsmitteln der Gemeinde Mittel für Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung, die von Kadern geplant und betrieben werden.

Als möglicher Problembereich der Reform kann sich auch die Tatsache erweisen, daß die Akkumulation, das heißt Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen im weitesten Sinne, nach wie vor kollektiv verwaltet und durchgeführt wird. Der Vorrang des Eigennutzens vor dem Gemeinnutzen könnte dazu führen, daß typische Gemeinschaftsaufgaben, wie zum Beispiel Damm-, Kanal- und Straßenbau, vernachlässigt werden. Es liegen Berichte über landwirtschaftliche Einheiten vor, in denen die Investitionsfonds nur unzureichend gespeist werden; die eigentlich dafür vorgesehenen Mittel werden an die einzelnen Haushalte verteilt. Die Auswirkungen unzureichender Kapitalinvestitionen im Infrastrukturbereich werden erst mit einer Verzögerung spürbar, so daß die Notwendigkeit dieser Aufwendungen nicht von allen eingesehen wird. Ökologische Schäden, die mancherorts durch das Abholzen der den Bauern zur Bewirtschaftung übergebenen Wälder entstehen, versucht die Führung dadurch zu minimieren, daß sie immer wieder darauf hinweist, daß die Reform langfristig angelegt und keine Rückkehr zur alten Wirtschaftsform zu befürchten sei.

V. Probleme der Industriewirtschaft

1. Reformbeschluß

Die Notwendigkeit einer Reform der Industriewirtschaft ergab sich — neben den in diesem Sektor immanenten Problemen — auch daraus, daß viele Industriearbeiter die Erfolge in der Landwirtschaft mit Interesse verfolgten und Vergleiche anstellten. Verstärkt wurde der Druck dadurch, daß die gute Situation auf dem Lande ihren Niederschlag in steigender Kaufkraft und entsprechender Nachfrage in verschiedenen Sektoren der Industriewirtschaft (zum Beispiel Baumaterialien, landwirtschaftliche Produktionsmittel, elektronische Unterhaltungsgüter) fand. Hinzu kam, daß die Verantwortlichkeitssysteme auf dem Lande die zuvor versteckte zur offenen Arbeitslosigkeit werden ließen¹⁰⁾. Es

gebe, so der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin, gegenwärtig in den ländlichen Gebieten 300 Mio. Arbeitskräfte, doch lasse sich die Landarbeit von nur 100 Mio. erledigen, so daß die restlichen 200 Mio. frei wären für die Arbeit in der Industrie, im Verkehrs- und Transportwesen sowie im städtischen Dienstleistungssektor.

Der am 20. Oktober 1984 einstimmig angenommene „Beschluß des Zentralkomitees der KPCh über die Reform des Wirtschaftssystems“ befaßt sich trotz seines Titels fast ausschließlich mit der Industriewirtschaft¹¹⁾. Die Sprache des Dokumentes sowie einige andere amtliche Verlautbarungen, die zum Verständnis der Industriereform mit herangezogen werden müssen, lassen darauf schließen, daß ein Kompromiß der unterschiedlich orientierten Fraktionen innerhalb der chinesischen Führung gefunden wurde. Nimmt man den Text wörtlich, so kann in der Tat von einem Abschied von der zen-

⁹⁾ Vgl. Thomas P. Bernstein, Reforming Chinese Agriculture, in: The China Business Review, March-April 1985, S. 45 ff.

¹⁰⁾ Vgl. auch im folgenden Yao Yilin, zit. nach Xinhua News Agency vom 9. Oktober 1984.

¹¹⁾ Vgl. Renmin Ribao vom 21. Oktober 1984.

tralen Planwirtschaft sowjetischer Prägung gesprochen werden. Eine genauere Analyse ergibt jedoch, daß die Richtung, in der sich die Industriegesellschaft zu bewegen hat, keineswegs eindeutig festgelegt ist. Das neue Wirtschaftsmodell wird „sozialistische geplante Warenwirtschaft“ genannt, doch können daraus noch keine konkreten Charakteristika abgeleitet werden. Mit dem Terminus „Warenwirtschaft“ wird das Wertgesetz als gültiges Steuerungsinstrument anerkannt. Aber offen bleibt, in welchem Umfang, auf welcher Ebene und nach welchem Typus in den einzelnen Bereichen geplant werden soll.

2. Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse

Die Unternehmen im urbanen Sektor stehen im Mittelpunkt der Reformbemühungen. Insbesondere die großen und mittelgroßen Betriebe im Volkseigentum seien der Schlüssel zur Umstrukturierung der Volkswirtschaft. Keine staatliche Institution könne die komplizierten Verflechtungen zwischen den Betrieben vollständig übersehen und sich gleichzeitig um alles kümmern. Unter der Bedingung, daß sie den staatlichen Plänen folgen und sich der staatlichen Kontrolle unterwerfen, erhielten die Betriebe die Befugnisse, flexible Betriebsformen zu wählen; Produktion, Versorgung und Vermarktung selbst zu planen; über die ihnen zustehenden Fonds selbst zu verfügen; nach den geltenden Bestimmungen ihre Mitarbeiter einzustellen oder zu entlassen; über die Einstellung und den Einsatz der Arbeitskräfte, über Löhne und Vergütungen selbst zu entscheiden; im Rahmen der staatlichen Vorschriften die Preise für ihre Produkte festzulegen usw. Die Unternehmen sollen also zu relativ unabhängigen Wirtschaftseinheiten werden, die eigenverantwortlich und als juristische Personen mit gewissen Rechten und Pflichten agieren.

Der Problembereich „Zentralisierung versus Dezentralisierung“ ist in einer Planwirtschaft im Prinzip auf die sogenannten laufenden Entscheidungen, also beispielsweise Volumen und detaillierte Struktur der Gesamtproduktion eines Industrie-sektors oder eines Unternehmens, Versorgungs- und Absatzpolitik, Form und Methoden der Entlohnung, beschränkt. Da Entscheidungen nun von der zentralen Ebene auf die der Unternehmen verlagert werden, haben wir es mit Dezentralisierung zu tun. Erfolg kann eine solche Umstrukturierung jedoch nur dann haben, wenn auch die Rahmenbedingungen für die Unternehmen umgestaltet werden. Eine wichtige Rahmenbedingung in diesem Sinne ist das System der Planung.

3. Planungssystem

Die volkswirtschaftliche Planung werde, so das Reformdokument, noch eine beträchtliche Zeitspanne nur annähernd genau und flexibel sein¹²). Über wichtige Bereiche der Volkswirtschaft könne mittels der Regulierung durch ökonomische Methoden

eine wirksame Kontrolle ausgeübt, für weniger wichtige Bereiche jedoch Flexibilität zugelassen werden. Das bedeutet nicht notwendigerweise die Vorherrschaft der Befehlsplanung. Auch die Indikativplanung ist eine spezifische Form der Planwirtschaft, die nach und nach einen größeren Raum gegenüber der Befehlsplanung einnehmen soll. Die Befehlsplanung soll auf wichtige Produkte angewendet werden, die eine strategische Bedeutung für die Volkswirtschaft und den Lebensstandard der Menschen haben und die deshalb durch den Staat zugeteilt oder verteilt werden müssen. In diesem Sinne werden in der Industrie zentral weiterhin geplant: Kohle, Erdöl, Walzstahl, NE-Metalle, Bauholz, Zement, Elektrizität, industrielle Basis-Chemikalien, Kunstdünger, wichtige Maschinen und elektrische Ausrüstungen, Chemiefasern, Zeitungspapier und Rüstungsgüter.

Nach dem Prinzip der separaten Verwaltung können Ministerien, Provinzen, Autonome Regionen und Städte ihre eigenen Befehlspläne für einige wichtige Industrieprodukte, die nicht in den staatlichen Plänen enthalten sind, in ihren Bereichen aufstellen. Die lokalen Verwaltungseinheiten sollten die Verantwortung für die Schaffung der Voraussetzungen zur Produktion dieser Güter übernehmen. Große Betriebe, die die staatlichen Pläne auszuführen haben, müssen sich an die Planquoten halten und sollten diese nicht anheben, falls die Produktionsaufgaben an andere Betriebe vergeben werden. Die Indikativ- oder Leitplanung gilt für einen mittleren Bereich wichtiger Güter; sie bedient sich vorwiegend der sogenannten ökonomischen Hebel. Mittels spezifischer Zinssätze für Kredite, Steuern und Anreizmechanismen soll erreicht werden, daß auf den Märkten ein Ausgleich stattfindet. Die hier zur Verfügung stehenden Instrumente haben sich bislang als unscharf erwiesen, denn die Voraussetzungen für ihr Funktionieren lagen noch nicht vor. Nur wenn ein Bewußtsein für Wirtschaftlichkeit und ein Denken in Kostenkategorien existieren, wird es möglich sein, daß makroökonomische Daten als Signale aufgenommen und nach unten weitergegeben werden.

Ein dritter Bereich der Volkswirtschaft wird bereits durch marktwirtschaftliche Methoden gesteuert. Es handelt sich vorwiegend um den Dienstleistungssektor und den Kleinhandel. Hier steuern Angebot und Nachfrage die Preise, und die früher völlig unzureichend angebotenen Dienstleistungen haben sich zum Nutzen der Konsumenten erheblich verbessert. Zwar werden die privaten Restaurants und Handwerksbetriebe von ihren staatlichen Konkurrenten argwöhnisch betrachtet, doch haben sie sich trotz administrativer Auflagen schnell ausdehnen können. Offiziell können bis zu acht Angestellte in den Privatbetrieben beschäftigt werden, doch sind bereits höhere Angestelltenzahlen bekannt geworden.

Staatliche Verwaltungsbehörden haben teilweise eine beträchtliche Flexibilität hinsichtlich der ihnen

¹²) Vgl. ebda.

unterstellten Betriebe entwickelt. Immer mehr nimmt das „Leasing“ staatlicher Unternehmen an Private zu. Angesichts eines spektakulären Falles entstand in diesem Zusammenhang eine heftige Diskussion in den Medien, die in der Frage gipfelte, ob „Leasing“ noch sozialistisch sei¹³⁾. Guan Guangmei, die Leiterin einer Produktionsgruppe mit 340 Arbeitskräften, kontrolliert heute acht Betriebe in der Lebensmittelbranche mit Hilfe einer Holding-Gesellschaft und beschäftigt insgesamt über 1 000 Arbeiter und Angestellte. Die von Guan geführten Betriebe konnten aufgrund des straffen Managements ihre Umsätze schnell erhöhen, sie selbst verdiente in zwei Jahren mehr als 44 000 Yuan. Die Befürworter dieses Reformexperimentes sind in der Überzahl. Sie argumentierten beispielsweise, daß die Bildung von Handelskonsortien, einschließlich jener auf der Grundlage des Leasing, ein unverzichtbares Element im Rahmen der laufenden Handelsreformen in der Volksrepublik sei.

Frau Guans Unternehmen habe insofern eine Rolle gespielt, als gemeinsame Einkäufe und getrennte Verkäufe innerhalb der Unternehmen möglich seien, was zu gegenseitigen Anpassungen der Güter, zur zentralisierten Lagerung, zum zentralisierten Transport und anderen Einrichtungen geführt habe. Solche Konsortien wiesen überlegene Charakteristika in bezug auf die Verbesserung wirtschaftlicher Resultate auf, förderten den Umlauf von Kapitalien unter den Mitgliedsfirmen und erhöhten die Kapazität, Risiken zu tragen. Das Leasing-System in diesem Konsortium stelle kein kapitalistisches Handelsmonopol dar, sondern stimmiere im Gegenteil die Entwicklung der Produktivkräfte.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen bleibt die Aufteilung der verschiedenen Planungsbereiche und die Vermittlung zwischen ihnen eine schwierige Aufgabe. Chen Yun, der Nestor der konservativen Wirtschaftspolitiker, faßte den Sachverhalt in ein oft zitiertes Bild: „Die Belegung der Wirtschaft soll im Rahmen des Staatsplanes vorgenommen werden. Das Verhältnis zwischen diesen beiden ist wie das eines Vogels im Käfig. Dem Vogel sollte es erlaubt werden zu fliegen, doch nur innerhalb des Käfigs. Andernfalls fliegt der Vogel davon.“¹⁴⁾ Dahinter steckt die Befürchtung, eine zu schnelle Auflösung des Planungssystems werde zum Chaos führen, weil die grundlegende Einheitlichkeit der Lebensbedingungen in China sehr schnell verloren ginge. Wirtschaftlich starke Gebiete könnten noch stärker werden, und die sich aus den Disparitäten ergebenden Unruhen könnten das politische System gefährden.

¹³⁾ Vgl. dazu ausführlich mit Quellenangaben, in: China aktuell, Juli 1987, S. 549 ff.

¹⁴⁾ Zit. nach Jan S. Prybyla, *Plan and Market: The Bird in the Cage. A Comparative Study of Mainland China and Other State Socialist Economies*, Working Paper, o. J. u. o. O.

4. Preissystem

Dreh- und Angelpunkt der Reform eines zentralgeplanten Wirtschaftssystems ist die Reform des Preissystems. Auch das Reformdokument vom 20. Oktober 1984 und nachfolgende Dokumente enthalten Aussagen bzw. Vorschriften über die Preisreform. Die Preise sollten die Warenwerte reflektieren sowie gleichermaßen den Angebots- und Nachfrageverhältnissen entsprechen. Es gebe, so die Reformer, aber in diesem Bereich teilweise irrationale Verhältnisse. Qualitätsunterschiede bei gleichartigen Waren und die Relationen zwischen unterschiedlichen Warenkategorien seien bislang nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt worden. Besonders gravierend seien die Verhältnisse im Bereich der mineralischen Rohstoffe, deren Preise vergleichsweise immer noch zu niedrig seien, und bei Agrar- und Nebenerwerbsprodukten, wo es Differenzen zwischen den (hohen) staatlichen Ankauf- und den (niedrigen) Abgabepreisen gebe, was zu Spekulationsgeschäften anrege.

Hinsichtlich des Preissystems stößt man auf ein besonderes Dilemma der Wirtschaftsreform. Müßte man den Zustand des chinesischen Binnenmarktes kurz charakterisieren, so würde man von einem Verkäufermarkt sprechen. Das heißt, die Nachfrage ist in vielen Sektoren größer als das Angebot; infolgedessen können die Anbieter weitgehend die Bedingungen des Marktes selbst festsetzen. Es ist nun extrem schwierig, in einer solchen Situation eine Preisreform durchzuführen. Wollte man beispielsweise eine Preisbildung zulassen, die auf relativen Knappheitsverhältnissen beruht, so könnte dies nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung im freien Spiel der Kräfte geschehen. In der Situation eines Verkäufermarktes würden sich dann aber monopol- oder oligopolartige Gewinne realisieren lassen. Nur in der Situation eines Käufermarktes, in dem das Angebot die Nachfrage übersteigt, könnten weitgehend „rationale“ Preisrelationen hergestellt werden. Das Dilemma kann also wie folgt formuliert werden: Eine wirkliche Preisreform kann nur in der Situation eines Käufermarktes durchgeführt werden. Es liegt aber ein Verkäufermarkt vor; die Preisreform in der Situation eines Verkäufermarktes führt jedoch zu unerwünschten Ergebnissen. Das Land kann aber nicht darauf warten, daß ein Käufermarkt hergestellt wird, sondern muß aus der gegebenen Situation heraus handeln.

5. Investitionen

Im neuralgischen Bereich der Investitionspolitik kam es im Gefolge der Wirtschaftsreform nach 1976 zu Fehlentwicklungen und Unzulänglichkeiten. So sah sich die Führung genötigt, harte Kritik zu üben. Im Kommuniqué über die Ausführung des Planes für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung für 1982 heißt es beispielsweise: „Die Investitionen in den Investbau wurden nicht konzentriert verwendet. Die Kontrolle über die nicht vom Staatsbudget gedeckten Geldmittel war unzureichend, und die Mittel für den Bau einer Anzahl

von Schwerpunktabteilungen konnten nicht garantiert werden . . . Der Umfang des Investbaus war zu groß, und die Investitionen waren übertrieben. In einigen Fällen waren die Projekte nicht von dem staatlichen Budget abgedeckt, was auf Kosten der im Budget eingeschlossenen Projekte ging.“¹⁵⁾

Die auch in der Folgezeit immer wieder zu konstatierende Überdehnung der Investitionen kann auf eine Dezentralisierungsmaßnahme zurückgeführt werden. Die mittlere administrative Entscheidungsebene (Sektor- bzw. Provinzebene) hatte das Recht erhalten, selbst über Investitionsprojekte zu entscheiden. Die Folge davon war, daß Investitionsprojekte geplant und realisiert wurden, die gesamtwirtschaftlich gesehen nicht mehr rentabel waren. Chinesische Kritiker sprechen von „Duplikat“- oder „blinden“ Investitionen. Damit ist gemeint, daß unabhängig von der Gesamtstruktur Projekte errichtet wurden, die sich vielfach als überflüssig erwiesen und nur aufgrund des Provinzegoismus zustande kamen. Der Materialfluß geriet teilweise ins Stocken, weil bereits bestehende große und moderne Anlagen nicht mehr mit Rohstoffen beliefert werden konnten. Die vorhandenen Finanzmittel

wurden teilweise „zweckentfremdet“, so daß einige der staatlichen Schwerpunktprojekte im Bereich des Transport- und Energiewesens notleidend wurden.

Eine Neuerung im Zuge der Wirtschaftsreform bestand darin, die Gewinnabführungen der Betriebe zugunsten von Steuerzahlungen abzuschießen. Vor der Reform war es allgemeine Praxis, daß die Betriebe alle erzielten Gewinne an den Staat abführen mußten und dann Zuweisungen für die Investitionsfonds und andere Fonds erhielten. Effizient arbeitende Betriebe konnten in diesem System keine Vergünstigungen erzielen; umgekehrt trugen Betriebe, die Verlust machten, auch keine Verantwortung dafür. Letzteres war jedoch in manchen Fällen deswegen gerechtfertigt, weil auch effizient arbeitende Betriebe beispielsweise aufgrund der irrationalen Preisstruktur in der Verlustzone blieben. Die neue Regelung sieht die Einführung von Steuerzahlungen vor. Der nach Steuern einbehaltene Gewinn kann nach den Wünschen der Betriebsleitungen für Investitionen der verschiedensten Art verwendet werden. Von 1985 an können Investbauprojekte auch durch Kredite finanziert werden.

VI. Die außenwirtschaftliche Öffnung der VR China

Bis zum Ende der Kulturrevolution fiel der Außenwirtschaft der VR China die Rolle zu, Überschüsse, vor allem aber Defizite der Binnenwirtschaft auszugleichen. Waren zum Beispiel Fehlmengen an Getreide zu beschaffen, so wurde eigens dafür ein Exportprogramm aufgelegt, um die nötigen Devisen zum Einkauf von Getreide im Ausland zu erwirtschaften. Bei solchen Programmen konnten oft keine äquivalenten Tauschbeziehungen realisiert werden, das heißt, die in Frage kommenden Exportgüter wurden dann zu Preisen angeboten, die unter denen des Weltmarkts lagen.

Im Rahmen der Wirtschaftsreform wurde immer wieder die Öffnung zum Ausland hin betont; China wolle am Weltmarkt teilnehmen und mit allen Völkern einen Austausch von Gütern und Dienstleistungen zum gemeinsamen Nutzen betreiben. Angesichts der neuen Modernisierungserfordernisse wurde die außenwirtschaftliche Doktrin verändert. Sie beinhaltet heute zwar weiterhin die Ausgleichsfunktion – vor allem Engpässe sollen mittels Importen beseitigt werden –, hinzu kam aber das, was die Chinesen selbst „Hebelwirkung“ der Außenwirtschaft nennen. Der Außenwirtschaft fällt nun die Rolle zu, die Modernisierung der chinesischen Binnenwirtschaft voranzutreiben, den gesamten Produktionsapparat sozusagen auf eine höhere technologische Ebene zu hebeln.

Die Hebelwirkung ist eindeutig in den Vordergrund getreten. Die Importe moderner Maschinen, Ausrüstungen und Verfahren sollen unmittelbar zu

einer Modernisierung und Rationalisierung der chinesischen Produktion beitragen. Aber auch aus den Exporten sollen positive Wirkungen für die gesamte Wirtschaft erzielt werden. Die von der Volksrepublik auf dem Weltmarkt angebotenen Güter müssen, sollen sie abgesetzt werden, bestimmten Qualitätsanforderungen entsprechen. Dies wiederum erfordert moderne Produktionsverfahren. Die auf diese Weise von außen kommenden Anforderungen können an die Binnenwirtschaft weitergegeben werden, so daß sich auch hier das Niveau erhöht.

Die Öffnungspolitik ging einher mit einer Veränderung der regionalen Wirtschaftspolitik. Schließlich mußten die Gebiete, in denen Exportgüter hergestellt wurden, schneller entwickelt werden als andere. Der Wandel begann mit dem sechsten Fünfjahresplan (1981–1985). Noch Mao hatte eine ausgeglichene Entwicklung aller Gebiete verfolgt; zu diesem Zweck waren neue Industriebetriebe über das ganze Land verteilt worden ohne Rücksicht auf infrastrukturelle Gegebenheiten und Kosten-Nutzen-Erwägungen. Die neue Führungsschicht brach mit dieser Politik und formulierte eine Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums. Der sechste Fünfjahresplan sah vor, daß die Küstenprovinzen aufgrund ihrer guten infrastrukturellen Ausstattung schneller wachsen sollten als die Inlandsprovinzen, denen die Rolle zufiel, Rohstoffe und Energie für die Küstengebiete zu liefern. Dahinter stand der Gedanke, daß die Investitionen in den Küstengebieten größere Erträge erbringen würden als anderswo. Die Modernisierungserfolge der Küstengebiete sollen in einem späteren Stadium an die Hinterlandgebiete weitergegeben werden.

¹⁵⁾ Vgl. Beijing Rundschau vom 17. Mai 1983, S. VI.

Seit etwa 1980 wurde in den Südprovinzen Fujian und Guangdong mit dem Ausbau von vier Sonderwirtschaftszonen begonnen. Im Norden von Hongkong liegt die größte dieser Zonen, nämlich Shenzhen. Nördlich an Macau schließt sich Zhuhai an. Die beiden übrigen Zonen sind Shantou und Xiamen. In diesen Zonen, die gegenüber dem übrigen chinesischen Territorium relativ dicht mittels grenzartiger Anlagen abgeschottet sind, werden den ausländischen Unternehmen Vorzugsbedingungen für Investitionen und andere Formen der Wirtschaftskooperation geboten.

Die Gründung der Sonderwirtschaftszonen mußte ideologisch begründet werden; viele ältere Chinesen erinnerten sich noch recht gut an die Konzessionsgebiete, die den Ausländern im 19. Jahrhundert überlassen werden mußten und die von den Kommunisten als Instrumente der Ausbeutung verdammt worden waren. Sollten in den Zonen überhaupt Erfolge erzielt werden, war klar, daß den Ausländern Anreize geboten werden mußten, die mindestens so günstig wie an alternativen Standorten in anderen Gebieten Südost- und Ostasiens waren.

Die von Xu Dixin, ideologisch zuständig für die Sonderwirtschaftszonen, gegebene Begründung ließ denn auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. „Die allein mit ausländischem Kapital betriebenen Unternehmen betreiben Ausbeutung. Die von ausländischen Geschäftsleuten durch Gemeinschaftsunternehmen erzielten Gewinne beinhalten auch Ausbeutung. Die Ausbeutung der Mehrwertrate in den Wirtschaftssonderzonen ist eine objektive Tatsache, die im Widerspruch zu unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung steht. Aber die Abschöpfung des Mehrwertes zu erlauben, ist auch eine Art unserer Entschädigungspolitik.“¹⁶⁾ Entschädigungspolitik ist ein Terminus für Gewinne, die den ausländischen Unternehmen für ihre Investitionen oder Kooperationsleistungen zugestanden werden.

Die Chinesen verfolgen in den Sonderwirtschaftszonen im wesentlichen drei Ziele: Zum einen sollen sie dem Devisenerwerb dienen; zu diesem Zweck sollen mindestens drei Viertel der Produktion exportiert werden. Zum anderen soll moderne Technologie über diese Zonen ins Land kommen. Das dritte Ziel ist mit dem zweiten eng verbunden: Chinesische Arbeiter und Wirtschaftskader sollen mit modernen Produktions- und Verwaltungsverfahren vertraut gemacht werden. Diese Ziele standen und stehen in einem gewissen Widerspruch zu den allgemeinen Interessen der potentiellen ausländischen Investoren bzw. Kooperationspartner.

Bislang beträgt die Exportquote in den Sonderwirtschaftszonen nur ca. 30 Prozent. Nur in der Industriezone Shekou, die ein Sondergebiet innerhalb von Shenzhen darstellt, erreichte die Exportquote

ca. zwei Drittel der gesamten industriellen Produktion. In den ersten Jahren standen vor allem Investitionen in den Bereichen Immobilien, Handel sowie Dienstleistungen im Vordergrund. Der überwiegende Anteil der Investitionen kam aus Hongkong, das vor allem die angelagerte Sonderwirtschaftszone Shenzhen als Erweiterungsgebiet für eigene Produktions- und andere Geschäftstätigkeiten betrachtet.

Die im Bereich der Produktion übertragene Technologie ist eher als mittlere oder einfache Technologie zu charakterisieren. Ein Grund dafür ist sicherlich darin zu suchen, daß die ausländischen Investoren angesichts der erklärten Exportorientierung der Zonen nicht ihre modernste Technologie transferierten, um sich nicht selbst auf den südost- und ostasiatischen Märkten Konkurrenz zu machen. Um die Ausbildung möglichst vieler Arbeiter und Manager zu gewährleisten, hatte die chinesische Seite ein Rotationsverfahren eingeführt, nach dem das Personal nach erfolgter Einarbeitung wieder abgezogen und durch neues ersetzt wurde. Die ausländischen Wirtschaftspartner wehrten sich jedoch dagegen; inzwischen hat man sich auf mittlere Arbeitszyklen geeinigt.

Neben der Interessenkollision zwischen den chinesischen Stellen und den ausländischen Partnern gab es auch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen chinesischen Ebenen. Hinsichtlich der beträchtlichen staatlichen Zuschüsse insbesondere für Shenzhen, die vor allem zum Ausbau der Infrastruktur benötigt wurden, hatte der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin die sogenannte Bluttransfusions-Theorie aufgestellt. Danach sei Shenzhen eine beträchtliche Zeit von Bluttransfusionen — also Investitionsmitteln — der Zentrale abhängig. Dem wurde aus Führungskreisen der Sonderwirtschaftszone bzw. der Provinz Guangdong widersprochen, allerdings mit Zahlen, die von denen abwichen, die die Zentrale genannt hatte. Angesichts dieser Auseinandersetzung wird der interne Interessenkonflikt deutlich. Die Provinzen Guangdong und Fujian, in denen die Zonen liegen, betrachten das Unternehmen insgesamt als vorteilhaft, weil es neben den Deviseneinnahmen und der Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit auch die Möglichkeit eröffnet, Arbeitskräfte auszubilden und einzustellen. Die zentralen Behörden haben jedoch den gesamtwirtschaftlichen Kalkül im Auge und schätzen die Ergebnisse deshalb anders ein.

Den Sonderwirtschaftszonen erwuchs eine neue Konkurrenz, als mit dem Plan Ernst gemacht wurde (Beschlußfassung am 6. April 1984), auch 14 Küstenstädte in besonderer Weise für das Ausland zu öffnen. Bereits Sun Yatsen hatte sich in den zwanziger Jahren in seinem Entwicklungsprogramm für China mit dem Ausbau von leistungsfähigen Häfen befaßt. Das Ziel war damals gewesen, die Verflechtung mit dem Ausland, die als notwendig für die Modernisierung Chinas angesehen wurde, zu erleichtern, ja gerade die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

¹⁶⁾ Xu Dixin, Der Charakter der wirtschaftlichen Sonderzonen Chinas, in: Beijing Rundschau vom 24. Januar 1984, S. 32.

Gu Mu, der für die Außenwirtschaft zuständige Staatskommissar, erklärte, ausländisches Kapital solle in den Städten zur technischen Umgestaltung bestehender und zum Bau neuer Fabriken verwendet werden¹⁷⁾. Während in den Sonderwirtschaftszonen, so Gu Mu weiter, die ausländischen Investoren praktisch in allen Bereichen tätig werden könnten, sollen in den Entwicklungszonen der Küstenstädte hauptsächlich produktive Betriebe und Forschungsinstitute errichtet sowie neue Technologien, neue Produkte und neue Industriezweige entwickelt werden. Tianjin und Shanghai erhielten das Recht, über Investitionsprojekte im produktiven Bereich bis zu einer Höhe von 30 Mio. US-Dollar selbst zu entscheiden, die entsprechende Marge für Dalian und Guangzhou beträgt 10 Mio. US-Dollar und für alle anderen Städte 5 Mio. US-Dollar.

Etwa Mitte 1985 stellte sich aber heraus, daß die Entwicklungsmöglichkeiten der 14 Städte überschätzt worden waren. Deshalb wurde der Beschluß gefaßt, den vier Städten Tianjin, Shanghai, Dalian und Guangzhou Priorität einzuräumen, da dort gute infrastrukturelle Voraussetzungen für ausländische Investitionen bestünden. In den anderen Städten mangelte es an diesen Voraussetzungen, so daß das Investitionstempo gedrosselt werden sollte. Ausdrücklich hieß es aber, bei der Tempodrosselung handele es sich nur um ein „zeitweiliges Problem“. Hinsichtlich der Küstenstädte stießen die außenwirtschaftlichen Planer bald an jene Grenzen, die sich schnell auch in den Sonderwirtschaftszonen als hemmend bemerkbar gemacht hatten: die fehlende Infrastruktur. Es mangelte vor allem an Elektrizität, Wasser, Verkehrsverbindungen und Telekommunikationseinrichtungen. Zunächst muß also der Staat, das heißt vor allem die zentralen Behörden in Beijing, beträchtliche Mittel für den Ausbau der Infrastruktur bereitstellen.

Um die neuen Ziele der Außenwirtschaftspolitik erreichen zu können, mußten neue Formen der Wirtschaftskooperation zugelassen bzw. entwickelt werden. Nur mit dem traditionellen Außenhandel hätten die bislang erreichten Erfolge nicht realisiert werden können. Genutzt werden heute alle in der Weltwirtschaft üblichen Kooperationsformen, also beispielsweise Joint-equity-ventures, Contractual Joint-ventures, Gemeinschaftsproduktion, Kompensationshandel, Weiterverarbeitungsgeschäfte, Tausch- oder Bartergeschäfte.

Die Joint-equity-ventures werden von den Chinesen bevorzugt; in diesem Bereich gingen sie auch weiter als fast alle anderen Ostblockstaaten. Grundlage für diese Kooperationsform bildet das „Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen“ vom 1. Juli 1979. Dieses Rahmengesetz enthält recht vage Bestimmungen über die Kapitalanteile der Partner (der ausländische Anteil soll nicht weniger als 25 Prozent des Gesamtkapitals betragen), über die zu transferierende Technologie, über die Leitungsgremien der neuen Unternehmen usw. Eine

Reihe von später hinzukommenden Ausführungsbestimmungen konkretisierte die zunächst festgelegten Grundsätze, wobei zu erkennen ist, daß die Bedingungen für die ausländischen Partner immer günstiger ausgestaltet wurden. Typisch für ein Joint-equity-venture ist, daß die chinesische Seite den Grund und Boden für den neuen Betrieb, die Gebäude und die Arbeitskräfte zur Verfügung stellt. Der ausländische Partner bringt Kapital in Form von Maschinen, Ausrüstungen sowie technisches und wirtschaftliches Wissen ein. Gewöhnlich wird langwierig über die Bewertung der Kapitalanteile verhandelt. Der Vorstandsvorsitzende des neuen Unternehmens ist in aller Regel ein Chinese, während der Geschäftsführer vom ausländischen Partner gestellt wird. Diese Regelung hat sich bewährt, weil der Vorstandsvorsitzende das neue Unternehmen in der Volksrepublik zu vertreten hat, der Geschäftsführer aber das notwendige technische und kaufmännische Know-how mitbringen muß. Die ersten Joint-equity-ventures hatten mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich unter anderem daraus ergaben, daß Ausländer Eigentum auf chinesischem Boden erwarben. Mittlerweile sind aber aufgrund der pragmatischen Ausführungsbestimmungen die meisten Hemmfaktoren beseitigt worden.

Bis Ende 1985 betrug der in den über 2 000 Joint-equity-ventures investierte ausländische Anteil insgesamt 1,5 Mrd. US-Dollar. Die meisten ausländischen Joint-venture-Partner kamen zunächst aus Hongkong, den USA sowie den südostasiatischen Staaten. Japanische Unternehmen hielten sich anfangs zurück; bis Ende 1983 waren sie nur an 12 Joint-ventures beteiligt. 1984 änderte sich jedoch die japanische Einstellung; in diesem Jahr wurden 47 solcher Unternehmen gegründet, die Zahlen für das Jahr 1985 sind ähnlich. Die Gründe dafür sind einmal darin zu sehen, daß Joint-ventures nun ihre Produkte auch in stärkerem Umfange auf dem chinesischen Binnenmarkt absetzen können. Ursprünglich war die Exportorientierung vorgeschrieben, nur in ganz bestimmten, durch Engpässe bestimmten Fällen konnte ins Inland geliefert werden. Auch bei der anzuwendenden Technologie haben die Chinesen Konzessionen gemacht; heute ist auch mittlere Technologie zugelassen. Damit entfällt weitgehend die Befürchtung vieler Investoren, die chinesischen Joint-ventures würden ihnen auf Drittmärkten Konkurrenz machen. Die mittels Joint-ventures realisierten ausländischen Investitionen erschienen den Wirtschaftsplanern zu gering. Deswegen gingen sie einen Schritt weiter und ließen auch hundertprozentige Direktinvestitionen zu. Zu diesem Zweck wurde am 12. April 1986 ein „Gesetz der Volksrepublik China über Unternehmen, die ausschließlich mit ausländischem Kapital betrieben werden“ erlassen. Ende 1986 gab es 120 Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern in China, das investierte Kapital belief sich auf ca. 500 Mio. US-Dollar.

¹⁷⁾ Vgl. auch im folgenden Beijing Rundschau vom 11. Dezember 1984, S. 15 ff.

Der traditionelle Außenhandel stieg seit 1978 schnell an; bemerkenswert sind die relativ großen Überschüsse bzw. Defizite seit 1982. Letztere spiegeln wirtschaftspolitische Entscheidungen im Verlauf der Wirtschaftsreform wider. In den Jahren 1980 und 1981 war es zu einer Überdehnung des Investitionsbereiches gekommen; bereits ins Ausland vergebene Aufträge wurden storniert. Dies führte zu dem relativ großen Überschuß des Jahres 1982. Seit dem 1. Januar 1985 werden den Außenhandelsgesellschaften nicht mehr die beim Außenhandel entstehenden Verluste durch den Staat ersetzt. Die Folge davon war, daß sich viele dieser Gesellschaften auf dem durch eine hohe Nachfrage gekennzeichneten Binnenmarkt betätigten und ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigten. Durch striktere Kontrollen gelang es den zuständigen Behörden, ein weiteres großes Defizit im Jahre 1986 zu vermeiden.

Von 1986 bis 1990 soll sich der Außenhandelsumsatz um 40–50 Prozent erhöhen. Hinsichtlich der Exporte soll eine Umstellung von Primärprodukten (Rohstoffen) hin zu Fertigprodukten und von den roh verarbeiteten hin zu den fein verarbeiteten Produkten vorgenommen werden. Als Maßnahmen zur Förderung der Exporte sind vor allem die Erhöhung der Qualität und Prämien für die Außenhandelsgesellschaften als Anreize vorgesehen. Ferner sollen weitere Produktionsbasen für Exportartikel aufgebaut werden. Schon seit Beginn der siebziger Jahre arbeiten verschiedene Produktionsbasen in der Provinz Guangdong ausschließlich für den Export.

Die Struktur der Importgüter soll in der Weise verändert werden, daß vorwiegend Software, fortgeschrittene Technologien und Schlüsselausrüstungen eingeführt werden. Konsumgüter und einfache Produktionsmittel sollen nur dann eingeführt werden, wenn Engpässe auftreten. Dies bedeutet also Importsubstitution zumindest für die sogenannte Montageproduktion. Zur Kontrolle der Technologieimporte wurde ein nationales Programm ausgearbeitet, das auch eine Lizenzpolitik vorsieht. Auf diese Weise sollen die sogenannten Doppelimporte vermieden und eine stärkere Bindung der Technologieimporte an die chinesische Forschung und Entwicklung erreicht werden.

Seit längerem werden die Organisationen der in der Volksrepublik tätigen ausländischen Geschäftsleute immer wieder bei den Chinesen vorstellig, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu fordern. Neben den hohen Kosten für praktisch alle Dienstleistungen, die die Ausländer in Anspruch nehmen müssen, wird die Langatmigkeit und Inkompetenz der chinesischen Bürokratie bemängelt. Der Staatsrat reagierte darauf und erließ am 11. Oktober 1986 „Bestimmungen zur Ermutigung ausländischer Investitionen“. Ausdrücklich wurde der Zweck der Vorschriften genannt; sie seien erlassen worden, um das Investitionsklima zu verbessern, die Absorption ausländischer Investitionen zu erleichtern, fortgeschrittene Technologie einzuführen, die Produktqualität zu verbessern und die Ex-

porte auszuweiten, um Devisen zu erwirtschaften und die Volkswirtschaft zu entwickeln.

Chinas außenwirtschaftliche Verflechtung ist bislang vergleichsweise gering; es handelt sich, wie etwa bei den USA, um einen großen Binnenmarkt, der aus sich heraus eine beträchtliche Dynamik entwickeln kann. 1990 wird die Außenwirtschaftsquote der Volksrepublik ca. 7,5 Prozent betragen, unter der Voraussetzung, daß die Planvorgaben eingehalten werden. Auch im Jahre 2000 wird diese Quote nach den Projektionen der Chinesen selbst nicht wesentlich überschritten werden. Nach den bislang genannten Wachstumsraten wird der Außenhandelsumsatz im Jahre 2000 bei ca. 165 Mrd. US-Dollar liegen. Damit würde er weit unter dem entsprechenden Umsatz der Republik Korea (Südkorea) zu diesem Zeitpunkt liegen.

Mit dem Beginn der Wirtschaftsreform — seit etwa 1979 — ging die Volksrepublik auch auf die internationalen Finanzmärkte, und zwar sowohl in den Bereich der internationalen Finanzinstitutionen als auch auf die kommerziellen Finanzmärkte. Im Zeitraum von 1979 bis 1985 wurden ca. 20 Mrd. US-Dollar aufgenommen, für den siebten Fünfjahresplan (1986–1990) ist ein Kapitalbedarf bis zu 30 Mrd. US-Dollar eingeplant. Die Schuldenstrategie (Zinsen und Rückzahlungen im Verhältnis zu den Exporterlösen) betrug gegen Ende 1986 ca. 8 Prozent. Die Volksrepublik befindet sich im Vergleich zu vielen Entwicklungsländern, die hochverschuldet sind, in einer komfortablen Situation. Nach einer dem Internationalen Währungsfonds gegenüber abgegebenen Erklärung wollen die Chinesen die Schuldenstrategie nicht über 15 Prozent ansteigen lassen.

Die vorsichtige Politik im Außenwirtschaftsbereich kann auf zwei Gründe zurückgeführt werden. Zum einen wirkt sicherlich die Furcht der Chinesen weiter, in ein starkes Abhängigkeitsverhältnis zum Ausland insgesamt oder zu einzelnen Ländern im besonderen zu geraten. Der andere Grund ist in der begrenzten Absorptionskapazität des Landes zu sehen.

Die Ausbildungslücke, die während der Kulturrevolution entstanden ist, sowie die damit einhergehenden fehlenden internationalen Erfahrungen machen sich heute schmerzlich bemerkbar. Die Probleme sind erkannt worden; gewaltige Anstrengungen werden gegenwärtig unternommen, um im In- und Ausland das fehlende Wissen wieder zu erwerben. Ausbildungsprogramme benötigen jedoch Zeit, und erst allmählich rücken nach modernen westlichen Methoden ausgebildete Techniker und Manager in breiterem Umfang in die entsprechenden Positionen vor. Sie werden es in ihren Arbeitsbereichen nicht leicht haben, denn für neu in den Weltmarkt eintretende Länder wird die Situation angesichts scharfer Konkurrenz und einer gewissen Bedarfssättigung viel schwieriger als noch vor zehn bis fünfzehn Jahren.

VII. Abschließende Bemerkungen

Wie die Einordnung der gegenwärtigen Etappe als „Anfangsstadium des Sozialismus“ zeigt, sind in der Volksrepublik Nüchternheit und Besonnenheit hinsichtlich der Ziele und Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung eingeleitet. Wohl endgültig Abschied genommen hat man von voluntaristisch geprägten Vorstellungen, Modernisierung und Entwicklung könnten, unter Umgehung von Zwischenstufen, sprunghaft erreicht werden. Die wirtschaftlichen Ergebnisse sowohl des „Großen Sprungs“ als auch der „Kulturrevolution“ haben solche Experimente diskreditiert.

Der Pfad der jetzt eingeschlagenen Wirtschaftsreform ist dornig und, wie die chinesischen Wirtschaftspolitiker erfahren mußten, von Rückschlägen bedroht. Zu komplex sind bereits die Verflechtungen in der Volkswirtschaft, deren Zustand von den führenden Politikern als rückständig bezeichnet wird. Es gilt, unter Beibehaltung grundlegender sozialistischer Elemente ein funktionsfähiges Mischsystem zu schaffen. Dafür gibt es kein einfaches und konsistentes Modell, vieles muß erst erprobt werden, bevor es einen dauerhaften Platz im Wirtschaftssystem findet.

Die außenpolitische Entwicklung der Volksrepublik China in den achtziger Jahren

I.

Als Mao Zedong am 5. September 1976 starb, war die Volksrepublik (VR) China bereits zu einem anerkannten Mitglied der internationalen Gemeinschaft geworden, von der sie mehr als 25 Jahre ausgeschlossen war. Man kann der chinesischen Führung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es ihren Gegnern gerade in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre leicht gemacht hatte, diesen Ausschluß zu rechtfertigen. Die schrillen Propagandatiraden der Kulturrevolution, die Bilder von Hunderttausenden das Rote Buch schwingender und unablässig die gleichen, stupiden Losungen skandierender Chinesen, das Niederbrennen der britischen Vertretung in Peking und Nachrichten über ähnlich abschreckende Ereignisse, die aus dem kulturrevolutionären China zu uns drangen, konnten als Beweis für die Irrationalität und Gefährlichkeit der chinesischen Politik herangezogen werden. Dabei wurde übersehen, daß Pekings Außenpolitik seit 1949 zwar häufig von sehr militanten Äußerungen begleitet wurde, aber in ihrem Kern wohlüberlegt, manchmal sogar vorsichtig und keinesfalls dogmatisch festgelegt war. Bereits Ende der sechziger Jahre sollte erneut deutlich werden, wie kühl die chinesische Führung die eigenen Interessen fixierte und verfolgte.

Bei der Bestimmung der eigenen Interessen war zunächst die Angst vor der sowjetischen Bedrohung das dominierende Element der chinesischen Außenpolitik. Diese Angst war mehr als eine bloße Hysterie. Die Sowjetunion hatte 1966/67 ihre Truppen an der chinesischen Grenze beträchtlich verstärkt und recht offen zu verstehen gegeben, daß man sie — wenn auch in begrenzten Operationen — gegen die VR China einsetzen würde, wenn diese an ihrer sowjetfeindlichen Politik festhalte¹⁾. Der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 und die zu seiner Rechtfertigung entwickelte Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten („Breschnew-Doktrin“) wurde in Peking als letztes Alarmsignal angesehen. In der chinesischen Führung — nicht zuletzt bei Mao Zedong selbst — setzte sich die Überzeugung durch, daß die bisherige Außenpolitik einer umfassenden Kurskorrektur unterzogen werden müsse. Man begann einzusehen, daß man nicht auf Dauer in offener Konfrontation zur sozialistischen wie kapitalistischen Welt stehen konnte und daß man auch in der

Dritten Welt alte Freundschaften erneuern müßte.

Der erste große Erfolg dieser außenpolitischen Neuorientierung war der Einzug der VR China in die Vereinten Nationen (Herbst 1971) und der Ausschluß Taiwans aus diesem Gremium. Mindestens ebenso spektakulär war wenige Monate später der Besuch des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon in Peking (Februar 1972), der zur Unterzeichnung eines Gemeinsamen Kommuniqués führte. In diesem Kommuniqué wurden sowohl weiterhin bestehende Divergenzen — vor allem in der Taiwanfrage — als auch gemeinsame strategische Interessen gegenüber den Hegemoniebestrebungen „irgendeines anderen Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern“²⁾ im asiatisch-pazifischen Raum formuliert. Bis zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen am 1. Januar 1979 erwies sich dieses Dokument als tragfähige Geschäftsgrundlage des bilateralen Verhältnisses zwischen Washington und Peking. Es beseitigte darüber hinaus bei den Verbündeten und Freunden der USA letzte Bedenken, die noch gegen die Errichtung diplomatischer Beziehungen mit der VR China bestanden hatten. Eine erneute weltweite Anerkennungswelle war die Folge. In knapp vier Jahren war es der VR China gelungen, sich aus der extremen Isolation zu befreien, in die sie sich während der Kulturrevolution begeben hatte.

Deng Xiaoping, selbst ein Opfer der Kulturrevolution und erst im Oktober 1973 wieder rehabilitiert, legte im April 1974 auf einer Sonderkonferenz der UNO über Rohstofffragen eine erste theoretische Zusammenfassung wie auch strategische Konzeption dieser ersten Phase nachkulturrevolutionärer Außenpolitik vor: die Dreiweltentheorie³⁾. Ihr Unterscheidungskriterium waren nicht mehr Sozialismus, Kapitalismus oder irgendwelche Mischformen zwischen diesen beiden Gesellschaftsformationen, sondern die wirtschaftliche und militärische Stärke der einzelnen Länder. Mit Hilfe dieses Kriteriums kam sie zu dem Schluß, die Entwicklung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses werde im wesentlichen von drei Gruppierungen bestimmt: der Ersten Welt, den beiden Supermächten USA und UdSSR, die in der Lage sind, auch weit entfernt von den eigenen Landesgrenzen militärische Mittel einzu-

²⁾ Text dieses Kommuniqués in: Ostkolleg (Hrsg.), VR China im Wandel. Bonn 1985, S. 200 ff.

³⁾ Text der Rede Dengs in: Peking Review vom 19. April 1974.

¹⁾ H. Hinton, *The Bear at the Gate: Chinese policy-making under Soviet Pressure*. Stanford 1971.

setzen und die daher auch weltweit um die Vorherrschaft kämpfen; der Zweiten Welt, den kleineren industrialisierten Ländern, die einerseits von den Supermächten politisch bevormundet und wirtschaftlich ausgebeutet werden, andererseits aber selbst die Länder der Dritten Welt ausplündern und schließlich der Dritten Welt, zu der sich China selbst zählt, die zwar noch wirtschaftlich unterentwickelt ist, aber aufgrund ihres ungeheuren Potentials an Menschen und Rohstoffen immer stärker zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik wird. In ihrem Kampf gegen das Herrschaftsmonopol der Supermächte könnten die Länder der Dritten Welt eine taktische Allianz mit der Zweiten Welt eingehen, die ja ebenfalls von den Supermächten ausgebeutet werden würde. Obgleich diese Dreiweltheorie von Anfang an mehr einen von China angestrebten Idealzustand als eine konkrete Analyse der internationalen Beziehungen darstellte, erwies sie sich doch als taugliches Propagandainstrument, um chinesische Außenpolitik in einen weltpolitischen Zusammenhang zu stellen und sie vor der eigenen Bevölkerung wie vor der internationalen Öffentlichkeit zu legitimieren.

Trotz der erstaunlichen Leistungen, die die VR China in jener ersten Phase der Öffnungspolitik vollbracht hatte, darf nicht übersehen werden, daß in den siebziger Jahren noch gravierende Irritationen bestehen blieben, die nach wie vor Zweifel an der Rationalität und Verlässlichkeit der chinesischen Außenpolitik hervorriefen. Zum einen war dies die Beibehaltung, ja sogar Intensivierung des Konflikts mit der Sowjetunion. Zwar waren die Ministerpräsidenten beider Länder bereits wenige Monate nach den blutigen Zusammenstößen am Ussuri (März 1969) übereingekommen, alles zu tun, um eine militärische Eskalation des Konflikts zu vermeiden, aber auf außenpolitischer und propagandistischer Ebene gingen die Auseinandersetzungen mit unverminderter Schärfe weiter. Die Sowjetunion wurde nicht nur des „Sozialimperialismus“ bezichtigt, sondern sogar mit dem deutschen Nationalsozialismus auf eine Stufe gestellt⁴⁾ – im marxistisch-leninistischen Kontext zweifellos das härteste Verdikt.

Bei den meisten außenpolitischen Partnern Chinas fanden derartige Attacken wenig Verständnis. In vielen Ländern der Dritten Welt hielt man die USA für eine wesentlich gefährlichere Bedrohung der eigenen Interessen als die UdSSR, während zahlreiche Politiker der westlich orientierten Länder in den chinesischen Angriffen auf die Sowjetunion nur eine Beeinträchtigung des von ihnen favorisierten Entspannungsprozesses im Ost-West-Verhältnis sahen.

Eng verbunden mit der Kritik des aggressiven und expansionistischen Charakters der Sowjetunion war die von Peking verfochtene These, ein neuer Welt-

krieg sei unvermeidbar. Alle Vorschläge und Verhandlungen über Abrüstung seien nur ein „Rauchvorhang“, hinter dem die Sowjetunion zielstrebig die eigene Aufrüstung betreibe. Auf diese unausweichliche Konfrontation müßten sich die „Völker der Welt“ vorbereiten. Nur dann könne der Ausbruch eines neuen Weltkriegs hinausgeschoben, wenn auch nicht vermieden werden⁵⁾. Man dürfe vor solch einer weltweiten Auseinandersetzung auch keine Angst haben, da sie nicht zum Untergang der Menschheit, sondern zum Untergang des Imperialismus führen werde⁶⁾. Gerade in Europa, wo sich nach chinesischer Auffassung ein neuer Weltkrieg entzünden würde, erlitt Chinas Politik durch derartige Äußerungen einen empfindlichen Verlust an Glaubwürdigkeit. Chinesischen Politikern mußte man entweder Unaufrichtigkeit oder leichtfertiges Abenteuerertum unterstellen.

Auch die wachsende Opposition innerhalb der KP Chinas gegen die neue Öffnungspolitik nährte Befürchtungen, daß bald ein erneuter außenpolitischer Kurswechsel eintreten werde. Die Kampagne gegen Lin Biao und Konfuzius (1974/75), in der starke Vorbehalte gegen eine Intensivierung der Beziehungen Chinas mit dem Ausland laut wurden, die 1975 indirekt und 1976 offen geführte Kampagne gegen Deng Xiaoping, die nicht zuletzt gegen seine Außenwirtschaftspolitik gerichtet war⁷⁾, und die zunehmenden Hindernisse, die Kooperationsprojekten mit ausländischen Firmen in den Weg gelegt wurden, konnten als Indiz dafür gewertet werden, daß ein Rückfall in jene isolationistische und xenophobe Politik der Kulturrevolution keineswegs ausgeschlossen war.

Mao Zedongs Tod (5. September 1976) und die kurz darauf erfolgte Verhaftung seiner engsten Anhänger, der sogenannten Viererbande, machten derartige Befürchtungen gegenstandslos. Hua Guofeng, der sowohl das Amt des Ministerpräsidenten wie des Parteivorsitzenden übernommen hatte, gab bereits im ersten Jahr seiner Regierung deutlich zu verstehen, daß er keine Einschränkung, sondern eine Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern anstrebe.

Sieht man von der legendären Afrikareise Zhou Enlais (1963/64) ab, so war Hua Guofeng der erste Ministerpräsident der VR China, der zu Staatsbesuchen in das nichtsozialistische Ausland fuhr. 1978 flog er nach Rumänien, Jugoslawien und in den Iran, ein Jahr später nach Frankreich, Großbritannien und in die Bundesrepublik Deutschland. Entscheidende Durchbrüche konnten im Verhältnis zu Japan und den USA erzielt werden. Im August 1978 wurde der Friedensvertrag mit Japan unter Einschluß jener Klausel unterzeichnet, in der sich beide Länder verpflichteten, hegemonistischen Bestre-

⁴⁾ In der Renmin Ribao vom 9. Mai 1975 war Mao mit dem Satz zitiert worden: „Die heutige Sowjetunion ist . . . eine Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, eine Diktatur von der Art Hitlers“.

⁵⁾ G. Will, Entwicklungslinien der neuen chinesischen Außenpolitik. Hamburg 1979. S. 47 ff.

⁶⁾ So 1977 der damalige Außenminister Huang Hua in einer internen Rede, zit. nach: G. Will (Anm. 5), S. 147.

⁷⁾ Xuexi yu pipan, (1976) 4, S. 29 f.

bungen anderer Mächte entgegenzutreten⁸⁾. Japan war bis dahin nicht geneigt gewesen, eine solche Klausel in den Vertrag aufzunehmen, da die Sowjetunion heftig dagegen polemisiert hatte. Am Ende des Jahres 1978 konnte schließlich die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den USA bekanntgegeben werden. Die USA brachen ihre diplomatischen Beziehungen zur chinesischen Nationalregierung auf Taiwan ab, zu deren Schutz sie sich 1954 in einem Verteidigungsvertrag verpflichtet hatten.

Im Verhältnis zur Sowjetunion war aber keinerlei Klimaverbesserung zu erkennen. Auch als Deng Xiaoping nach seiner zweiten Rehabilitierung (Juli 1977) im zunehmenden Maße die chinesische Politik bestimmte, hielt er an dieser kompromißlosen Verurteilung der sowjetischen Politik fest. In einem außenpolitischen Grundsatzartikel, der im November 1977 erschien⁹⁾, wurde die Sowjetunion ausdrücklich als die „böserere, abenteuerlichere und raffiniertere“ Supermacht und als „die gefährlichste Quelle eines Weltkriegs“ bezeichnet. Die USA — so wurde damals immer wieder betont — sei zwar auch als imperialistische Macht anzusehen, aber sie sei in die Defensive geraten, während die UdSSR in einer großangelegten Zangenbewegung Westeuropa einzukreisen und von seinen Rohstofflieferungen abzuschneiden versuche.

Aus dieser Einschätzung folgte Peking die zwingende Notwendigkeit, eine weltweite Einheitsfront gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu bilden, an der nicht nur die Länder der Dritten und Zweiten Welt, sondern auch die USA beteiligt sein

sollten¹⁰⁾. Allerdings war dabei weniger an ein formelles Bündnis als an ein koordiniertes Vorgehen der Mitglieder einer solchen Einheitsfront gedacht. Deng Xiaoping war sich bewußt, daß derartige Appelle nur dann eine Chance haben würden, ernst genommen zu werden, wenn Peking selbst seine Politik durch entsprechende Taten untermauern würde. Am Vorabend des chinesischen Einmarsches in Vietnam (14. Februar 1979) formulierte Deng dies ganz offen: „Wir haben seit Jahren immer an die anderen appelliert, gegenüber dem sowjetischen Hegemonismus nicht klein beizugehen; heute werden wir schon vor unserer eigenen Haustür provoziert. Heißt das nicht, daß wir selbst klein begeben? Die anderen wollen auch mal sehen, was wir denn jetzt unternehmen.“¹¹⁾ Doch Chinas „Straffeldzug“ gegen Vietnam war von vornherein als begrenzte Operation konzipiert und deklariert worden. Man wollte eine „Lehre erteilen“, war aber nicht an einer großangelegten und kräftezehrenden Auseinandersetzung interessiert — schon gar nicht mit der Sowjetunion, die man beschuldigt hatte, die gefährlichste Quelle eines neuen Weltkrieges zu sein.

Betrachten wir aus heutiger Perspektive die außenpolitischen Erklärungen und Aktionen während der siebziger Jahre, so sind Akzentverschiebungen, aber auch signifikante Kurskorrekturen nicht zu übersehen. Da sie Schritt für Schritt vorgenommen wurden, traten sie nicht so nachhaltig in das öffentliche Bewußtsein wie jene Maßnahmen, die zu Beginn der siebziger Jahre Chinas Eintritt in die Weltpolitik eingeleitet hatten.

II.

Beginnen wir beim Grundsätzlichen: Die Dreiweltentheorie, offizielle Richtschnur der nachkulturrevolutionären Außenpolitik, wird seit Beginn der achtziger Jahre nicht mehr erwähnt¹²⁾. Wie frühere außenpolitische Leitbilder und Lehrsätze wurde auch sie stillschweigend beiseite gelegt, ohne daß sie Gegenstand einer großangelegten Kritik-Kampagne gewesen wäre. Die Widersprüche zwischen Dreiweltentheorie und der tatsächlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen wie der chinesischen Außenpolitik waren wohl auch in den Augen der chinesischen Führung zu offensichtlich

geworden. Die Dritte Welt erwies sich keineswegs als jene von der Dreiweltentheorie postulierte geschlossene Einheit. Außerdem befinden sich — nach chinesischem Verständnis — auch unter den Ländern der Dritten Welt Staaten wie Kuba oder Vietnam, die nicht die Interessen der Dritten Welt sondern die einer Supermacht vertreten. Die in der Dreiweltentheorie anvisierte Zusammenarbeit zwischen Dritter und Zweiter Welt hatte längst nicht ein solches Ausmaß erreicht, daß dies zu einer Veränderung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses geführt hätte¹³⁾, und schließlich waren ja auch die beiden Supermächte, die in der Dreiweltentheorie auf eine Stufe gestellt worden waren, von China recht unterschiedlich behandelt worden.

Es ist bezeichnend für den Pragmatismus der chinesischen Außenpolitik in den achtziger Jahren, daß auch keine neue Theorie aufgestellt wurde, die den Anspruch erhebt, die gesamte weltpolitische Entwicklung zu erfassen. Einzelne Aussagen der Dreiweltentheorie finden sich auch in derzeitigen Erklä-

⁸⁾ Text des Vertrages in: Peking Rundschau vom 22. August 1978.

⁹⁾ Renmin Ribao vom 1. November 1977.

¹⁰⁾ D. Heinzig, Sowjetisch-chinesische Beziehungen in den 70er und 80er Jahren: Vom kalten Krieg zur begrenzten Entspannung, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1984) 44, S. 12 ff.

¹¹⁾ Qishi niandai, (1979) 4, S. 25.

¹²⁾ 1981 wurde die Dreiweltentheorie noch in offiziellen Erklärungen erwähnt. Seit 1982 wird in keinem offiziellen Dokument mehr auf sie Bezug genommen; vgl. J. Glaubitz, Chinas Wiedereintritt in die Weltpolitik, in: VR China im Wandel (Anm. 2), S. 95.

¹³⁾ 1981 wurde dies auch von chinesischer Seite explizit eingestanden; vgl. Guo Fengmin, Xiou guojia wajiaozhengce de jiben sixiang, in: Guoji wenti yanjiu, (1981) 2, S. 31.

rungen chinesischer Spitzenpolitiker. So wird nach wie vor die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Hegemonismus betont und gleichzeitig versichert: „China wird niemals Hegemonie anstreben, und es widersetzt sich entschieden dem Hegemonismus, ganz gleich, wer diesen praktiziert und ganz gleich, in welcher Form dies geschieht“¹⁴⁾.

Darüber hinaus betrachtet sich die VR China immer noch als Teil der Dritten Welt. „Die Stärkung der Solidarität und Zusammenarbeit mit der Dritten Welt“ bleibe ein grundlegendes Prinzip chinesischer Außenpolitik¹⁵⁾. Seit 1979 hat die VR China auch große diplomatische Anstrengungen unternommen, um Terrain in der Dritten Welt wiederzugewinnen, das aufgrund der strikt antisowjetischen und — so wurde es jedenfalls in etlichen Hauptstädten der Dritten Welt gesehen — häufig unkritisch proamerikanischen Politik der späten siebziger Jahre verlorengegangen war. Chinesische Spitzenpolitiker, darunter auch Ministerpräsident Zhao Ziyang, reisten nach Afrika, in den Nahen Osten sowie auf den lange Zeit vernachlässigten lateinamerikanischen Kontinent¹⁶⁾. Neben führenden Politikern der Dritten Welt wurden auch Vertreter verschiedener Parteien, Massenorganisationen und Interessengruppen in China empfangen, und ihre Besuche wurden von Repräsentanten entsprechender chinesischer Institutionen und Organisationen erwidert. Neu an diesen Kontakten auf den verschiedensten Ebenen war, daß es die chinesische Seite unterließ, ihre Gäste oder Gastgeber über die Gefahren des sowjetischen Sozialimperialismus aufzuklären, während die USA und ihre Politik gegenüber den Entwicklungsländern mit sehr viel kritischeren Äußerungen als früher bedacht wurden¹⁷⁾.

Die durch diese diplomatische Offensive erzielte Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen erreichte sehr schnell ihre Grenzen, wenn es um materielle bzw. wirtschaftliche Probleme ging. China, das zu Beginn der siebziger Jahre nach westlichen Schätzungen über eine Milliarde US-Dollar an Entwicklungshilfe gegeben hatte¹⁸⁾, gibt gegenwärtig nur noch 15 bis 20 Prozent dieses Betrages aus. Die Tatsache, daß China immer mehr Ländern Entwicklungshilfe gewährt und in den letzten Jahren vor allem sehr publikumswirksame Projekte wie zum Beispiel Sportstadien oder Kongreßhallen förderte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Peking es heute vorzieht, seine ohnehin knappen Ressourcen auf die Entwicklung des eigenen Landes zu

konzentrieren. Darüber hinaus ist die VR China durch ihren Ende 1978 gefällten Beschluß, Entwicklungshilfeleistungen anderer Staaten oder internationaler Organisationen — seien es die Vereinten Nationen oder auch die Weltbank und der Internationale Währungsfond — nicht nur anzunehmen, sondern auch aktiv einzuwerben, zu einem Rivalen bei der Verteilung von Entwicklungshilfe geworden, der allein aufgrund seiner Bevölkerungszahl Anspruch auf beträchtliche Mittel anmelden kann¹⁹⁾.

Es kommt daher nicht von ungefähr, daß China heute weniger von Hilfe als von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt spricht²⁰⁾, die aus der Abhängigkeit von den industrialisierten Ländern herausführen soll. Folgerichtig hat sich die VR China bereit erklärt, in Peking die erste Süd-Süd-Konferenz (April 1983) abzuhalten, auf der mögliche Kooperationsformen und die damit zusammenhängenden Probleme diskutiert wurden²¹⁾. Derartige Konferenzen und die dort abgegebenen Erklärungen ändern jedoch nichts an der Tatsache, daß China vor allem mit Waren auf den Weltmarkt drängt, die dort bereits von zahlreichen anderen Entwicklungsländern angeboten werden. Ein scharfes — wenn auch uneingeständenes — Konkurrenzverhältnis ist daher unvermeidbar. Ebenso lassen sich Chinas Außenhandelsbilanzen nur schwer mit jenem vielbeschworenen Geist der Süd-Süd-Kooperation vereinbaren. Seit den sechziger Jahren hat China eine positive Zahlungsbilanz gegenüber den Ländern der Dritten Welt erzielt und damit seine negative Handelsbilanz mit den industrialisierten Ländern ausgeglichen. An dieser Praxis hat es auch in den vergangenen Jahren festgehalten. Betrug 1961 der Bilanzüberschuß im Handel mit der Dritten Welt 106 Mio. US-Dollar, so war er 1971 auf 396 Mio., und 1981 sogar auf 2,4 Mrd. US-Dollar gestiegen²²⁾.

Berücksichtigt man diese Zahlen, so wird Chinas Position im Nord-Süd-Konflikt etwas verständlicher. Peking unterstützt zwar prinzipiell die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, aber wenn es in diesem Kontext um die Ausarbeitung konkreter Vorstellungen geht, hat es bisher auffallende Zurückhaltung an den Tag gelegt und immer wieder betont, daß die Gegensätze zwischen industrialisierten und unterentwickelten Ländern durch Kooperationsbereitschaft beider Parteien beseitigt werden müßten. Eine nach diesem Prinzip aufgebaute Neue Weltwirtschaftsordnung würde dann auch den „langfristigen“ Interessen des Nor-

¹⁴⁾ Zhao Ziyang, Zehn Prinzipien der Außenpolitik, Monitor-Dienst Asien der Deutschen Welle (hinfort: Mo-A) vom 26. März 1987.

¹⁵⁾ Ebda.

¹⁶⁾ Vgl. R. Sutter, Strategic and Economic Imperatives and China's Third World Policy, in: L. Harris/R. Worden (Eds.), China and the Third World, Dover 1986, S. 24 u. 28.

¹⁷⁾ Ebda., S. 28.

¹⁸⁾ Genauere Angaben zu den Verpflichtungen und zu den tatsächlichen Leistungen der VR China an Entwicklungshilfe in der OECD-Studie, The Aid Programme of China, Paris 1987, S. 8 f.

¹⁹⁾ Während die VR China 1982 bereits 76 Ländern Entwicklungshilfe gewährte, waren es 1986 90 Länder, O. Weggel in: China aktuell, (1987) 3, S. 186.

²⁰⁾ Hatte Zhou Enlai 1963 noch von den acht Prinzipien der chinesischen „Hilfe“ gesprochen, so faßte Zhao Ziyang 1983 den Inhalt dieser acht Prinzipien in den „Vier Grundprinzipien für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit“ zusammen; vgl. O. Weggel, Weltgeltung der VR China, Hamburg 1986, S. 136 f.

²¹⁾ Ebda., S. 264.

²²⁾ China aktuell, (1987) 3, S. 187.

dens wie denen des Südens gerecht werden²³). Weit entfernt von der Parole Fidel Castros, daß die Schuldnerländer ihre Schulden einfach nicht zu rückzahlen sollten, forderte Peking eine „vernünftige Haltung in dieser Frage“ und rief die Geberländer zu einem konstruktiven Dialog mit den Schuldnerländern auf, die mit diesem Problem nicht allein gelassen werden dürften²⁴). In chinesischen Fachzeitschriften werden darüber hinaus schon Überlegungen angestellt, ob die VR China nicht die Rolle eines Mittlers im Nord-Süd-Dialog übernehmen solle²⁵).

Wie viele Entwicklungsländer die VR China mit solch einer Rolle betrauen würden, sei dahingestellt. Ist doch gerade von dieser Seite kritisch vermerkt worden, daß China trotz verbaler Unterstützung abgelehnt hat, sich jenen internationalen

Gruppierungen anzuschließen, die aktiv für die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung eintreten, wie zum Beispiel die Gruppe der 77 in den Vereinten Nationen. Andererseits ist die VR China Mitglied der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, die in der Dritten Welt eher als Befürworter der bisherigen als einer Neuen Weltwirtschaftsordnung angesehen werden²⁶).

Chinas Entscheidungen in konkreten Sachfragen der Politik gegenüber der Dritten Welt belegen klar, daß die chinesische Führung gegenwärtig den Beziehungen zu den Entwicklungsländern zwar einen hohen propagandistischen, aber nur einen geringen praktischen Stellenwert beimißt. Die Beziehungen zu den entwickelten, industrialisierten Ländern haben dagegen in der chinesischen Interessenperzeption an Bedeutung gewonnen.

III.

Im Zuge dieser Neuorientierung ist man auf theoretischem Gebiet von der noch Ende der siebziger Jahre nachdrücklich verfochtenen These abgerückt, daß ein neuer Weltkrieg, angefacht von den beiden Supermächten und zunächst auf europäischem Boden ausgetragen, unvermeidbar sein werde²⁷). Statt dessen wird heute die Auffassung vertreten, daß die Konfrontation der beiden Supermächte nicht mehr notwendigerweise zu einem Weltkrieg führen müsse²⁸) und daß durch konzentrierte politische Anstrengungen ein solcher Krieg verhindert werden könne. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg seien Abrüstungsverhandlungen, die lange Zeit von der VR China als nutzlos, ja sogar als gefährliche Illusion abgetan worden waren.

Peking hat inzwischen auch konkrete Vorstellungen entwickelt, wie dieser internationale Abrüstungsprozeß vonstatten gehen sollte²⁹). Die USA und die UdSSR, die über 97 Prozent aller Kernwaffen verfügen, müßten als erste die Erprobung und Produktion dieser Waffen einstellen, auf deren drastische Reduzierung hinarbeiten und sich verpflichten, der-

artige Waffen nicht als erste einzusetzen. Als weitere Maßnahmen werden das Verbot und die Vernichtung aller chemischen Waffen sowie die Verringerung der konventionellen Waffen gefordert. Darüber hinaus hat sich China wiederholt gegen die Entwicklung und Stationierung von Waffensystemen im Weltraum ausgesprochen³⁰). Bei all diesen Forderungen konnte China darauf verweisen, daß es selbst bereits entsprechende Verpflichtungen eingegangen sei und seine Militärausgaben wie Truppenstärke verringert habe.

Auch wenn China immer wieder betont, daß Abrüstung nicht allein den Supermächten überlassen werden dürfe und alle Staaten an diesem Prozeß beteiligt werden müßten, lehnt es Abrüstungsge- spräche zwischen den beiden Supermächten nicht ab. Im Unterschied zu Albanien, das an der früheren chinesischen Linie festhält und die Annäherung der amerikanischen und sowjetischen Standpunkte in der Frage der Mittelstreckenraketen als Propaganda abtut, die die Kriegsvorbereitungen der Supermächte verschleiern sollen, begrüßte China die im Sommer 1987 erreichte „prinzipielle Übereinkunft“ in dieser Frage³¹).

Was sind die Ursachen für diese neue Beurteilung der Kriegsgefahr wie der Abrüstung, und welche Konsequenzen haben sie für die praktische Politik? Zunächst ist hier das gewandelte Verhältnis zur Sowjetunion zu nennen. Die ideologisch begründeten Vorwürfe gegen die Sowjetunion gehören seit Jahren der Vergangenheit an. Bereits 1979, als Peking mit seiner neuen Wirtschaftspolitik vieles von dem praktizierte, was es noch vor wenigen Jahren als „Restauration des Kapitalismus“ verurteilt hatte, war in China eine allerdings nur intern ge-

²³) Zhang Yunfang, On the Necessity and Possibility of the Establishment of a New International Economic Order, in: North-South Relations, Shanghai 1983.

²⁴) Renmin Ribao vom 1. April 1987.

²⁵) Shen Giru, Guanyu wo guo canjia nan nan, bei nan hezuo de jianyi, in: Xiu Yanjiu, (1987) 1. S. 7 ff.

²⁶) Die VR China gehört auch nicht der Gruppe der 24 an, die innerhalb der Weltbank für eine offensive Vertretung der Interessen der Dritten Welt eintreten; R. Sutter (Anm. 16), S. 97.

²⁷) In einem Gespräch mit dem polnischen Staatschef Jaruzelzki gab Deng Xiaoping offen zu, daß China in dieser Frage seine Position geändert habe, in: Mo-A vom 30. September 1986.

²⁸) Von einigen chinesischen Autoren wird sogar die Auffassung vertreten, daß sich die amerikanisch-sowjetische Rivalität in zunehmendem Maße vom militärischen auf den technologischen Bereich verlagert, z. B. Song Yimin, Cong shijie chaoliu kan guoji xingshi, in: Guoji wenti yanjiu, (1987) 1. S. 3.

²⁹) China aktuell, (1987) 3. S. 185 f.

³⁰) So z. B. der chinesische Vertreter bei den Genfer Abrüstungsgesprächen Fan Guoxiang, in: BPA-Ostinformationen vom 23. Juli 1987.

³¹) Die albanische wie die chinesische Stellungnahme findet sich in BPA-Ostinformationen vom 21. September 1987.

fürte Diskussion darüber entbrannt, ob die Sowjetunion weiterhin als revisionistisch bezeichnet werden könne³²). Im Frühjahr 1980 wurde jedoch diese Debatte durch ein Verdikt Deng Xiaopings abrupt beendet: Die Sowjetunion sei wegen ihrer hegemonistischen Außenpolitik „kein sozialistischer, sondern ein sozialimperialistischer Staat“³³). Die sowjetische Intervention in Afghanistan konnte hierfür als jüngstes Beispiel angeführt werden.

Inzwischen hat man sich jedoch von diesem Verdikt gelöst und gesteht der Sowjetunion das Attribut „sozialistisch“ zu. Die wirtschaftlichen und politischen Reformen, die in beiden Ländern durchgeführt werden, erfahren in sowjetischen wie chinesischen Fachzeitschriften, aber auch in den Massenmedien eine positive Würdigung³⁴), auch wenn in chinesischen Kommentaren bisweilen Genugtuung darüber zu verspüren ist, daß man in der Frage des Reformprozesses einen Weg eingeschlagen habe, dessen Richtigkeit nun auch von der Sowjetunion erkannt worden sei. Ungeachtet dieser relativen Übereinstimmung auf ideologischem Gebiet steht die Wiederaufnahme der Parteibeziehungen nach wie vor aus, obwohl mit den meisten kommunistischen Parteien Osteuropas derartige Beziehungen wieder aufgenommen wurden³⁵).

Auf staatlicher, wirtschaftlicher und kultureller Ebene ist man jedoch ein gutes Stück vorangekommen. Die Anfänge dieses Entspannungsprozesses liegen fast neun Jahre zurück. Am 3. April 1979 verband die VR China die Kündigung des 1950 auf 30 Jahre geschlossenen Bündnisvertrages zwischen Moskau und Peking mit dem Vorschlag „Verhandlungen zwecks Lösung der offenstehenden Probleme und Verbesserung der Beziehungen“ aufzunehmen. Bereits am 17. April erklärte sich die Sowjetunion zu solchen Verhandlungen bereit — ungeachtet des zwei Monate vorher unternommenen „Straffeldzugs“ Chinas gegen Vietnam, dem wichtigsten Bundesgenossen der UdSSR in Südostasien. Eine erste Verhandlungsrunde fand im Oktober und November statt. Ging es der sowjetischen Seite bei dieser ersten Begegnung um eine Festlegung der „Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen“, wollten die chinesischen Gesprächspartner über zwei Punkte sprechen: den Abbau der sowjetischen Militärpräsenz an der chinesischen Grenze und die Einstellung der sowjetischen Unterstützung für die vietnamesische Besetzung Kambodschas³⁶).

Die sowjetische Intervention in Afghanistan beendet schon Ende 1979 vorschnelle Hoffnungen auf eine baldige Normalisierung des bilateralen Verhältnisses. Erneut trat die Polemik an die Stelle des gerade erst begonnenen Dialogs zwischen den beiden sozialistischen Großmächten. Längerfristig be-

trachtet war es aber gerade der Krieg in Afghanistan, jene — um die von China verwandte Metapher aufzugreifen — „blutende Wunde“³⁷), die in der chinesischen Führung die Auffassung bestärkte, daß sich die Sowjetunion mit ihrem weltweiten Engagement übernommen habe. Sie sei zwar immer noch eine Supermacht, aber in die Defensive geratene und damit auch als Verhandlungspartner interessant geworden³⁸) — ähnlich den USA Ende der sechziger Jahre, die der Vietnamkrieg an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gebracht hatte. Neben dieser Neubewertung des Aggressions- bzw. Kräftepotentials der UdSSR sprach das durch die Konzentration auf die wirtschaftliche Entwicklung bedingte Interesse an einem möglichst konfliktfreien, internationalen Umfeld wie auch die Enttäuschung über die Politik, die Präsident Reagan zu Beginn seiner Amtszeit gegenüber der VR China einschlug, für eine Wiederaufnahme des 1979 abgerissenen Gesprächsfadens, zu der sich Peking im Herbst 1982 entschloß.

Vom 5. bis 25. Oktober 1982 trafen sich beide Seiten in Peking zu „Konsultationen“³⁹), die seitdem zweimal jährlich abwechselnd in den Hauptstädten beider Länder abgehalten werden. Wie 1979 erhob auch 1982 die chinesische Delegation nicht mehr den pauschalen Vorwurf, die Sowjetunion strebe weltweit nach Hegemonie, sondern es wurden drei Kritikpunkte angeführt, die konkrete Sicherheitsinteressen Chinas betreffen und bis heute — nach chinesischer Auffassung — die drei entscheidenden „Hindernisse“ für eine grundlegende Verbesserung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses darstellen. Zu den bereits 1979 vorgebrachten Problemen (sowjetische Militärpräsenz an der chinesischen Grenze und sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Okkupation Kambodschas) kam als drittes die sowjetische Okkupation Afghanistans.

Gerade in jüngster Zeit haben chinesische Spitzenpolitiker, nicht zuletzt Deng Xiaoping selbst, erklärt, die Lösung der Kambodschafrage sei das entscheidende Hindernis, das einer vollständigen Bereinigung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses entgegenstehe⁴⁰). Hatte die Sowjetunion zunächst eine Erörterung dieses Themas mit dem Hinweis abgelehnt, es handle sich hier um die Angelegenheiten von Drittstaaten, die kein Gegenstand bilateraler Verhandlungen sein könnten, so lenkte sie im Oktober 1986 ein. Seitdem wird bei den sowje-

³²) P. Schier in: China aktuell. (1980) 4, S. 311 f.

³³) Zit. nach D. Heinzig (Anm. 10), S. 18.

³⁴) Vgl. hierzu die Aufsätze über die chinesische Reformpolitik in der sowjetischen Zeitschrift Far Eastern Affairs. (1987) 4, S. 24 ff. und O. Weggel. Ein Sonnenstrahl bricht durch die Wolken, in: China aktuell. (1987) 8, S. 649 f.

³⁵) Le Monde vom 13. Juni 1987.

³⁶) D. Heinzig (Anm. 10), S. 20.

³⁷) Chen Xiong. Afuhan wenti he kelimulingong mianlin de xuanze. in: Guoji wenti yanjiu. (1987) 2, S. 33 ff.

³⁸) Li Zhongchen/Wang Baoqin. Su mei dangqian zhengduo de tedian he qian jing. in: Xiandai guoji guanxi. (1986) 4, S. 25 ff.

³⁹) Gegenüber den Gesprächen von 1979 war dies eine protokollarische Herabstufung; damals sprach man von Verhandlungen.

⁴⁰) Im September 1986 hatte Deng Xiaoping in einem Interview erklärt, daß er sogar bereit sei, sich mit Gorbatschow in der Sowjetunion zu treffen, wenn die Kambodschafrage zufriedenstellend gelöst sei. in: Neue Zürcher Zeitung vom 17. September 1986. Im November 1987 wiederholte Deng dieses Angebot, in: BPA-Ostinformationen vom 17. November 1987.

tisch-chinesischen Konsultationen auch über Kambojscha gesprochen, aber nach Aussagen beider Parteien klaffen die Standpunkte in dieser Frage noch weit auseinander⁴¹⁾. Was die beiden anderen Hindernisse anbelangt, hat die Sowjetunion inzwischen den teilweisen Abzug ihrer Verbände aus Afghanistan und aus der Mongolei bekanntgegeben – Maßnahmen, die von Seiten der VR China schlicht als unzureichend eingestuft wurden⁴²⁾. Das hielt beide Seiten jedoch nicht davon ab, die Grenzverhandlungen, die von 1969 bis 1978 ohne irgendeinen erkennbaren Fortschritt geführt und schließlich eingestellt worden waren, im Februar 1987 wieder aufzunehmen⁴³⁾. Ein halbes Jahr später traf man in Peking erneut zusammen und vereinbarte die Bildung einer Expertengruppe, die sich zunächst mit der „konkreten Überprüfung“ des Grenzverlaufs, beginnend mit dem östlichen Sektor, befassen soll. Wie der chinesische Delegationschef betonte, sei man zwar von einer zufriedenstellenden Regelung noch „weit entfernt“, aber es seien doch erste Fortschritte erzielt worden.

Im Bereich der kulturellen und wirtschaftlich-technischen Kooperation sowie des Handels sind bereits deutlich meßbare Erfolge zu verzeichnen. Noch unter der Amtszeit Tschernenkos wurden im Dezember 1984 drei Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Bildung einer sowjetisch-chinesischen Kommission für die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel sowie Wissenschaft und Technik mit einer Laufzeit von zehn Jahren geschlossen. Diese Abkommen wurden im Juli 1985 durch ein auf fünf Jahre befristetes Handelsabkommen ergänzt, das erste positive Auswirkungen gezeigt hat. Nach den für das Jahr 1986 vorliegenden Zahlen erreichte der sowjetisch-chinesische Handel ein Volumen von 2,6 Mrd. US-Dollar; dies bedeutet gegenüber 1981 eine Steigerung um das Zehnfache⁴⁴⁾. Offensichtlich kommt den drei von China aufgestellten Hindernissen mehr deklamatorischer Charakter ohne konkrete Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis zu.

IV.

Ohne die chinesisch-sowjetische Annäherung und die sich rasch intensivierende Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten zu unterschätzen, kann derzeit noch nicht von einer Äquidistanzpolitik Chinas gegenüber den beiden Supermächten gesprochen werden. Nach wie vor besitzen die Beziehungen zu den USA ein sehr viel größeres Gewicht als die zur Sowjetunion. Von seiten Chinas wird dies auch ganz augenfällig zum Ausdruck gebracht, indem man von den drei Hindernissen im sowjetisch-chinesischen, aber nur von einem Hindernis im amerikanisch-chinesischen Verhältnis spricht: der Taiwanfrage⁴⁵⁾.

Die USA hatten sich zwar mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur VR China (1. Januar 1979) dazu durchgerungen, die Pekinger Regierung als die einzig rechtmäßige Regierung Chinas und Taiwan als integralen Bestandteil Chinas anzuerkennen, aber schon am 26. Januar 1979 unterbreitete die Carter-Administration dem Kongreß den Entwurf eines „Taiwan Relations Act“, der im April in Kraft trat. Der VR China mißfielen an diesem Dokument vor allem drei Punkte: erstens die dort entwickelte Vorstellung, daß das Taiwanproblem nur auf friedlichem Wege gelöst werden

könne, zweitens die Verpflichtung der USA, einer Gefährdung der Sicherheit Taiwans bzw. der dort existierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aktiv entgegenzutreten sowie drittens die öffentlich bekundete Bereitschaft, weiterhin militärische Ausrüstung an Taiwan zu liefern⁴⁶⁾. Washington setzte jedoch alles daran, die Bedenken Pekings gegen den „Taiwan Relations Act“ zu zerstreuen. Vizepräsident Mondale besuchte im August Peking und hob die gemeinsamen strategischen Interessen beider Länder hervor; außerdem wurde der VR China die seit langem geforderte Meistbegünstigungsklausel gewährt⁴⁷⁾. In Peking honorierte man diese Politik, indem man sich mit der öffentlichen Kritik am „Taiwan Relations Act“ zurückhielt.

Erst als Ronald Reagan 1980 während seines Wahlkampfes um die Präsidentschaft unmißverständlich erklärte, daß er die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Taipei bzw. die Zurückstufung der Beziehungen zu Peking erwägen und auf jeden Fall den „Taiwan Relations Act“ sehr extensiv auslegen werde⁴⁸⁾, begann Peking dieses Dokument offen und vehement zu kritisieren. Diese Kritik intensivierte sich, nachdem Reagan als neuer amerikanischer Präsident keinen Hehl aus seiner militanten Haltung gegenüber allen Formen kommunistischer Herrschaft machte und nachdrücklich die Waffenlieferungen an Taiwan verteidigte. Im Oktober 1981, zum 70. Jahrestag der Revolution von 1911,

⁴¹⁾ Zu den Diskussionen während dieses Treffens vgl. K. Devlin in: Radio Free Europe Research, RAD Background Report/157 (Eastern Europe) vom 4. November 1986.

⁴²⁾ D. Heinzig, Sowjetische China-Politik unter Gorbatschow. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1987) 40, S. 12.

⁴³⁾ Ebda., S. 17f.

⁴⁴⁾ Ebda., S. 24.

⁴⁵⁾ So Deng Xiaoping in seinem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS wiedergegeben in: Beijing Rundschau vom 16. September 1987.

⁴⁶⁾ Zur Kritik der VR China an dem „Taiwan Relations Act“ vgl. Zhuang Qubing/Zhang Hongzeng/Pan Tongwen, On the US „Taiwan Relations Act“, in: China & the World, Bd. 1, Peking 1982, S. 74f.

⁴⁷⁾ R. Sutter, Chinese Foreign Policy. Developments after Mao, New York 1986, S. 96f.

⁴⁸⁾ Ebda., S. 140.

sah sich der damalige Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, zu der Feststellung veranlaßt: „Die Zeiten sind vorbei, in denen Chinas Außenpolitik vom Imperialismus abhängig war. Wir formulieren und betreiben eine unabhängige Außenpolitik . . . und halten an unserem Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus entschlossen fest“⁴⁹⁾.

Nicht weniger deutlich war einige Monate zuvor in einem offiziellen Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur an den Ausbruch des chinesisch-sowjetischen Konflikts erinnert worden. Auch damals habe die VR China keine Opfer und Härten gescheut, als es die nationalen Interessen des Landes zu verteidigen galt⁵⁰⁾. Derartige Äußerungen waren seit Aufnahme der amerikanisch-chinesischen Kontakte 1971/72 nicht mehr zu hören gewesen. Doch nun begann sich auch in der Regierung Reagan die Einsicht durchzusetzen, daß die VR China eine zu große strategische Bedeutung habe, als daß die Beziehungen zu ihr solchen Belastungen ausgesetzt werden könnten. Die Befürworter einer konzilianteren Haltung gegenüber der VR China konnten außerdem darauf verweisen, daß Peking seit 1979 mehrere Initiativen zu einer friedlichen Regelung des Taiwanproblems gestartet hatte, die Taiwan weitgehende Autonomierechte zusicherten. Zuletzt waren derartige Angebote im September 1981 durch einen Neun-Punkte-Vorschlag präzisiert worden⁵¹⁾.

Nachdem die Reagan-Administration Anfang 1982 deutlich signalisiert hatte⁵²⁾, daß sie an einer weiteren Eskalation der Spannungen nicht interessiert sei, wurden Verhandlungen über eine Beilegung der vorhandenen Differenzen aufgenommen, die am 17. August 1982 mit der Unterzeichnung eines Gemeinsamen Kommuniqués zur Taiwanfrage abgeschlossen wurden⁵³⁾. In diesem Kommuniqué verpflichteten sich die USA, keine wie auch immer geartete „Zwei-China-Politik“ zu verfolgen, ihre Waffenverkäufe an Taiwan in qualitativer wie quantitativer Hinsicht zu reduzieren und langfristig einzustellen. Die VR China bekräftigte ihre Bemühungen um eine friedliche Wiedervereinigung beider Landesteile, lehnte aber einen ausdrücklichen Gewaltverzicht in der Taiwanfrage ab.

Hatte Peking dieses Gemeinsame Kommuniqué zunächst nur als einen ersten Schritt gesehen, dem weitere amerikanische Zugeständnisse folgen müßten⁵⁴⁾, so ging es in den folgenden Monaten schnell von diesen Forderungen ab. Bei den im Herbst 1982 wiederaufgenommenen „Konsultationen“ mit der Sowjetunion wollte man wohl nur ungern auf die

amerikanische Karte verzichten, und man konnte auch kein Interesse an einem Wiedererstarken der Allianz Washington-Taipei haben, die man mit ebensoviel Nachdruck wie Geschick ins Wanken gebracht hatte.

Ende 1982 war offensichtlich beiden Seiten klar geworden, daß ihr außenpolitischer Handlungsspielraum sich merklich verringern würde, wenn man die bilateralen Kontroversen weiter vertiefen würde. An den prinzipiellen Differenzen, die man in der Taiwanfrage hatte, änderte sich dadurch nichts, aber man stellte diese Differenzen in den Hintergrund und suchte Gemeinsamkeiten⁵⁵⁾. Deutlichster Beweis hierfür waren der Staatsbesuch von Ministerpräsident Zhao Ziyang in den USA (Januar 1984), dem wenige Monate später derjenige Präsident Reagans in der VR China folgte.

Amerikanische Vorbehalte gegen intensivere Kontakte auf so diffizilen Gebieten wie zum Beispiel dem Transfer von Spitzentechnologie, nicht zuletzt auch im militärischen Bereich, hatten an Relevanz verloren. Die erste Chinareise von Verteidigungsminister Caspar Weinberger im September 1983 leitete eine Phase informeller militärischer Kooperation ein, die von amerikanischen Waffenverkäufen bis hin zum Austausch von Aufklärungsinformationen über sowjetische Truppen- und Waffenstationierung in Fernost reichte⁵⁶⁾. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Form amerikanisch-chinesischer Zusammenarbeit in dem über dreiwöchigen USA-Besuch des Stellvertretenden Vorsitzenden der Militärkommission beim ZK, Yang Shangkun, im Mai 1987, bei dem dieser sich auch ausführlich über die amerikanische Marine und eventuelle Perspektiven für gemeinsame Aktivitäten in diesem Bereich informierte⁵⁷⁾.

Bei all diesen hochrangigen Gesprächen, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, sollte nicht vergessen werden, daß das amerikanisch-chinesische Verhältnis auch auf einer Vielzahl von Begegnungen auf den verschiedensten Ebenen beruht. Mehr als zwanzigtausend chinesische Studenten und Wissenschaftler studieren in den USA oder betreiben dort Forschungen. Immer noch zunehmende Ströme amerikanischer Touristen bringen China steigende Deviseneinnahmen. Die Anzahl der Städte-, Provinz- und Universitätspartnerschaften ist kaum mehr zu übersehen. Sie verleihen den amerikanisch-chinesischen Beziehungen ein Fundament, das zeitweilige Erschütterungen überdauert. Das traditionell gute Image, das beide Länder voneinander hatten und an das in den siebziger Jahren fast nahtlos angeknüpft werden konnte, basierte auf solchen Kontakten, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts geknüpft und ausgebaut worden waren. Dazu gehören nicht zuletzt die Wirtschaftsbe-

⁴⁹⁾ Zit. nach U. S. Foreign Broadcast Information Service, Daily Report China vom 9. Oktober 1981.

⁵⁰⁾ R. Sutter (Anm. 47), S. 141 f.

⁵¹⁾ J. Glaubitz, Konflikttherde im asiatisch-pazifischen Raum, in: K. Kaiser/H.-P. Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik, Strukturen — Akteure — Perspektiven, Bonn 1987, S. 598 f.

⁵²⁾ Einzelheiten in: R. Sutter (Anm. 47), S. 143.

⁵³⁾ Auszüge dieses Kommuniqués in: VR China im Wandel (Anm. 2), S. 203 f.

⁵⁴⁾ R. Sutter (Anm. 47), S. 150 f.

⁵⁵⁾ Ebda., S. 180 f.

⁵⁶⁾ Im Oktober 1986 folgte ein zweiter China-Besuch Weinbergers, in: BPA-Ostinformationen, 7., 8. Oktober 1986, S. 23, 17.

⁵⁷⁾ Chang Ya-chün, Yang Shang-k' uns' Visit to the United States, in: Issues & Studies, (1987) 6, S. 7 ff.

ziehungen. Selbst wenn sich die gegenseitigen Erwartungen hier oft als überzogen erwiesen haben, schlagen die erzielten Handelsumsätze gerade in einer weltwirtschaftlich schwierigen Situation doch zu Buche. Die USA sind derzeit der drittgrößte Handelspartner der VR China. Ihr Anteil am chinesischen Gesamthandel betrug 1985 etwa 11 Prozent, das Dreifache des sowjetischen Anteils⁵⁸⁾.

Dennoch bleiben Konfliktpunkte bestehen, und sie werden auch freimütig angesprochen, ohne daß bisher das bilaterale Verhältnis nachhaltig beeinträchtigt worden wäre. Auf Chinas Kritik an der amerikanischen Politik gegenüber der Dritten Welt wurde bereits hingewiesen; hinzu kommen Meinungs- und Interessenunterschiede im zwischenstaatlichen Bereich. Außenminister Wu Xueqian stellte am 29. September 1987 in einer Rede vor dem US Council on Foreign Relations fest, daß der Weg der chinesisch-amerikanischen Beziehungen „zu einem solchen Umfang und zu einer solchen Tiefe, wie sie heute bestehen, ganz und gar nicht leicht gewesen sei“, aber man müsse sich auf drei Gebieten bemühen, die „langfristige und stabile Entwicklung“ dieser Beziehungen zu fördern⁵⁹⁾. Erstens müsse das „gegenseitige Verständnis“ erhöht werden. Jüngstes, wenn auch von Wu nicht beim Namen genanntes Beispiel für „mangelndes

Verständnis“ waren zwei Entschließungen des amerikanischen Repräsentantenhauses über Menschenrechtsverletzungen in China und in Tibet⁶⁰⁾. Die Billigung dieser Dokumente durch den Senat Anfang Oktober, die mit den in Tibet ausgebrochenen Unruhen fast zusammenfiel, wurde von Peking als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates betrachtet⁶¹⁾, die man nicht schweigend hinnehmen werde. Zweitens sei — so Wu — die Taiwanfrage immer noch nicht zufriedenstellend gelöst. Washington habe sich zwar zu einer „Ein-China-Politik“ verpflichtet, aber „Reden und Aktionen“ führender amerikanischer Politiker verstießen gegen diese Verpflichtung. Als dritten Punkt sprach Wu Xueqian den hohen Exportüberschuß der USA gegenüber China an. Hier müßte der amerikanische Markt in weit stärkerem Maße als bisher für chinesische Waren geöffnet werden. Kurz: Es gäbe nach Wus Auffassung noch einiges zu tun, um die amerikanisch-chinesischen Beziehungen „auf jenes Niveau zu heben, das sie erreichen sollten“. Die Rahmenbedingungen hierfür sind geschaffen. Sie auszufüllen, wird noch einige Anstrengungen beider Seiten kosten. Rückschläge werden dabei unvermeidbar, aber — wie sich gezeigt hat — auch förderlich sein, da sie immer die Chance bieten, notwendige Korrekturen vorzunehmen.

V.

Bestehen — wenn auch in unterschiedlicher Abstufung — „Hindernisse“, die einer vollständigen Normalisierung bzw. weiteren Verbesserung zu beiden Supermächten im Wege stehen, so gibt es in den Augen Pekings zwischen der VR China und den Ländern Westeuropas keine grundsätzlichen und schwerwiegenden Konflikte und Widersprüche⁶²⁾. Die vertragliche Lösung der Hongkongfrage, die Großbritannien und die VR China erzielten, sei ein Beispiel, wie von der Geschichte hinterlassene Probleme auf friedlichem Wege und durch konstruktive Verhandlungen gelöst werden könnten⁶³⁾. China wie Westeuropa seien wichtige Kräfte zur Erhaltung des Weltfriedens, ihre Freundschaft und Zusammenarbeit diene daher dem Weltfrieden und der Sache des Fortschritts.

Schon zu Beginn seiner nachkulturrevolutionären Öffnungspolitik hatte Peking den Zusammenschluß der westeuropäischen Länder zur Europäischen Gemeinschaft wie auch den 1972 erfolgten Beitritt

Großbritanniens nachdrücklich begrüßt⁶⁴⁾. In der Dreiweltentheorie war Westeuropa als Teil der Zweiten Welt eine eigenständige Rolle gegenüber den beiden Supermächten zugeschrieben worden. Da jedoch — nach damaliger chinesischer Einschätzung — Westeuropa als wichtigstes Zielgebiet der sowjetischen Expansion ohne militärischen Beistand der USA dem sowjetischen Druck nicht gewachsen sein würde, unterstützte die VR China nicht nur die EG, sondern auch die NATO und deren Verteidigungskonzept, obgleich dies mit Geist und Inhalt der Dreiweltentheorie nicht zu vereinbaren war. In der Ende der siebziger Jahre von Peking propagierten weltweiten Einheitsfront gegen den sowjetischen Sozialimperialismus war die Vorstellung eines von den USA unabhängigen Westeuropas noch stärker in den Hintergrund getreten.

Dies änderte sich in dem Maße, in dem die chinesische Führung zu der Überzeugung kam, daß ein neuer Weltkrieg vermeidbar sei und daß die Sowjetunion keine akute Gefahr mehr für Westeuropa darstellen würde. Nach wie vor wird die Notwendigkeit der NATO von der VR China nicht in Abrede gestellt, aber es werden günstigere Perspektiven für eine gegenüber den USA selbständigere Entwicklung Westeuropas gesehen, die langfristig

⁵⁸⁾ D. Heinzig (Anm. 42), S. 24.

⁵⁹⁾ Auszüge der Rede Wu Xueqians in: BPA-Ostinformationen vom 1. Oktober 1987.

⁶⁰⁾ Radio Peking vom 29. Juni 1987, zit. nach Mo-A. vom 1. Juli 1987.

⁶¹⁾ Renmin Ribao vom 7. Oktober 1987.

⁶²⁾ Su Huimin, Zhongguo tong xiou guanxi de huigu yu zhanwang, in: Guoji wenti yanjiu, (1987) 2, S. 56.

⁶³⁾ Ebda.

⁶⁴⁾ P. Opitz, Die Politik Chinas gegenüber Westeuropa, in: Außenpolitik, (1986) 3, S. 256.

zu einer vollständigen Unabhängigkeit Westeuropas führen könnten. Die chinesische Führung ließ keinen Zweifel daran, daß sie eine solche Entwicklung — solange sie die militärische Sicherheit Westeuropas nicht gefährdet — gutheißen und nach Kräften fördern wird⁶⁵).

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kritisierte man auch nicht länger die Bemühungen um Abrüstung und Entspannung in Europa, die ja auch eine Verbesserung der Kontakte zwischen den west- und osteuropäischen Ländern⁶⁶) einschließt, als Kapitulantentum vor dem sowjetischen Sozialimperialismus. Vielmehr betrachtet man diesen Entspannungsprozeß inzwischen als günstige Voraussetzung für eine schrittweise Loslösung beider Teile Europas von ihren früheren Schutzmächten und für eine Auflösung des in Jalta geschaffenen bipolaren zugunsten eines multipolaren, internationalen Systems⁶⁷).

An der Haltung Pekings zu SDI und dem europäischen Forschungsprogramm Eureka wird diese Zielrichtung der chinesischen Politik besonders augenfällig. Die Einladung Präsident Reagans an die Westeuropäer, sich am SDI-Programm zu beteiligen, bezeichneten chinesische Publikationen lediglich als den Versuch, „Geldmittel, Technologie und Fachleute von Europa in die USA abzuziehen und Europa zu einer Verarbeitungsfabrik der amerikanischen Technologie zu degradieren“⁶⁸). Peking verhehlte aber auch nicht seine Sorge, daß SDI in den USA einen technologischen Schub auslösen werde, bei dem die Westeuropäer nicht mithalten könnten, was letztlich dazu führen würde, daß sie wirtschaftlich zurückblieben und damit auch ihr politisches Gewicht nicht entfalten könnten. Obgleich man die Realisierungsmöglichkeiten des Eureka-

Projekts keineswegs überschätzt, hält man es doch für einen Willensbeweis der „alten Welt“, „militärisch, wirtschaftlich und technisch von den USA unabhängig zu werden“⁶⁹).

Westeuropa ist für die VR China natürlich auch ein wirtschaftlicher Faktor. Von chinesischer Seite wird gern darauf hingewiesen, daß die EG mit einem Anteil von 14 Prozent am chinesischen Gesamtanhandelnach Japan der größte Handelspartner Chinas ist und daß der Handel mit der EG enorme Zuwachsraten aufweist. So habe er sich zwischen 1980 und 1985 verdreifacht und sei in den ersten acht Monaten des Jahres 1986 erneut um 20 Prozent über das Ergebnis des Vergleichszeitraums 1985 gestiegen⁷⁰). Noch vorhandene Probleme, die einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen entgegenstehen, werden allerdings offen eingestanden, wobei China die Schuld keineswegs nur den Westeuropäern anlastet, sondern auch eigene Versäumnisse, so zum Beispiel ein noch ungenügendes Investitionsklima und bürokratische Hemmnisse, einräumt. Umgekehrt werden die Westeuropäer aufgerufen, mehr Verständnis für den chinesischen Markt und eine langfristige Strategie für das China-geschäft zu entwickeln⁷¹). All dies seien jedoch keine wirklichen Probleme angesichts der großartigen Entwicklungsperspektiven einer westeuropäisch-chinesischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene. Selbst wenn man diese optimistische Auffassung der chinesischen Seite nicht unbedingt teilt, wird man sich der bereits 1973 geäußerten Ansicht Giovanni Bressis nicht verschließen können, daß die VR China die einzige Macht ist, die vorbehaltlos ein starkes Europa wünscht⁷²) — eine Auffassung, die mit wenigen Abstrichen auch umkehrbar ist.

VI.

Zieht man eine Bilanz der chinesischen Außenpolitik der vergangenen fünf Jahre, so ist unbestreitbar, daß die VR China ihrem seit 1982 propagierten Ziel einer „unabhängigen Außenpolitik“ sehr nahe gekommen ist. China hat sich von übermächtigen Bundesgenossen ebenso gelöst wie von starren

Feindbildern und hat auch diejenigen enttäuscht, die hofften, China als „Karte“ im Kräftespiel der internationalen Politik einsetzen zu können. Zu beiden Supermächten hat die VR China konstruktive Beziehungen entwickelt, die aber nach wie vor nicht gleichrangig und auch nicht widerspruchsfrei sind. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, daß eine vollständige Beseitigung der noch vorhandenen „Hindernisse“ derzeit weniger im chinesischen Interesse liegt, da diese Hindernisse gegenüber Dritten immer auch als Beweis für die eigene Unabhängigkeit herangezogen werden können.

Die VR China selbst kann gegenwärtig noch nicht als Supermacht eingestuft werden, dazu fehlt ihr das ökonomische wie militärische Fundament. Auch der ihr oft unterstellte Anspruch, eine Führungsrolle in der Dritten Welt anzustreben, läßt sich empirisch kaum belegen. Peking hat zwar in den achtziger Jahren sein diplomatisches Engagement in den Entwicklungsländern weiter verstärkt, aber es hat gleichzeitig bei allen Grundsatzforde-

⁶⁵) Zum ersten Mal wurde das explizit und öffentlich in dem Artikel von Guo Fengmin (Anm. 13) dargelegt. Vgl. hierzu auch die Analyse von J. Glaubitz, Neue Elemente in Chinas Außenpolitik? Bemerkungen zur chinesischen Einschätzung Westeuropas, Stiftung Wissenschaft und Politik, Arbeitspapier 2316, März 1982.

⁶⁶) Ebda. (Anm. 65), S. 17.

⁶⁷) Liu Hairu/Zhang Liangneng, Xiou zhengzhi fazhan de „san duo“ tese, in: Xiandai guoji guanxi, (1987) 2, S. 28.

⁶⁸) Zit. nach P. Opitz (Anm. 64), S. 259.

⁶⁹) Ebda., S. 258 f.

⁷⁰) Angaben in Su Huimin (Anm. 62), S. 57. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß der Handel mit der VR China am Gesamtanhandelnach der EG nur einen Anteil von 0,4 Prozent hat. P. Opitz (Anm. 64), S. 261.

⁷¹) Su Huimin (Anm. 62), S. 57.

⁷²) Zit. nach P. Opitz (Anm. 64), S. 257.

rungen der Länder der Dritten Welt eine eher vermittelnde Haltung eingenommen und die eigenen Entwicklungshilfeleistungen drastisch reduziert.

Wie sich beim 13. Parteitag der KPCh im Oktober 1987 gezeigt hat, wird außenpolitischen Problemen derzeit von der chinesischen Führung keine besondere Priorität eingeräumt. Der Schwerpunkt chinesischer Politik liegt eindeutig auf der Entwicklung des eigenen Landes. Im Rahmen dieser Zielsetzung ist es Aufgabe der Außenpolitik, ein möglichst konfliktfreies internationales Umfeld zu schaffen und ausländisches Kapital und Know-how für den wirtschaftlichen Aufbau zu mobilisieren. Eine multipolare Welt mit mehreren, in etwa gleichstarken Machtzentren wäre sicherlich für die VR China der erstrebenswerte Idealzustand. Peking unterstützt daher nachdrücklich alle regionalen Zusammen-

schlüsse, sei es die ASEAN in Südostasien, die Europäische Gemeinschaft oder die gemeinsamen Bemühungen der lateinamerikanischen Staaten⁷³⁾. Man mag darin das Nachwirken von Harmonie- und Gleichgewichtsvorstellungen sehen, die im chinesischen Denken tief verwurzelt sind. Ein solcher Rekurs auf die Vergangenheit ist jedoch nicht unbedingt notwendig, um zu erkennen, daß Chinas außenpolitischer Handlungsspielraum in dem Maße gewachsen ist, in dem jene bipolare Konstellation zerfiel, die in der Phase des Kalten Krieges die Weltpolitik bestimmt hatte.

⁷³⁾ O. Weggel, Stabilisierung durch Regionalisierung: Beijing hofft auf weitere Zurückdrängung des US-Einflusses in Lateinamerika, in: China aktuell, (1987) 8, S. 621 f.

Thomas Scharping: Auf der Suche nach dem Sozialismus chinesischer Prägung. Sozialer Wandel, ökonomische Probleme und die Rolle der Ideologie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/88 S. 3–12

Lebhafte ideologische Debatten um den Inhalt des „Sozialismus chinesischer Prägung“ haben die chinesische Politik in den letzten Jahren mitbestimmt. Die Schärfe der dabei zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten läßt sich nur vor dem Hintergrund des sozialen Wandels und der ökonomischer Probleme verstehen: Generationenkonflikt und Wertewandel haben die Konsumerwartungen drastisch erhöht, während die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nach wie vor beschränkt bleibt. Deshalb soll eine Renaissance der Ideologie die verlorengegangenen Ideale der Opferbereitschaft und Sparsamkeit wiedererwecken.

Der Konflikt zwischen wachsenden Ansprüchen und restriktiven Rahmenbedingungen wird auch auf dem politischen Feld ausgetragen. Er äußert sich hier in zunehmenden Mitbestimmungswünschen der Intellektuellen und andauernden Abwehrhaltungen des Parteiapparats. Das hat zuletzt die große Debatte über politische Reformen gezeigt, in der Chinas Intelligenz eine Rezeption der Aufklärung forderte und für einen „Interessenpluralismus“ innerhalb der sozialistischen Gesellschaft plädierte.

Als Reaktion auf die Reformdebatten ist 1987 eine Erstarkung des ideologischen Konservatismus eingetreten. In den Anklagen gegen „bürgerlichen Liberalismus“ und „totale Verwestlichung“ spiegelt sich neben einem orthodoxen Marxismus-Verständnis auch die Fortexistenz eines traditionell konfuzianisch geprägten Autoritarismus. Die auch innerhalb der Partei ausgetragenen Kontroversen haben auf dem XIII. Parteitag zu einem ideologischen Kompromiß geführt: Die Wirtschaftsreform wird fortgeführt, die politische Umgestaltung verlangsamt. Gleichzeitig ist die VR China zu einem rückständigen Land im „Anfangsstadium des Sozialismus“ erklärt worden. Die Partei eröffnet sich damit neue Spielräume, während sie gleichzeitig ihr ideologisches und politisches Führungsmonopol wahrt.

Oskar Weggel: Die Modernisierung der Institutionen und des Rechtswesens in der Volksrepublik China

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/88, S. 13–22

Im Schatten der propagandistisch so dominierenden „Vier Modernisierungen“ (Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Militär) hat sich das Rechts- und Institutionenwesen seit 1979 besonders kräftig entwickelt und verändert. Mittlerweile ist es kein Geheimnis mehr, daß die Karten für eine Erneuerung Chinas an Haupt und Gliedern gerade hier — im Bereich der „Fünften Modernisierung“ — neu und entscheidend gemischt werden.

Drei Maßnahmen sind es, von denen sich die Reformer besondere Innovationswirkungen sowie einen Abschied vom Übel der bisherigen „Machtüberkonzentration“ versprechen, nämlich „Demokratisierung“, Neuverteilung der Gewalten und „Vergesetzlichung“:

— Demokratisierung soll zu erhöhter Eigeninitiative der Basis, vor allem der einzelnen Danweis (Grundeinheiten) führen und wird hauptsächlich auf dem Wege über die Trennung von Partei- und Verwaltungsgremien, über zunehmende Dezentralisierung und Betriebsautonomie sowie über eine effektivere Kaderkontrolle angestrebt.

— Die neue Gewaltenteilungspolitik zielt auf die Herstellung von Gegengewichten zu den in vier Jahrzehnten erstarrten Parteioligopolen, vor allem zum Politbüro und seinem Ständigen Ausschuß, ab und laboriert mit einer Doppelstrategie, nämlich mit dem Mittel der Verwaltungsvereinfachung und mit dem bisher unerhörten Experiment einer organisatorischen ‚Runderneuerung‘ des Staats-, vor allem aber des Parteiapparats.

— Die seit 1979 angelaufene „Vergesetzlichung“ schließlich soll erklärtermaßen die bisherige Personen- durch eine Rechtsherrschaft ersetzen und dafür sorgen, daß sich die Unberechenbarkeit des obrigkeitlichen Verhaltens, wie es während der Kulturrevolution einen Höhepunkt erreicht hatte, nicht mehr wiederholen kann.

Erhard Louven: Die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China. Von der Befehlsplanung zum Mischsystem

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/88, S. 23–33

Gegen Ende der Kulturrevolution (1976) befand sich die chinesische Wirtschaft in einem Zustand der Erstarrung. Die Produktionsstruktur war veraltet, die Wachstumsraten sanken, und es gab Versorgungsmängel, deren politische Auswirkungen nur mühsam kontrolliert werden konnten. Die pragmatischen Wirtschaftsreformer, die mit Deng Xiaoping an die Macht kamen, hatten mit den zunächst in Gang gesetzten Wirtschaftsreformen in der Landwirtschaft große Erfolge zu verzeichnen. Diese Erfolge gaben ihnen Rückhalt in der Bevölkerung, so daß die Reform auf die übrigen Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden konnte. Vermochte man in der Landwirtschaft mit einigen ordnungspolitischen Veränderungen große Wirkungen zu erzielen, so waren die Verhältnisse in der Industrielandschaft komplexer. Die Struktur der staatlichen Großbetriebe erwies sich vielfach als resistent gegenüber Veränderungen, so daß der Staat gezwungen war, immer wieder regulierend mit „makroökonomischen Hebeln“, wie zum Beispiel Zinsen und Steuern, einzugreifen.

Ein dreiteiliges Planungssystem wurde eingeführt: Strategische Güter unterstehen nach wie vor der Befehlsplanung, einen mittleren Bereich versucht man mittels Indikativplanung zu steuern, während der Dienstleistungs- und Kleinhandelssektor bereits nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten weitgehend sich selbst überlassen wird. In der Rationalität der „sozialistischen geplanten Warenwirtschaft“ liegt es nach den Verlautbarungen seiner Verfechter, den Bereich der Befehlsplanung immer weiter einzuengen. Reformiert wurden das Bankensystem, eingeführt wurden beispielsweise Anteilsgesellschaften und Leasing, experimentiert wird in den verschiedensten Bereichen auch mit gesetzlichen Regelungen. Die Exportwirtschaft hat im Zuge der Öffnung nach außen auch instrumentalen Charakter für die binnenwirtschaftliche Entwicklung erhalten. Ausländisches Kapital soll vor allem in Form von Joint-ventures moderne Technologien und Know-how in das Land bringen. Sonderwirtschaftszonen, Hafenstädte und weitere Gebiete wurden speziell für ausländische Engagements geöffnet. Dennoch wird die außenwirtschaftliche Verflechtung auch in Zukunft — wegen des Unabhängigkeitsstrebens, aber auch wegen der auf längere Sicht begrenzten Kapazitäten — relativ gering bleiben.

Gerhard Will: Die außenpolitische Entwicklung der Volksrepublik China in den achtziger Jahren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/88, S. 35–45

Der VR China ist es während der siebziger Jahre in relativ kurzer Zeit gelungen, jene internationale Isolation zu überwinden, in die sie durch die Kulturrevolution geraten war. Der Widerstand innerhalb der KP Chinas gegen die neue Öffnungspolitik und das Festhalten an der konfrontativen Politik gegenüber der Sowjetunion sowie an der These von der Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkriegs riefen aber bei vielen außenpolitischen Partnern Zweifel an der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit dieser Außenpolitik hervor.

Seit Beginn der achtziger Jahre sind jedoch deutliche Kurskorrekturen und Akzentverschiebungen zu verzeichnen. Die Dreiweltheorie, wichtigstes Legitimationsinstrument der nachkulturrevolutionären Außenpolitik, wird seit 1982 nicht mehr erwähnt. Die VR China betrachtet sich zwar nach wie vor als Teil der Dritten Welt und hat ihre diplomatischen Bemühungen gegenüber den Entwicklungsländern intensiviert, aber sie hat gleichzeitig ihre eigenen Entwicklungshilfeleistungen drastisch reduziert und nimmt in Grundsatzfragen des Nord-Süd-Konflikts eine eher vermittelnde als offensive Haltung ein. Peking ist auch nicht mehr länger der Auffassung, ein neuer Weltkrieg sei unvermeidbar und unterstützt seit einigen Jahren Abrüstungsbemühungen. Das Verhältnis zur Sowjetunion hat sich entspannt, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte haben sich in wenigen Jahren vervielfacht. Die VR China betont allerdings nachdrücklich, daß einer vollständigen Normalisierung noch gewichtige Hindernisse entgegenstehen. Obwohl die chinesische Regierung gegenüber den USA eine etwas kritischere Haltung eingenommen hat als in den siebziger Jahren, wird den Beziehungen zu Washington nach wie vor ein höherer Stellenwert als denen zu Moskau beigemessen. Weitgehend spannungsfrei und prosperierend ist dagegen das Verhältnis zu den westeuropäischen Ländern, deren Zusammenschluß in der EG China nachdrücklich unterstützt — bildet die EG doch einen weiteren Baustein in dem von der VR China verfolgten Konzept einer multipolaren Welt, die den außenpolitischen Handlungsspielraum Pekings erheblich erweitern würde.